

Dipl. Pol. Udo Walendy

## Lügen um Heinrich Himmler II. Teil



Heinrich Himmler begrüßt Offiziere europäischer Freiwilliger, die in der deutschen Wehrmacht gegen den Bolschewismus kämpfen.



Heinrich Himmler inspiziert 1944 in den Niederlanden europäische Freiwillige der Waffen-SS während ihrer Kampfausbildung.

Dipl. Pol. Udo Walendy

## Lügen um Heinrich Himmler

### -- II. Teil --

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Verfasser und Verleger geben aus besonderer Veranlassung der neuen Strafrechtslage hiermit kund, keinerlei Zweifel über das Geschehen in Auschwitz oder anderswo zu äußern, sondern lediglich unter Bezugnahme auf das der Presse zustehende Recht auf freie Information für historische Chronisten unter Maßgabe strenger wissenschaftlicher Maßstäbe zu berichten.

Im übrigen stehen Verfasser + Verleger grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es töricht wäre, an wirklich Geschehenem zu zweifeln, daß es aber zur ersten Pflicht eines Historikers gehört, die Beweislage nach allen Seiten umfassend zu prüfen.

Interview von Radio Free America am 4. Januar 1990 in der nächtlichen call-in talk show mit dem britischen Historiker David Irving:

Interviewer:

"So haben Sie in all den Jahren Ihrer Forschung in Tagebüchern, Archiven und allen anderen offiziellen Dokumenten niemals eine Spur von Nachweis entdeckt, die beweist, daß Hitler 'von Auschwitz gewußt hat'?"

Irving:

"Das ist korrekt. Und in der Tat, ich möchte sogar noch weiter gehen als dies. Ich möchte sagen, daß ich niemals irgendeinen Beleg darüber gefunden habe, daß Hitler vom 'Holocaust' etwas gewußt hat, ganz gleich, was man darunter verstehen mag."

Spotlight, Washington, 26. Februar 1990, S. 14.

### Nötigung

*"Ein Mitglied der jüdischen Gemeinde Berlins, welches in leichtfertiger Weise als Entlastungszeuge im Entnazifizierungsverfahren entlastende Erklärungen abgibt, oder es unterläßt, sich gegebenenfalls als Belastungszeuge zu melden, kann durch Beschluß des Vorstandes von der sozialen Fürsorge ausgeschlossen werden."*

Rheinischer Merkur, 27. September 1946.

*"Die Verbände der ehemals politisch Internierten und der Opfer des Naziregimes haben unter den damaligen Verschiedensten einen Feldzug der Einschüchterung organisiert, um sie am Aussagen zu hindern. Diese Tatsache wurde von Dr. Alfred Seidl in seinem Plädoyer für den Ingenieur Walter Dürfeld vor dem Militärgericht No. VI festgesetzt (Verhandlungsprotokoll S. 50 - 51):*

*"... Die eigentlichen Schwierigkeiten der Verteidigung haben sich in besonders scharfer Art bei den ehemaligen Internierten, die im Werk Auschwitz der I.G. Farben arbeiteten, bemerkbar gemacht. Soweit es sich um politisch Internierte handelte, waren die Schwierigkeiten unüberwindlich und Zeugenaussagen unmöglich, denn die Organisation der 'Verfolgten des Naziregimes' verboten ihren Mitgliedern, für die Angeklagten zu sprechen. Ebenso ist es vorgekommen, daß Mitglieder, die trotzdem ausgesagt oder eidesstattliche Versicherungen abgegeben hatten, seitens anderer Mitglieder unter Druck gesetzt wurden, um sie zum Widerruf ihrer Aussagen zu zwingen. Es ist klar, daß es unter diesen Umständen unmöglich ist, die Wahrheit zu finden."*

Maurice Bardèche, "Nürnberg oder die Falschmünzer", Wiesbaden 1957 S. 93 - 94.

Copyright  
by

Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung  
D 4973 Vlotho · Postfach 1643  
1991

ISSN 0176 - 4144

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162-433 (BLZ 360 100 43)  
Kreisparkasse Herford 250 00 2532 (BLZ 494 501 20)

Druck: Kalle Druck D - 4994 Pr.Oldendorf

# Bisherige "Bewältigung"

Die "Lügen um Heinrich Himmler" sind auch in einem zweiten Teil nicht abzuschließen, da sich -- abgesehen von Adolf Hitler -- um den RFSS die meisten jener Ereignisse konzentriert haben, die speziell im Osten Europas während des Zweiten Weltkrieges mit freiwilligen und Zwangsumsiedlungen, Sicherheits-, Zwangsarbeitsmaßnahmen, Repressalien, beschlagnahmten Vermögenswerten, Konzentrationslagern, Bandenbekämpfung zu umschreiben und mit tatsächlichen Verbrechen verbunden sind.

Doch wer definiert "Verbrechen" in einem Krieg, den der Gegner ganz offiziell zur Ausrottung des deutschen Herrschaftssystems, ja, wie durch vielfältige offizielle Bekundungen und in der militärischen Praxis belegt ist, zur Vernichtung des deutschen Volkes führte?<sup>1)</sup> Jahrelang haben Staatsmänner der Alliierten in Ost und West proklamiert, daß es in diesem Krieg keine unerlaubten Mittel gäbe, sondern es nur gelte, "so viel Deutsche wie möglich -- auch Frauen und Kinder! -- umzubringen"<sup>2)</sup>, gewaltige Teile deutschen Landes zu entvölkern und zu rauben, Kultur- und Vermögenswerte, alle Existenzgrundlagen zu zerstören und zur Durchsetzung dieser Ziele die Wahrheit auf den Kopf zu stellen und "die Weltöffentlichkeit von den alliierten Schreckenstaten durch verstärkte Greuelpropaganda gegen die Achsenpartner abzulenken!"<sup>3)</sup>

Bitte noch einmal die Frage zu beantworten: Wer definiert "Verbrechen" in einem solchen Kriege?

Die rechtliche und moralische Bewertung der Kriegsverbrechen beginnt mit der sachgerechten Analyse der Kriegsschuld, der Kriegsziele und der ersten Kriegsverbrechen. Danach ist auch die örtlich vorgefundene Situation, die unmittelbare Gefahrenlage für die eigene Truppe und Bevölkerung, freilich auch die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu berücksichtigen. Eine keineswegs leichte Aufgabe, die nicht mit parteiischen Schlagworten vom "heiligen Krieg" oder den "guten" und den "schlechten" Völkern oder Regierungssystemen zu meistern ist.

Die bisherige Bewältigungsliteratur hat lediglich global das deutsche Volk, die NSDAP, ihre Organisationen und Millionen Mitglieder, die deutsche Wehrmacht, insbesondere SS- und Waffen-SS verunglimpft.

1) Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 38, S. 18.

2) Winston Churchill am 7.2.1945 auf der Jalta-Konferenz. -- "Die Jalta Dokumente", Göttingen 1966, S. 164, 166, 171; auch Franklin Delano Roosevelt S. 55 + Russell Grenfell, "Bedingungsloser Haß?", Tübingen 1956, S. 96 + J.F.C. Fuller, "Der Zweite Weltkrieg 1939 - 1945", Stuttgart - Wien 1950, S. 22.

3) Edward Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London 1958, S. 209 - 210. -- Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 23, S. 40.

Ihre unsachliche, egoistische Wertskala:

a) Alle jene Ereignisse seien konsequent verbrecherische Folgen eines von einem verbrecherischen Regime verbrecherisch begonnenen Krieges mit verbrecherischer Zielsetzung bis hin "zur Eroberung der Welt";

b) betroffen, geschädigt, umgekommen, ermordet seien allerorten nur friedliebende Bürger friedfertiger, überfallener Staaten, die zum Kampf für humanitäre Ziele gezwungen worden seien;

c) selbst bei Nachweis gegen Deutschland gerichteter verbrecherischer -- d.h. den internationalen Kriegsregeln widersprechender -- Handlungen seien diese gerechtfertigt, amnestiert, nicht oder kaum erwähnenswert;

d) nach dem Text von Militärtribunal- und anderweitigen Gerichtsentscheidungen der alliierten Sieger sowie deren "Dokumenten"-Vorlagen sei zu urteilen, die einseitig sortiert, gewichtet, größtenteils sogar gefälscht wurden;

e) Zeugen der Siegerseite seien glaubwürdig, jene der besiegten Nationen, sofern sie den gewünschten Klischees widersprechen, unglaubwürdig;

f) die "rechtskräftigen" Militärtribunalurteile der Siegermächte sowie die Sprüche der unter ihrer Schutzmacht tätigen Gerichte der besiegten Nation hätten die Sachlagen umfassend, wahrheitsgemäß und auch moralisch und rechtlich unumstößlich geklärt.

Diese -- weltweit eingehaltenen -- Prämissen der bisherigen offiziellen wie auch offiziellen Geschichtsschreibung und Politik sind jedoch falsch, weil Objektivität durch Parteilichkeit verdrängt, Auseinandersetzungen in der Sache vordergründig einseitig geführt oder gänzlich verweigert und durch Machtsprüche ersetzt wurden. Dies betrifft die Vielzahl der politischen, historischen und völkerrechtlichen Problembereiche, angefangen vom Imperialismus allgemein, zur Schuld für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, über die 1919 in Versailles verfügte Völkerrechtsverwerdung bis zur jüngsten Kriegsschuldfrage.

Der Verfasser hat sich in seinen zahlreichen Publikationen<sup>4)</sup> bereits mehrfach mit diesen einzelnen Punkten befaßt, so daß Wiederholungen nicht nötig sind. Dennoch ist dieser Vorspann für das anstehende Thema angebracht, da hier mehr als bei anderen Sachverhalten Emotionsfreiheit und Objektivität gefordert ist.

4) "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", "Europa in Flammen 1939 - 1945" (2 Bde), "Bild dokumente" für die Geschichtsschreibung?", Schriftenreihe *Historische Tatsachen*.

## "Ansprache Himmlers" an das Offizierskorps der Leibstandarte "Adolf Hitler" am 7. September 1940

Damit keiner sagen kann, er habe nicht "von Anfang an gewußt", was "die Nazis im Schilde führten", fehlen freilich auch nicht "die ganz offenen Worte" Himmlers so ziemlich gleich am Anfang des Krieges. Auch hier ist alles drin, was sich ein Greuelpropagandist nur wünschen kann: Härte gegenüber den "Minderrassigen", "Untermenschen", der schon in den Friedensjahren "systematisch vorbereitete Krieg", der Wille zur "Ausdehnung unseres Lebensraumes", ja zur "Beherrschung der Erde". Dabei ist angesichts der in Kriegszeit notwendigen Geheimhaltung mit der durchgängig verwendeten Floskel, daß seine Zuhörer "das alles zwar hören, aber schnell wieder vergessen sollten", Rechnung getragen worden. Weitere Würze aus der bereits sattem bekannten Gifküche durfte nicht fehlen, diesmal hat man reichlich davon hineingerührt: Blöd, irre mußte dieser "Kommandeur der Leibstandarte" sein, der noch nicht einmal merkte, daß er überhaupt nicht ihr Kommandeur war.

Zitieren wir in Auszügen aus dem Nürnberger IMT-Dokument\* 1918-PS (Bd. XXIX S. 98 - 110), von dem niemand zu belegen brauchte, woher dies überhaupt stammt:

"... Wie lange im Einzelnen die Gefechtskämpfe auf irgend einem Teil der Erde stattfinden -- in England oder in den Kolonien von England -- weil die erst geholt werden müssen, das wissen wir ebenfalls nicht...

Denn der Winter bringt uns im Rahmen der Gesamt-SS eine ganze Anzahl Neuaufstellungen. ... Und dann wird wieder aus der jetzigen Basis der Gesamt-Waffen-SS herausgenommen. ...

Ich habe nun eine Erfahrung gemacht, und ich spreche zum Führercorps immer mit der letzten Offenheit auch über Dinge, die vielleicht besser anders gemeint werden, denn dazu sind wir ja Führer und dazu bin ich Ihr Kommandeur, dass ich alle Dinge offen ausspreche. ...

Es war die Gefahr, dass wir in uns erstickt wären und deswegen, sehen Sie, habe ich die Gelegenheit der Mobilmachung und die Gelegenheit des Krieges -- ich musste sie ergreifen, ich musste sie einfach aus innerpolitischen Gründen ergreifen, denn irgend jemand hat ja dieses Polen, nachdem Division um Division herausgenommen ist, niedergehalten, die haben uns ja nicht geliebt nach diesem Krieg, das darf man sich nicht einbilden und um sonst, -- das kann man hier auch ruhig einmal sagen, das sind alles Dinge, die man nicht an die Öffentlichkeit bringen kann -- um sonst haben wir nicht im Durchschnitt im Monat 3 bis 4 tote Polizisten und SS-Männer drüben und ungefähr 6 oder 8 tote polnische Polizisten. Da drüben war in manchen Wochen und in manchen Monaten ein munterer Bandenkrieg, der lediglich viel, viel unangenehmer war wie ein offener Kampf.

Sehr oft sagt sich der Angehörige der Waffen-SS -- und

diese Gedanken kamen mir heute so -- wie ich da draussen diese sehr schwierige Tätigkeit ansah, die die Sicherheitspolizei unterstützt von Ihren Leuten, die Ihnen sehr gut helfen, haben, -- das Hinausbringen dieses Volkes hier. Genau dasselbe hat bei 40° Kälte in Polen stattgefunden, wo wir tausende und zehntausende und hundertaufende wegtransportieren mussten --, wo wir die Härte haben mussten -- Sie sollen das hören und sollen das aber auch gleich wieder vergessen, -- tausende von führenden Polen zu erschossen. ...

Wir müssen beginnen, auch in der Gesamt-Waffen-SS, dass wir die übrige grosse Tätigkeit der Gesamt-SS und -Polizei erblicken und sehen, dass Sie die Tätigkeit, die der Mann im grünen Rock tut, genau so als wertvoll ansehen, wie die Tätigkeit, die Sie tun. Dass Sie die Tätigkeit, die der Mann des SD oder der Sicherheitspolizei tut, genau so als lebensnotwendiges Stück unserer Gesamttätigkeit ansehen wie das, dass Sie mit der Waffe marschieren können. Sie sind die Benedikten, denn wenn Sie etwas tun, wenn eine Truppe sich einen Ruhm erwirbt, dann kann von Ruhm gesprochen werden und dann kann sie ausgezeichnet werden dafür. Viel schwerer ist an vielen Stellen, -- und ich will damit Ihre Taten wirklich nicht herunter tun, ich bin der letzte, -- aber viel schwerer ist, das glaube Sie mir, an vielen Stellen dieses stille Tun-müssen, die stille Tätigkeit, dieses Postenstehen vor der Weltanschauung, dieses Konsequent-sein-müssen, Kompromisslos-sein-müssen, das ist an manchen Stellen viel, viel schwerer. Nun will ich Ihnen noch etwas sagen: Ich sprach vorkin davon, wir sind absolut in der Gefahr gewesen, dass wir in uns, im Führercorps, erstickt wären, dass wir nicht mehr hinausgekommen hätten, weil eben entweder, wären wir überaltert oder wir mussten zu früh die Menschen absägen. ... Überhaupt möge man sich darüber klar sein, dass der Ablauf der letzten 2 Jahre, die reine Kriegsjahre waren mit der Vorbereitung auf den Krieg, natürlich nicht der Friede ist. ...

Ich glaube, dass Sie aus dem, was ich heute den Männern sagte, -- Sie können als Führer sich noch ein Stück mehr dazu denken -- sich vorstellen können, was diese Gesamt-SS in Bezug auf Sicherung unseres Reiches, ich meine jetzt vor allem in weltanschaulicher Hinsicht, in Bezug auf Sicherung des Blutes, durch Siedlung und durch Ausdehnung unseres Lebensraumes, in Bezug auf Aufgaben in Kolonien und wir werden Garnisonen haben, weit im Süden von Afrika und wir werden Garnisonen haben im Polarwinter, wie jetzt in Kirkenes, das ist am Nordkap oben, werden wir ebenfalls eine Garnison mit ein paar Bataillionen haben, wir werden Garnisonen haben am Bug und wir werden Garnisonen haben jetzt im Westen, wobei Metz bestimmt nicht die äußerste Westgrenze sein wird. ... Sie würden sich wundern, ... wenn ich das nach dem Krieg sofort mit Friedensbeginn ganz eisen durchführe. ...

Ihr seid nicht denkbar ohne die allgemeine SS, diese ist nicht denkbar ohne Euch. Die Polizei ist nicht denkbar ohne die SS. ...

*Im Frieden werde ich Wachbataillone bilden und die nur abkommandieren auf 3 Monate -- lernen in dieser Zeit den Kampf mit dem Untermenschentum kennen und das wird nicht eine öde Wachhütigkeit, sondern wenn die Offiziere es richtig machen, den besten Unterricht über Untermenschentum und über Minderrassentum noch erfahren. Diese Tätigkeit ist notwendig, wie ich Ihnen schon sagte, 1. um dem deutschen Volk diese negativen Menschen wegzunehmen, 2. um sie einzuspannen noch einmal für die grosse Volksgemeinschaft, dass sie Steine brechen und Steine brennen, damit der Führer seine grossen Bauten wieder machen kann ...*

*Das ist wieder notwendig, wenn nämlich dieses führende Blut in Deutschland, mit dem wir stehen und fallen, mit dem guten Blut, wenn das sich nicht vermehrt, werden wir die Erde nicht beherrschen können. ... Wenn wir einmal zu wenig Söhne hätten, würden die, die nach kommen, feige werden müssen. ...*

*All die Dinge, die Ihnen manchmal fremd sind, weil andere Dinge vordringlicher waren in den letzten 2 Jahren, weil ich die Ihnen, den Führern nämlich, nicht genug nahebringen konnte, weil ich sie Ihnen manchmal auch deswegen nicht nahegebracht habe, um etwas, was im Entstehen begriffen ist, nicht so sehr in die Öffentlichkeit zu bringen, damit nicht ein zartes Pflänzchen von Menschen, die uns nicht so ganz wohl wollen, plötzlich mehr ausgerufen wird. Dafür habe ich lieber in Kauf genommen, dass manchmal meine eigene Truppe darüber nichts wusste und habe dann im Stillen dieses Pflänzchen mal zum kleinen Baum werden lassen. ...*

*Einen Orden zu schaffen, der diesen Gedanken des nordischen Blutes so verbreitet, dass wir alles nordische Blut in der Welt an uns heranziehen, unseren Gegnern das Blut wegnehmen, es uns einfügen, damit niemals mehr jetzt in der ganzen grossen Politik gesehen, in grossen Mengen und in nennenswertem Umfang nordisches Blut, germanisches Blut, gegen uns kämpft. Wir müssen es an uns nehmen und -- die anderen dürfen keines haben. ...*

Es lohnt nicht, den ganzen Unrat dieser angeblichen Rede Satz für Satz nach Stil-, grammatikalischen und Schreibfehlern hin zu zerpfücken. Man hat hier einfach zu viel Blödsinn auf einen Haufen gekarrt, als daß es nicht bereits dem Dummsten auffallen müßte.

Er, der "die Gelegenheit der Mobilisierung, des Krieges ergriffen hat", -- ohne vor den Offizieren der Leibstandarte Adolf Hitler formulieren zu können, wofür eigentlich,

a) verwendete Begriffe, die es nicht gab ("Gesamt-Waffen-SS", "Gesamt-SS", "Untermenschentum", "wir wären in uns erstickt" usw.),

b) stellte Behauptungen auf, die nicht stimmen: "Die allgemeine SS ist nicht denkbar ohne Euch (Waffen-SS)", bestand doch die Allgemeine SS 12 Jahre lang ohne Waffen-SS; "Die Polizei ist nicht denkbar ohne SS"; -- Polizei gab es schon Jahrhunderte früher ohne SS;

c) faselt völlig abwegig vom "Hinausbringen dieses Volkes hier" (in Metz, Frankreich/Lothringen),

d) läßt "Posten stehen vor der Weltanschauung", "beschließt das alles" selbst, und würde nach dem Krieg

selbst "das alles durchführen und Wachbataillone abkommandieren",

e) füllt seine Rede vor dem Offizierskorps der Leibstandarte 28 mal mit dem Schnack "Ich möchte (noch) etwas sagen, Ihnen nahebringen".

Stil und Schwachsinn, Schreib- und grammatikalische Fehler sind -- wie nahezu bei allen derartigen Greuelmärchen-Kreationen immer wieder die gerügten. Da diese "schwarzen ghost-writer"<sup>5</sup> nach Kriegsende Sachkundiges nicht konkret darzulegen wußten, der deutschen Sprache nicht ganz mächtig waren, außerdem unter gewissem Zeitdruck standen und im übrigen "viel zu tun hatten", konnte kaum etwas anderes als solch ein Kauderwelsch herauskommen. Erschütternd ist nur, daß "die Intelligenz der freien Welt" bisher solchen Unfug tatsächlich ernst genommen und dieses Niveau auf die SS bzw. Waffen-SS, ja auf das ganze deutsche Volk mit der implizierenden Folgerung übertragen hat, sie seien solchen Schwachköpfen wie u.a. diesem sich spätestens seit 1940 durch seine Reden, Schriften und Anordnungen als schwachsinnig ausweisenden "Reichsführer-SS" jahrelang in Kenntnis der verbrecherischen Zielsetzung gefolgt.

Diese ihr schon vor 1933, verstärkt seit 1939 und seit 1945 erneut immens gesteigert untergeschobenen "Dokumentationsgrundlagen" und Bewertungsmethoden hat "die Intelligenz der freien Welt" beibehalten, obgleich bereits in Nürnberg auch ein solches "Dokument", wie das soeben zitierte, von sachkundigen Offizieren als totale Fälschung ausgewiesen wurde. Freilich muß hierbei gesagt werden, daß man den sachkundigen Offizieren der Waffen-SS nach Vorhalt der abartigen Rede-passagen recht schnell wieder das Wort entzog. Statt dessen konfrontierte man sie mit Massenvernichtungen, Verwertung ganzer Ballenladungen von menschlichen Haaren in Auschwitz usw., sowie mit entsprechend aufgeputzten ausländischen "Zeugen" und einer Fülle weiterer gefälschter "Dokumente". Auf diese Weise ließ man sie in einem haßgeschwängerten Kreuzverhör ohne Zugang zu authentischen Verteidigungsinformationen gar nicht richtig zur Besinnung kommen und nötigte oder zwang sie zudem zu meineligen Aussagen.

Der Hauptabteilungsleiter im Ergänzungsamt der Waffen-SS, das für Einberufungen und Wehrüberwachung der Waffen-SS zuständig war, Robert Brill, erklärte am 5. August 1946 im Hinblick auf die Vorhaltungen zu der besagten Rede Himmlers unter Eid:

*"Ich war 12 Jahre lang bei der Waffen-SS, habe 1933 als einfacher Mann meinen Dienst in der Leibstandarte begonnen, bin dort Offizier geworden, bin dann 4 Jahre lang, mit Unterbrechung von Fronteinsätzen, im Ergänzungsamt der Waffen-SS gewesen. Zum Schluß des Krieges war ich Ordannanzoffizier in einer SS-Panzerdivision. ..."* (S. 371)

Ich habe in meiner Dienststelle Tausende und wieder Tausende von Einstellungsgesuchen gelesen. Ich kann sagen, daß bis 1939 hauptsächlich die Begeisterung für die SS, für ihr anständiges und sauberes Verhalten, der Hauptgrund für die

5) "Schwarz" steht für Lügenpropaganda laut Sefion Delmer, "Ghost writer" für anonyme Schreibbedienten, die anderen etwas unterschoben.

6) IMT Bd. XX S. 371

Freiwilligenmeldungen war. Daneben kamen aber auch viele Freiwillige aus beruflichen Gründen. ... (S. 374)

MAJOR ELWYN JONES (US-Anklagevertreter): Himmler hat zu den Offizieren Ihres Regiments gesprochen, der SS-Leibstandarte Adolf Hitler. Er sagte Ihnen, daß die Morde ein Werk der Sicherheitspolizei, nämlich Ihrer Leute, Leute Ihres Regiments, sein werden, das ist doch ganz klar?

BRILL: Nein, das ist nicht klar, so etwas gibt es gar nicht. ... erstens wußte ich das nicht, und zweitens, soviel ich jetzt gehört habe, haben nicht Angehörige der Waffen-SS das gemacht, sondern Himmler sagte, 'Wir, wir' -- wer diese 'wir' sind, das weiß ich nicht, und das geht auch, soviel ich jetzt gehört habe, nicht aus der Rede hervor. ... (S. 384)

Unter Himmlers Befehl waren wir überhaupt nicht. Wir waren bis 1939 als SS-Verfügungstruppe unter Hitlers Befehl, und dann war die Waffen-SS ebenfalls unter Hitlers Befehl, und zwar als Oberstem Befehlshaber der Wehrmacht. ...

Himmler hatte Inspektionsrecht. Er hatte das Recht, Beförderungen auszusprechen und bezüglich Verwaltung und Truppenbetreuung und -- soviel ich weiß -- auch im Gerichtswesen hatte Himmler Einfluß, d.h. seine Hauptämter." (S. 391)

Anschließend betrat SS-Oberstgruppenführer Paul Hauser den Nürnberger Zeugenstand und erklärte, ...

"ein einheitliches SS-Oberkommando hat es während des Krieges nicht gegeben. Das Führungshauptamt in Berlin war zentrale Verwaltungsinstanz. Alle Divisionen der Waffen-SS sind in das Heer einrangiert worden und kämpften unter Befehl und letzten Endes der Verwaltung des Heeres. Ich habe persönlich in den 5½ Jahren des Krieges nur von Dienststellen des Heeres Befehle bekommen. ... Die Divisionen, die in das Heer einrangiert waren, unterstanden Heinrich Himmler nur in Fragen der Personalbesetzung und Ergänzung, in Gerichtsfragen und in grundsätzlichen Fragen der Organisation. (S. 396 - 397)

Heinrich Himmler hat sicher versucht, im Frieden auf die kleine Verfügungstruppe einen Einfluß auszuüben. Im Kriege war das wenig oder gar nicht möglich. Truppenteile der Waffen-SS sprach er nicht. Er hat nur einige Male Kommandeure und Offiziere einzelner Divisionen im Felde gesprochen. Man



Ankunft des Reichsführers-SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, am 18.10.1937 in Rom. Er folgte einer Einladung des Duce zum "Tag der Italienischen Polizei". In seiner Begleitung befinden sich die Chefs der Hauptämter Ordnung- und Sicherheitspolizei, Genarel Dalugua (l. l. B.), und SS-Gruppenführer Heydrich (re). Zur Rechten das RFSS beim Verlassen des Bahnhofs der deutsche Botschaft in Rom, von Hassell, auf der anderen Seite der Chef der italienischen Polizei, Bocchini.

Foto: Bundesarchiv Koblenz

wußte, daß Heinrich Himmler, der wohl nur ein Jahr mal Soldat gewesen ist, absolut truppenfremd war, daß er die militärischen Aufgaben und ihre Arbeit unterschätzte. Er liebte es, den starken Mann durch Übertreibungen und Superlative zu markieren. Das lehnt der Frontsoldat wohl auf allen Seiten ab, wenn ihm einer mit großen Worten kommt." (S. 403)

## "Der Generalplan Ost"

Der mysteriöse "Generalplan Ost" wird Heinrich Himmler zwar nicht persönlich unterstellt (schließlich kann er nicht alles selbst geschrieben haben), doch sei er der "Anreger", "Auftraggeber". In den Führungsspitzen seiner Hauptämter entstanden und gefördert, sei dieser "Plan" schließlich "zu einem realen Bestandteil der Ostpolitik des Deutschen Reiches geworden".<sup>7)</sup>

Er enthält wieder alles, was sich Gegner Deutschlands nur träumen und wünschen könnten, um der Mär von der "angestrebten deutschen Weltherrschaft" noch weitere Gruselgeschichten beizupacken.

<sup>7)</sup> *Viertelsjahrhefte für Zeitgeschichte*, herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte in München, 1958, S. 281 - 325, hier S. 285 + 289. -- Nachfolgende Seitenangaben beziehen sich auf diese Publikation.

"Bereits die Vorzeichen der kommenden Ereignisse setzten die Schar der Osplaner in Bewegung, rechnete man doch mit einem Blitzsieg über die Sowjetunion" (S. 282), womit für den Autoren Helmut Heiber die Frage nach der Schuld am Rußlandfeldzug schon beantwortet ist.

Diese "Osplaner" stammten von der Dienststelle Reichsführer-SS/Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RFSS/RKF), war doch Himmler bereits im Oktober 1939 zum "Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums" ernannt und mit der gesamten Rück-, An-, Aus- und Umsiedlung im Osten beauftragt worden. Soweit richtig? Nein, zumindest ist auf den Fehler aufmerksam zu machen, daß die angesprochene Dienststelle keine Dienststelle der

SS, also auch nicht des RSHA war, sondern eine staatliche, dem Innenministerium unterstehende, ebenso wie jene "Volksdeutsche Mittelstelle", die ohne Hinweis auf SS in ihrem Briefkopf die Mittel aus der Reichskasse für jene Rück- und Umsiedlungen zur Verfügung stellte. Doch statt des eigentlichen Anliegens (deutsches Besitztum in Polen, das deutschen Menschen widerrechtlich seit 1918 durch Polen geraubt worden war, wiederherzustellen, Umsiedlungen von Polen, die sich seit 1918 gewaltsam in deutschem Besitztum angesiedelt hatten, durchzuführen und Balten- wie Wolhyniendeutsche heim ins Reich zu holen und in dem deutschen Westpreußen anzusiedeln) soll daraus "nach der Formulierung eines Angehörigen von Himmlers Amt" folgendes entwickelt worden sein:

"Die Befriedung des Riesentraumes, die nach Hitlers sorgfältig befolgten Direktiven am besten dadurch geschehen sollte, daß man jeden, der nur schief schaue, totschieße."<sup>8)</sup>

Vor dem Weiterlesen schaue man sich zunächst die Halbinsel Krim auf dem Atlas an, sie liegt im Norden des Schwarzen Meeres. Überhaupt dürfte es angebracht sein, Deutschland auf dem Globus zu suchen und mit Rußland zu vergleichen. Nach dieser geographischen Zielfindung nun das "Dokument":

"Bereits im August 1941 hotte Hitler für dieses Gebiet persönlich die Aussiedlung der dortigen (Krim-) Bevölkerung verlangt, — 'wohin, ist mir ganz wurscht, Rußland ist groß genug.'" (S. 291 — "Beweis": Eine Aufzeichnung nach Mitteilung eines anderen!)

"Krim-Generalkommissar Frauenfeld plante, dort die Südtiroler anzusetzen, was 'bei Hitler und Himmler freundliches Interesse' fand. 'Für Burg und', so kommentierte letzterer großzählig, 'werden wir dann eben einen anderen Volksstamm oder eine andere Bevölkerung finden'. Die Kriegereignisse hinderten zwar den Reichsführer daran, ... ein 'SS-Krimkommando' bereite an Ort und Stelle aber buchstäblich bis zur Räumung im April 1944 die deutsche Besiedlung vor, verfolgte 'die Spuren der Götter', erörterte 'Methoden der Klimasteuerung', erarbeitete eine 'Bewässerungsplanung' und was es an derartigen, im Kriege so vordringlichen Aufgaben noch alles gab." (S. 291)

Man verweist auf weitere "Dokumente":

"Abschrift, Geheime Reichssache

Bereits im November 1941 wurde mir bekannt, daß das RSHA an einer Generalplanung für den Osten arbeite. Der zuständige Sachbearbeiter im RSHA, Standartenführer Ehlich nannte mir damals schon die im Plan erwähnte Ziffer von 31 Millionen anzusiedelnder Fremdvölkischer." (S. 297)

"Unter diesen Umständen muß davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Fremdvölkischen in diesen Gebieten weitaus höher als 51 Millionen anzusetzen sein wird. Die Zahl wird zwischen 60 und 65 Mill. liegen ... wie der Plan vorsieht, so müßten demgemäß 46 bis 51 Mill. Menschen ausgesiedelt werden. Die Zahl 31 Mill. anzusiedelnder Menschen, die der Plan angibt, dürfte nicht zutreffen." (S. 300 - 301)

"Der Plan sieht nun die Aussiedlung von 80 - 85% Polen vor, d.h. es kommen je ob man von 20 oder 24 Millionen Polen ausreißt, 16 bis 20,4 Millionen Polen zur Aussiedlung, während 3 - 4,8 Millionen Polen im deutschen Siedlungsraum verbleiben

sollen. Diese vom RSHA genannten Zahlen stehen im Gegensatz zu den Ziffern, die vom Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums als Prozentsatz der eindeutschungsfähigen, rassistisch erwünschten Polen angegeben werden (3%)." (S. 306)

"Im Ostministerium interessiert nun aber ganz besonders die Frage, wo die rassistisch unerwünschten Polen verbleiben sollen. Mehr oder minder 20 Millionen Polen in Westsibirien zwangsweise geschlossen anzusetzen, bedeutet zweifellos eine ständige, kompakte Gefahr des sibirischen Raumes, ein Herd ständigen Aufruhrs gegen die deutsche Ordnungsmacht." (S. 307)

"Bereits im März 1941 hat der Unterzeichnete in einer Denkschrift den Standpunkt vertreten, die Polenfrage zum Teil auch durch mehr oder minder freiwillige Auswanderung nach Übersee zu lösen (immer wieder diese "Lösung der Frage", das stößt übel auf, — d. Verf.). Wie dem Unterzeichneten ferner bekannt geworden ist, steht das Auswärtige Amt dem Gedanken einer eventuellen teilweisen Lösung der Polenfrage in Südamerika, insbesondere in Brasilien, nicht uninteressiert gegenüber. ...

Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, die Masse der Südamerikadeutschen vor dem Aufgang im Südamerikanertum zu bewahren. Das einzige wirkliche Mittel ist nur die Zurückführung. Eine Verbreitung des Polentums in Südamerika dürfte, insbesondere, wenn sich die Auswanderung nach Brasilien erstrecken sollte, keine erhebliche politische Gefahr bedeuten, da dem fanatischen katholischen Klerus in Brasilien verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte." (S. 308)

"Nach dem Plan des RSHA sollen auch die Westukrainen in den sibirischen Raum überführt werden. Es wird dabei ein Prozentsatz von 65% genannt." (S. 309)

"Eine weitere Frage ist noch die, wohin später die Weißruthenen, die aus rassistischen Gründen für eine Eindeutschung nicht in Betracht kommen, umgesiedelt werden sollen. Der Generalplan sieht auch für die Westsibirien vor." (S. 312)

"Abel sah unter diesen Umständen nur folgende Lösungsmöglichkeiten: Entweder die Ausrottung des russischen Volkes oder aber die Eindeutschung des nordisch bestimmten Teils des russischen Volkes. ...

Der von Abel evtl. vorgeschlagene Weg, das Russentum zu liquidieren, kommt, abgesehen davon, daß die Durchführung kaum möglich ist, auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht." (S. 313 — "doch diese Frage wird erörtert!")

"Es muß dahin kommen, in diesen Gebieten die russische Sprache als Verwaltungs- bzw. als Verkehrssprache möglichst auszuschalten ... Der Gedanke ist durchaus zu erwägen, evtl. als die einzelnen Völker verbindende Sprache das Deutsche einzuführen." (S. 314 - 315)

"Der Gedanke, diesen (nordrussischen) Raum als zukünftigen großgermanischen Kolonialraum zu gestalten, erscheint ... nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen." (S. 315)

"Man kann z.B. Hebammen oder Feldscherinnen zu Abtreiberinnen ausbilden. Je sachgemäßer die Abtreibungen vorgenommen werden, desto mehr wird die Bevölkerung hierzu Vertrauen gewinnen. Auch der Arzt muß selbstverständlich zu diesen Handlungen befugt sein, ohne daß hier ein Verstoß gegen die ärztliche Standesehre in Betracht kommt. Die frei-

8) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1968 S. 284 unter Berufung auf das Nürnberg-"Dokument" 221 - L.

willige Sterilisierung ist ebenfalls zu propagandieren. Die Säuglingssterblichkeit darf nicht bekämpft werden. Auch Aufklärung der Mütter über Säuglingsfürsorge und Kinderkrankheiten darf nicht erfolgen." (S. 318)

"Zur Tschechenfrage: Nach den heute vorhandenen Auffassungen soll ein großer Teil der Tschechen, soweit er rassistisch nicht bedenklich erscheint, zur Eindeutschung gelangen. Man rechnet hier mit ungefähr 50% der tschechischen Bevölkerung, die hierfür in Betracht kommt. Geht man von diesen Zahlen aus, würden etwa 3½ Millionen Tschechen übrigbleiben, die, da ihre Eindeutschung nicht vorgesehen ist, allmählich aus dem Reichsgebiet entfernt werden müßten ... Man wird hier den Weg vorziehen müssen, der auch bei der unerwünschten polnischen Intelligenz angebracht zu sein scheint, den Weg der Auswanderung nach Übersee." (S. 319)

"Alle die Artfremden, sowie die artfremden Mischlinge deutscher Staatsangehörigkeit sind im Reichsgebiet ja nur Menschen zweiter Ranges. Sie bilden eine dauernde rassenbiologische Gefahr, zumal sie den starken Sexualtrieb ihrer artfremden Eltern teile geerbt haben." (S. 323)

Himmler angeblich am 12. Juni 1942 aus dem "Führer-Hauptquartier" dazu:

"In einem Punkt bin ich, glaube ich, falsch verstanden worden. In diesem Zwanzigjahresplan muß die totale Eindeutschung von Estland und Lettland sowie des gesamten Generalgouvernements mit enthalten sein ... Wir müssen vielmehr die Gesamtbesiedlung ins Auge fassen. ... Heil Hitler Ihr HH." (S. 325)

Der RFSS "ergänzte" am 12.1.1943 aus der "Feld-Kommandostelle":

"Lieber Meyer! Bei der ersten Durchsicht des Generalbesiedlungsplanes möchte ich Ihre Frage, die Sie bei Ihrem letzten Besuch noch stellen wollten, beantworten.

In den Ostsiedlungsraum ist Litauen, Lettland, Estland, Weißruthenien und Ingermanland ebenso wie die ganze Krim und Taurien einzubeziehen. ... N.S. diese genannten Gebiete müssen total eingedeutscht bzw. total besiedelt werden."

Die Frage, die Meyer "stellen wollte", kannte Himmler anscheinend auch ohne, daß dieser sie gestellt hatte. Hellseherische Fähigkeiten, gleichzeitig jedoch irre: "**totale Besiedlung, totale Eindeutschung!**"

Woher stammt das alles? Nun, die berichtigten Nürnberger "NO-Nummern-Dokumente", die zumeist nur in unbeglaubigten Kopien unbeglaubigter Schreibmaschinen-Abschriften bisher nicht überprüfter "Originale", deren Verwahrungsort unbekannt ist, vorliegen, finden sich in US-Mikrofilmen wieder (hier: T 175, Roll 68; einfache Schreibmaschinenseiten).

Welche Hauptämter der SS mit diesen Ausarbeitungen befaßt waren, "**ist heute kaum mehr festzustellen**", dann wiederum ist etwas "**zu vermuten**", auch "**hören wir, und dies ist nicht uninteressant**": "**Federführend aber war das RSHA**". (S. 285)

"... so stoßen wir auf eine umfangreiche Ausarbeitung, die unter dem Titel 'Generalplan Ost' wohl Ende 1941 in der Gruppe III B des RSHA entstanden ist. Der Text ist allem Anschein nach verloren gegangen, jedoch finden wir den Inhalt umfassend und wohl authentisch spiegelt in der kritischen Behandlung durch zwei Aufzeichnungen des Ostministeriums. Einmal handelt es sich dabei um das Gedächtnisproto-

koll einer Sitzung über 'Fragen der Eindeutschung', zu der sich Vertreter von Dienststellen des Ostministeriums und der SS am 4. Februar 1942 zusammengefunden hatten, zum anderen um eine ausführliche Niederschrift vom 27. April des gleichen Jahres, die sich speziell und gründlich mit der RSHA-Konzeption befaßt: 'Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS' (Dok. NG - 2325). Verfasser ist in beiden Fällen der rassenpolitische Dezernent des Ostministeriums, Amtsgerichtsrat Dr. Erhard Wetzel." (S. 285 - 286)

Wir stehen hier wiederum vor einer der "Wannsee-Konferenz vom 20.1.1942" analogen Sachlage: ein geheimnisvolles, von niemandem bestätigtes "Gedächtnisprotokoll" eines inzwischen Toten und eine ebenso geheimnisvolle Niederschrift eines "nach dem Kriege Verschollenen". Bekanntlich haben -- angeführt vom "alten Gauner" Sefton Delmer (so nannte er sich selbst!) -- die alliierten Greuelpropagandisten diese Methode als besonders wirksam angesehen, "einem Toten etwas in den Mund zu legen", denn ein solcher kann sich nicht mehr verteidigen.

Dann gibt es noch eine "Denkschrift", von Prof. Dr. Konrad Meyer, Leiter der Hauptabteilung II Planung (später Amt VI) und Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik der Universität Berlin, SS-Standartenführer (1942 Oberführer) vom 15. Juli 1941 (Nürnberg "Dok." NO - 3348):

"Denkschrift 'Generalplan Ost -- Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus'. Diese Ausarbeitung selbst ist **nicht greifbar**, da sie in dem von den Amerikanern als Beweismaterial gegen Meyer zusammengestellten Dokumentenbündel fehlt, wohl aber existiert eine damals als Anlage 2 beigefügte 6-seitige Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Haupttextes." (S. 289)

Wer hat da wohl wieder die "Dokumente bearbeitet"? Für Institut-für-Zeitgeschichtsforscher Helmut Heiber ist diese mysteriöse Quellenlage jedoch keineswegs Anlaß zu Vorbehalten, selbst wenn der Inhalt dieser Papiere im diametralen Gegensatz zur durchgeführten Politik -- **Rückführung der Balten-, Galizien- und Wolhyniendeutschen ins Reichsgebiet und nicht umgekehrt!** -- steht!

Prof. Konrad Meyer ist von den Alliierten in Nürnberg freigesprochen worden und hat seine Professur wieder erhalten. Wäre sein "Generalplan Ost" heutzutage nicht "volkspädagogisch unerwünscht", so wäre dieser wohl nicht verschwunden. Ob es wohl mit "der 6-seitigen Zusammenfassung" seine Richtigkeit hat? Wir halten das nicht für möglich.

Bedenkt man bei dieser Quellenlage, daß in der internationalen Literatur der "Generalplan Ost" u.a. (also abgesehen von Russen, Ukrainern, Zigeunern, Juden) auch als ein "**indirektes Eingeständnis für den Ausrottungswillen von 95 - 97% der Polen**" als "Plan zur **Endlösung des polnischen, ja slawischen Volkes**" dargestellt wird,<sup>9</sup> so wird die Ungeheuerlichkeit der globalen und systematischen Diffamierung Deutschlands auch an diesem Beispiel deutlich!

<sup>9</sup> Sefton Delmer "Die Deutschen und ich", Hamburg 1961, S. 488 + 549 + 631

<sup>10</sup> Jan Tomasz Gross, "Polish Society under German Occupation -- The Generalgouvernement 1939 - 1949", Princeton University Press New Jersey 1979, S. 75.



## "... daß wir Island einmal wieder haben müssen"

Nachfolgende "Dokumente" sind us-amerikanischen Mikrofilmen entnommen, in denen "erbeutete deutsche Dokumente" für die Zukunft festgehalten sind. Die Siegermacht USA hat diese Filme ohne jegliche neutrale Kontrolle im eigenen Regierungsauftrag -- zumeist erst in den 50iger und 60iger Jahren -- hergestellt. Wie unseris hierbei vorgegangen worden ist, belegen die nachfolgenden Analysen.

Wie unkritisch diese US-Mikrofilme von der Weltöffentlichkeit übernommen worden sind und weiterhin zitiert werden, dafür ist das Buch von Helmut Heiber<sup>11)</sup> ein typisches Beispiel. Wir zitieren daher für die nachfolgenden "Dokumente" beide Quellen. Der Leser vermag sie auf diese Weise besser zu überprüfen.

Die mit "R. (Rolle) ...", S. (Seite) ..." bezeichneten Belege sind Vermerke in den "Guides to German Records Microfilmed at Alexandria, VA." Nr. 32 und 33 (sowie 39). Sie beziehen sich auf die Mikrofilme der Serie T-175. Wir zitieren entsprechend.

Zunächst: R. 33, S. 1230 bzw. Heiber<sup>11)</sup>, "Dok". 96, S. 102:

**"Reichsführer an SS-Oberführer Prof. Dr. Werner Gerlach, Deutscher Generalkonsul in Island, am 3.2.1942":**

*"Mein lieber Gerlach!*

*Meinen herzlichen Dank für Ihren Brief vom 5.1.1941 und ebenfalls meinen Dank für den ausgezeichneten Bericht über Island.*

*Klar ist mir, daß wir Island einmal wieder haben müssen, und klar ist mir ferner, daß wir dann das immerhin wertvolle isländische Volk retten müssen. Es wird absolut möglich sein, diese wertvolle Bluts substanz in eine bessere Form zu bringen, das Land mit seinen heißen Quellen und seinen Wasser- und damit seinen Energiequellen zu entwickeln und es zu einer waffengeschützten Bastion Europas auszubauen. Um all das zu erkennen, gibt Ihr Bericht die besten Anhaltspunkte.*

*Mit Freude habe ich gehört, daß Sie nunmehr nach dem Protektorat kommen, wo Sie ja mit SS-Obergruppenführer*

*Heydrich sicherlich sehr viel in Berührung kommen werden. Der frische, wirklich nationalsozialistische Zug wird Ihnen sehr gut gefallen.*

*Mit großer Freude übersende ich Ihnen nochmals mein Bild und wünsche zugleich Ihnen, Ihrer lieben Frau und Ihren Töchtern abermals sehr herzlich alles Gute für das bereits reichlich angebrochene neue Jahr:*

*Heil Hitler!*

*Ihr getreuer HH"*

Dieser angebliche Brief enthält die typisch sich wiederholenden Fälschungsphrasen:

*"Klar ist mir, daß wir Island einmal wieder haben müssen, ... das isländische Volk retten müssen. Es wird absolut möglich sein, diese wertvolle Bluts substanz in eine bessere Form zu bringen."*

Island hat nie zu Deutschland gehört, daher konnte Himmler auch nicht schreiben, daß wir es "wieder haben" (zu deutsch: "wiederhaben") müssen. Man sprach und spricht in Deutschland auch nicht vom isländischen Volk, sondern von den Bewohnern, der Bevölkerung Islands (ca. 200.000 Menschen). Warum und wie sollte Deutschland "das isländische Volk retten müssen"?

In einem Satz = 2 x "müssen", im nächsten Absatz innerhalb eines Satzes = 2 x "kommen" ist in Deutschland unüblich.

Eine bereits "wertvolle Bluts substanz" bedarf keiner "besseren Form"! Was sind das überhaupt für unpassende Vokabeln!

Was hat sich der Reichsführer-SS nach dem verlustreichen Kältewinter 1941/1942 an der schwer angeschlagenen Ostfront um die -- offenbar "von uns" -- in Gang zu bringende "Entwicklung Islands" zu kümmern, einer hinter England liegenden und seit dem 14. Juli 1941 von den US-Amerikanern besetzten Insel? Er war weder Außenminister, noch befugt, darüber zu befinden, was Deutschland "haben oder wieder haben muß". Auch konnte er solche "politischen Perspektiven" nicht in so dümmliche Phrasen einkleiden, die typisch für die

meisten Fälschungen dieser Art sind!

**E m p f a n g**  
1938 im Hotel  
Kaiserhof in Berlin: Der britische  
Botschafter Sir  
Neville Henderson im Gespräch  
mit RFSS Himmler und Reichsleiter Alfred Rosenberg.  
Foto: Bundesarchiv  
Koblenz

• In Island war bereits seit  
• langem ein europäischer  
• Wirtschafts- und Kulturstil  
• vorhanden; somit wäre dort  
• für Deutschland gar kein  
• Nachholbedarf "zu entwickeln" gewesen, schon gar  
• nicht mitten im Krieg! Da  
• der "Brief" in sich unsinnig  
• ist, kann ihn Himmler auch  
• nicht geschrieben haben!



Foto: Bundesarchiv  
Koblenz

11) Helmut Heiber (Hrsg.), "Reichsführer! ... Briefe an und von Himmler", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 1968

# Ohlendorf informiert seinen Chef über den "Sektor 'Koloniale Planung' "?

"Dok." R. 122, S. 7921/22 bzw. Heiber "Dok." 116, S. 122 - 123:

Absender SS-Oberf. Otto Ohlendorf, Chef Amt III (SD-Inland)/RSHA. -- Empfänger Reichsführer, Datum: 10.7.1942:

*"Betr.: Einschaltung höherer SS-Führer in die Kolonialplanung.*

Vor einiger Zeit sind auf dem Sektor der kolonialen Planung die Organisation Sisal und die Organisation Bananen aufgestellt worden. Diese beiden Bezeichnungen sind Tarnungen für den Einsatzstab Ostafrika (Sisal) und den Einsatzstab Westafrika (Bananen). Als Leiter der Organisation Sisal ist Reichsleiter SS-Obergruppenführer Bouhler (Philipp Bouhler, Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP, -- Fußnote) vorgesehen, der später Generalgouverneur von Ostafrika werden soll. Der Leiter der Organisation Bananen ist der Stabsamtsleiter von Gauleiter Bohle (Ernst Wilhelm Bohle, Auslandsorganisation der NSDAP, -- Fußnote) in der AO, SS-Brigadeführer Ruhberg. Die Einsatzstube haben bereits mit den Vorbereitungen begonnen. U.a. erstreckte sich die Arbeit für Kamerun darauf, die bisherige Bezirksverwaltung in Kamerun in der Planung in eine Provinzialverwaltung umzuwandeln. Aus etwa 20 Bezirken sollen etwa 5 Provinzen werden, die eine Unterteilung in Bezirke oder Stationen erhalten. Durch diese Einteilung hofft man, die wirtschaftliche Gesamtplanung zu erleichtern. Man hat dabei nach englischem Vorbild gehandelt, das sich sehr bewährt hat.

Zur Vorgeschichte des Obengesagten wird folgendes mitgeteilt: Reichsleiter Bouhler und Reichsleiter Bormann haben seinerzeit gewisse Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit der Partei-Kanzlei und der Kanzlei des Führers gehabt. Es ist nunmehr entschieden worden, daß im wesentlichen die Partei-Kanzlei maßgebend ist und daß bei Bouhler im allgemeinen nur noch die Gnadengesuche erledigt werden. Für alle anderen einlaufenden Sachen sind die zuständigen Stellen maßgebend. Bouhler hat diese Regelung als eine Art von Ausschaltung empfunden und sich nunmehr völlig auf den kolonialen Sektor geworfen. Man nimmt in maßgebenden Kreisen an, daß Bouhler nicht Generalgouverneur von Ostafrika bleiben wird, sondern daß er, nachdem er draußen in den Kolonien praktische Erfahrungen gesammelt hat, den General Ritter von Epp als Kolonialminister ablöst.

Reichsleiter Bormann, der ein Interesse daran hat, daß auch die restlichen Dinge, die in der Kanzlei des Führers erledigt werden, als Abteilung der Partei-Kanzlei angegliedert werden, unterstützt neuerdings Bouhler, weil er der Ansicht ist, daß Bouhler mit dem neuen kolonialen Arbeitsge-

biet das Interesse an seinem früheren Arbeitsgebiet verliert.

Außerordentlich interessiert an dieser Entwicklung ist Gauleiter Bohle, der in der Ernennung Bouhlers eine gewisse Gefahr für das Vorrecht der AO (Auslandsorganisation, -- d. Verf.), die Menschenführung in den Kolonien zu haben, sieht. Er hält es für ausgeschlossen, daß die AO, neben einem Reichsleiter als Generalgouverneur, gewissermaßen zur Kontrolle der weltanschaulichen Ausrichtung, einen Landesgruppenleiter der AO einsetzt. Damit wäre aber die AO, zum wenigsten in Ostafrika, mit einem ihr seinerzeit verliehenen Recht zur Menschenführung in den Kolonien ausgeschaltet.

I.V. Ohlendorf  
SS-Oberführer"

Auch dieser angebliche "Brief" besteht nur aus Blödsinn!

(1)

Der "Brief" weist einen "Betreff" aus: "Einschaltung höherer SS-Führer in die Kolonialplanung", -- der in den Ausführungen gar nicht behandelt wird.

(2)

Einen "Sektor der kolonialen Planung" gab es in Deutschland weder vor dem Krieg noch während des Krieges, auch niemals eine "Organisation Sisal" oder "Organisation Bananen". "Tarnnamen" sollen das gewesen sein? Schon ein Trottel würde Sisal und Bananen mit Afrika in Verbindung bringen. Was soll wohl ein solcher "Tarnname" für einen Sinn haben? Das ist doch reif für den Kindergarten! Auch stellt man in Deutschland nicht "auf dem Sektor einer Planung Organisationen auf".

(3)

Da der offensichtlich total uninformierte Heinrich Himmler von seinem Untergebenen Ohlendorf in dieses Neuland eingeführt wird, wäre es sicherlich notwendig gewesen, ihn darüber aufzuklären, wo und von wem "auf diesem Sektor der kolonialen Planung die Organisation Sisal und Bananen mit ihren Leitern aufgestellt" worden sein sollen. Doch das wußten typischerweise die Fälscher selber nicht, daher blieb das anonym.

(4)

Als Leiter der "Organisation Sisal" sei Philipp Bouhler vorgesehen, der später "Generalgouverneur von Ostafrika werden soll".

Philipp Bouhler, der zwar keinerlei Kenntnisse von Afrika und Kolonialpolitik hatte, soll sogar "General Ritter von Epp als Kolonialminister ablösen". Dies "nimmt

man in maßgebenden Kreisen an". Wer eigentlich sind diese "maßgebenden Kreise"? Gehörte nicht Himmler auch dazu? Und er wußte gar nichts davon?

Einen "Kolonialminister" gab es im Dritten Reich überhaupt nicht! Ohlendorf konnte somit einen solchen Unsinn nicht an den Reichsführer-SS geschrieben haben. Auch Himmler wußte, daß Ritter von Epp seit Mai 1934 das kolonialpolitische Amt der NSDAP leitete, sein Einfluß aber frühzeitig zurückgegangen war.

(5)

"Die Einsatzstäbe haben bereits mit den Vorarbeiten begonnen."

Ein SS-Obergruppenführer und ein SS-Brigadeführer sind da angeblich ernannt und stützen sich bereits auf die "Vorarbeiten", als deren offenbar wichtigste eine Verwaltungsreform in Kamerun "nach englischem Vorbild" sei, – und Ohlendorf geht wie selbstverständlich davon aus, daß der Reichsführer-SS, der für Ernennung und Beförderung seiner Offiziere, zumal der Generale zuständig ist, gar nichts davon weiß?! Komplette Unsinn!

(6)

"Es ist nunmehr entschieden worden, daß im wesentlichen die Partei-Kanzlei maßgebend ist und daß bei Böhler (Kanzlei des Führers der NSDAP) nur noch die Gnadensuche erledigt werden. Für alle anderen einlaufenden Sachen sind die zuständigen Stellen maßgebend. Böhler hat diese Regelung als eine Art Ausschaltung empfunden."

"Es ist nunmehr entschieden worden" muß sich dem Schreiben zufolge auf Juni 1942 beziehen. Dies aber enthüllt bereits den Unsinn. Denn dieser Zustand herrschte bereits seit 1933! Im Organisationsbuch der NSDAP aus dem Jahre 1937 (München) heißt es auf Seite 152:

"In der Kanzlei des Führers der NSDAP wird Bearbeitung aller beim Führer direkt einlaufenden Parteiangelegenheiten vorgenommen (soweit zur Bearbeitung nicht andere Dienststellen zuständig sind), insbesondere Behandlung der die Parteimitglieder betreffenden Gnadensachen (Sprüche öffentlicher Gerichte und von Parteigerichten)."

Da Böhler als Chef der Kanzlei des Führers der NSDAP auch in den Kriegsjahren weiterhin den "Schutz des nationalsozialistischen Schrifttums" parteiamtlich zu gewährleisten bzw. das Schrifttum daraufhin zu überprüfen hatte, daß nicht unter Berufung auf die NSDAP unautorisierte Sachverhalte publiziert werden, er im übrigen Mitarbeiter im Völkischen Beobachter war, hatte er von Anfang an, auch während des Krieges reichlich zu tun und konnte sich gar nicht ausgeschaltet fühlen. Außerdem war er bis Kriegsende Mitglied des Reichstages und des Reichskultursenats. Daß sich Philipp Böhler 1942 "völlig auf den kolonialen Sektor geworfen hat", ist durch nichts belegt, sondern frei erfunden! Ohlendorf konnte solches seinem Chef niemals mitgeteilt haben!

(7)

Da ist wieder einmal – typisch für die Fälschungskorrespondenz! – jemand "außerordentlich interessiert": Gauleiter Böhle, der in der "Ernennung Böhlers" (die-

se "Ernennung zum Leiter der Organisation Sisal" ist reine Erfindung!) "eine Gefahr sieht" und zwar "für das Vorrecht der Auslandsorganisation der NSDAP (AO), die Menschenführung in den Kolonien zu haben". Schon der Ausdruck ist wieder einmal absonderlich, wie vorher "maßgebend ... maßgebend". Der Inhalt dieser "Mitteilung an den Reichsführer" ist noch absonderlicher. Niemals konnte die AO damit liebäugeln, "die Menschenführung in den Kolonien zu haben", war sie doch von Anfang an ausschließlich zuständig für auslandsdeutsche Parteimitglieder. Über "Aufgaben und Zuständigkeiten" heißt es in dem Organisationsbuch der NSDAP (München 1937) auf Seite 143:

"Die Auslandsorganisation hat die Aufgabe, die Reichsdeutschen im Ausland und in der Seeschifffahrt für die nationalsozialistische Weltanschauung zu gewinnen und die Volksgemeinschaftsgedanken über alle Klassen, Stände und Konfessionen hinweg in jedem einzelnen Auslandsdeutschen lebendig zu erhalten. Von allen nicht-deutschen Angelegenheiten hält sich die AO fern."

Von "Menschenführung in den Ländern" ist keine Rede, im Gegenteil, es ist der AO ausdrücklich untersagt, sich um nicht-deutsche Angelegenheiten zu kümmern!

Unter der Rubrik "Kolonialpolitisches Amt" heißt es im Organisationsbuch der NSDAP auf Seite 327:

"Für die Behandlung aller kolonialpolitischen und kolonialwirtschaftlichen Fragen innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Presse gibt lediglich das Kolonialpolitische Amt Richtlinien und Weisungen."

Typischerweise erwähnt Ohlendorf dieses Kolonialpolitische Amt überhaupt nicht. Die Fälscher wußten darüber zu wenig bzw. nichts.

Wenn Ohlendorf zum Abschluß "behaupet",

"Damit wäre aber die AO, zum wenigsten in Ostafrika, mit einem ihr seinerzeit verliehenen Recht zur Menschenführung in den Kolonien ausgeschaltet",

so ist mit diesem Satz der bisherige Unsinn um einen weiteren Zahn überdreht. Denn der AO war niemals "seinerzeit ein Recht zur Menschenführung in den Kolonien verliehen" worden! Und Himmler wußte dies natürlich. Kein deutscher Amtsträger konnte ihm somit einen solchen Blödsinn geschrieben haben!

Dieses "Dokument" steht jedoch nicht isoliert. Es befindet sich in den Serien der us-amerikanischen Mikrofilme, wurde von der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart in die "Dokumentation" von Helmut Heiber, "Reichsführer! ... – Briefe an und von Himmler", Stuttgart 1968 übernommen und beweist damit die grundsätzliche Unzuverlässigkeit dieser Quellen. Es beweist damit erneut, daß sich langfristig vor Erstellung der US-Mikrofilme die amtlichen britischen und US-Fälscherteams tüchtig ins Zeug gelegt haben und alles das in die deutschen Dokumentenbestände hineingeschmuggelt haben, teils mittels freier Erfindung, teils mittels Textveränderungen, teils durch Aussortieren, was sie wollten, für ihre machtpolitischen Ziele als zweckvoll ansahen und was ihre Fantasie zu formulieren hergab.

Doch auch dieses "Dokument" war nicht ihre letzte Kreation.

# Südtiroler auf die Krim?

"Dok.": Nürnberg NO - 2417 bzw. Heiber "Dok." 121 S. 126: -- Absender RF, Empfänger = Gauleiter Eduard Frauenfeld, designierter Generalkommissar für die Krim; Schreiben vom 10.7.1942:

*"Lieber Parteigenosse Frauenfeld!*

*Besten Dank für Ihren Brief vom 10. Juni 1942 und Ihre Denkschrift über die Umsiedlung der Südtiroler nach der Krim. Ich hatte gestern Gelegenheit, mit dem Führer darüber zu sprechen, der diesen Vorschlägen keineswegs ablehnend gegenüber steht. Ich stehe ihnen auch nicht ablehnend gegenüber, doch herrscht Einigkeit darüber, daß mit der Umsiedlung der Südtiroler erst nach Abschluß des Krieges begonnen werden kann. Für Burgund werden wir dann eben einen anderen Volksstamm oder eine andere Bevölkerung finden. Mit den Südtirolern bitte ich jedoch auf keinen Fall über dies Projekt schon zu sprechen.*

*Heil Hitler!*

*Ihr alter gez.: H. Himmler"*

Auch dieser "Brief vom 10.7.1942" ist eine Erfindung alliierter Schwarzpropagandisten.

*"... doch herrscht Einigkeit darüber, daß mit der Umsiedlung der Südtiroler erst nach Abschluß des Krieges begonnen werden kann."*

In Wirklichkeit war "Die Rückführung der Reichs- und Volksdeutschen aus Südtirol" bereits gemäß "Erlaß des Führers und Reichskanzlers" vom August 1939 sowie eines Abkommens mit Mussolini vom 21. Oktober

Otto Ohlendorf erklärte mit Recht vor dem US-Tribunal in Nürnberg (Fall 9):

*"Es dürfte wohl einleuchten, daß eine Einsatzgruppe und Einsatzkommandos, die 10.000 freiwillige Krim-Tartaren für den Kampf gegen den Bolschewismus werben, die 16 Freiwillige Tartaren-Selbstschutzkompanien aufstellen, bewaffnen und ausbilden zum Schutz ihrer eigenen Dörfer und für den Kampf gegen die Partisanen, daß diese Einheiten nicht Tartaren aus Kriegsgefangenenlagern aussondern und erschießen!"<sup>12)</sup>*

*– »und ihre Familien aus ihren Heimstätten vertreiben, um Südtiroler anzusiedeln«, müßte man ergänzen.*

Alfred E. Frauenfeld, einst Wiener Gauleiter, ab Okt. 1941 Generalkommissar für Taurien (Krim), schrieb nach dem Krieg ein eindrucksvolles und sachkundiges Buch über die damaligen Verhältnisse<sup>13)</sup>. In diesen "Erinnerungen und Aufzeichnungen" hat er keinerlei Kritik zu falschen Maßnahmen auf deutscher Seite zurückgehalten, doch von einer Planung oder gar nur Andeutung, Südtiroler auf der Krim anzusiedeln, hat er nichts verlauten lassen. Wohl schilderte er, daß in Taurien einschließlich der Krim einst 78.000 Volksdeutsche beheimatet waren, deren Männer die Sowjets vor ihrem Rückzug entweder ermordet oder verschleppt haben.

1939 nach Bayern und Österreich vorgesehen, wohin bis zum Jahre 1943 = 70.000 eingebürgert worden waren. Von diesen gingen schließlich 25.000 wieder zurück. Grundsätzlich war die deutsche Umsiedlungspolitik darauf gerichtet, die zahlreichen, weit im Osten Europas verstreut lebenden deutschen Volksteile "heim ins Reich" zurückzuführen, um weiteren Konflikten zu entgehen und ihnen den Schutz des Reiches zu gewährleisten. Eine angebliche "Denkschrift über die Möglichkeit der geschlossenen Umsiedlung der Südtiroler nach der Krim", wie sie im US-Mikrofilm T 175/Roll 53 vorliegt, kann daher nicht authentisch sein.

Was schließlich hatte eine bis Kriegsende zurückgestellte Umsiedlung der Südtiroler mit "Burgund" zu tun, bzw. damit, daß "wir für Burgund dann eben einen anderen Volksstamm oder eine andere Bevölkerung finden werden"? Burgund ist als historische Region in Frankreich zwischen Saône und oberer Loire bekannt. Für diese Landschaft brauchte Deutschland im harten Kriegsjahr 1942 "keinen anderen Volksstamm oder eine andere Bevölkerung zu finden". Was ist das alles für ein unrealistisches, lediglich der Völkerverhetzung dienendes Geschwafel!

Nichts scheint zu dumm zu sein, um es nicht der Weltbevölkerung als "Dokumente aus deutschen Akten" verkaufen zu können. Und dienstefrige deutsche Verleger und Historiker -- um mit David Irving zu sprechen -- "fassen mit an", wenn es gilt, mit solchem Unrat das deutsche Volk zu beschuldigen und für alle Zukunft zu belasten.



Himmler besucht 1943 Soldaten der Waffen-SS Gebirgs-Division "Handschar" (Kroaten)

<sup>12)</sup> KV-Prozesse Fall 9, Rep. 501 XXVI P. 9, S. 76.

<sup>13)</sup> Alfred E. Frauenfeld, "Und trage keine Reu", Leoni 1938.

# "1.000 Jüdinnen am Tag zu sterilisieren"

"Dok.": Nürnberg NO - 213 bzw. Heiber "Dok." 122 a, S. 127:

Absender SS-Ostufab. Dr. Brandt; Empfänger Prof. Dr. Carl Clauberg, Königshütte. Schreiben vom 10.7.1942

*"Sehr geehrter Herr Professor!*

*Der Reichsführer hat mich heute beauftragt, an Sie zu schreiben und Ihnen seinen Wunsch zu übermitteln, doch einmal nach vorheriger Absprache mit SS-Obergruppenführer Pohl und dem Lagerarzt des Frauenkonzentrationslagers in Ravensbrück nach Ravensbrück zu fahren, um dort die Sterilisierung von Jüdinnen nach Ihrem Verfahren durchzuführen.*

*Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer-SS noch Wert darauf legen, von Ihnen zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1.000 Jüdinnen in Frage käme. Die Jüdinnen selbst sollen nichts wissen. Im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung könnten Sie nach Ansicht des Reichsführers-SS die entsprechende Spritze verabreichen.*

*Über die Wirksamkeit der erfolgten Sterilisierung müssen dann auch eingehende Versuche durchgeführt werden, größtenteils in der Art, daß nach einer bestimmten Zeit, die Sie dann bestimmen müssen, vielleicht durch Röntgenaufnahmen, festgestellt wird, welche Veränderungen eingetreten sind. In dem einen oder anderen Fall dürfte aber auch ein praktischer Versuch in der Weise durchgeführt werden, daß man eine Jüdin mit einem Juden für eine gewisse Zeit zusammensperrt und dann sieht, welcher Erfolg dabei auftritt.*

*Ich darf Sie bitten, mir zur Unterrichtung des Reichsführers-SS Ihre Äußerung zu meinem Brief mitzuteilen.*

*Heil Hitler!*

*gez.: Brandt*

*SS-Obersturmbannführer"*

Zu diesem Thema wird ein Korrespondenzschwindel vorgelegt, den wir bereits in den **Historischen Tatsachen** Nr. 30, S. 18 - 22 z.T. analysiert haben. Er setzt sich aus einer Reihe angeblicher "Briefe und Aktenvermerke" zusammen zwischen Heinrich Himmler, Prof. Dr. med. C. Clauberg, Chefarzt von Frauenkliniken in Oberschlesien, und Dr. Rudolf Brandt vom Persönlichen Stab des Reichsführers.

So soll angeblich Prof. Dr. Clauberg am 10.7.1942 über ein Verfahren zur Sterilisierung von Frauen mittels einer Spritze verfügt haben, das fachwissenschaftlich freilich nicht offengelegt wird. Wiederum typisch: was sollten Fälscher dazu medizinisch auch beschreiben!

Jedenfalls der Reichsführer scheint nur noch nicht zu wissen, wieviel Zeit dafür im einzelnen benötigt wird. Doch halt: "das Verfahren" ist wohl doch noch kein "Verfahren", denn der Reichsführer "weiß", daß

*"über die Wirksamkeit der erfolgten Sterilisierung dann noch eingehende Versuche durchgeführt werden müßten ... größtenteils in der Art, daß nach einer bestimmten Zeit, vielleicht durch Röntgenaufnahmen, festgestellt wird, welche Veränderungen eingetreten sind."*

Was ist das alles für ein sprachlicher und inhaltlicher Unsinn! Entweder ist eine Sterilisierung erfolgt oder nicht. Ist sie erfolgt, dann ist sie auch wirksam und bedarf keiner Versuche. Röntgentests sind dafür sowieso völlig absurd.

Und die in solchen Machwerken bereits gewohnten "animalischen Versuche", hier: "einen Juden mit einer Jüdin zusammenzusperren, um zu sehen, welcher Erfolg dabei auftritt", ist natürlich auch wieder eindrucksvoll plaziert. Als ob "ein Erfolg auftreten" kann, -- nach "erfolgter Sterilisierung"! Er könnte noch nicht einmal "eintreten", schon gar nicht auftreten!

Aus derselben Giftküche stammt das "Folgedokument".

## "Methode erdacht -- 2 Jüdinnen in 1 Minute"

"Dok.": Nürnberg NO - 212 bzw. Heiber "Dok." 122 b, S. 127:

Absender Prof. Dr. med. Clauberg, Empfänger RFSS, Schreiben vom 7.6.1943:

*"Sehr verehrter Reichsführer!*

*Meiner Verpflichtung, Ihnen von Zeit zu Zeit über den Stand meiner Untersuchungen zu berichten, komme ich heute nach. Dabei holte ich mich wie früher daran, nur dann zu berichten, wenn es sich um Wesentliches handelt. Daß dies -- nach meiner letzten Rücksprache im Juli 1942 -- erst heute der Fall ist, liegt an zeitbedingten Einzel-Schwierig-*

*keiten, denen gegenüber ich selbst machtlos war und mit denen ich Sie, Reichsführer, nicht behelligen konnte. So bin ich z.B. erst seit Februar 1943 im Besitze eines für meine Spezial-Untersuchungen einzig und allein vollwertigen Röntgen-Apparates. Trotz der kurzen Zeitspanne von eigentlich nur 4 Monaten ist es mir heute bereits möglich, Ihnen -- Reichsführer -- folgendes mitzuteilen:*

*Die von mir erdachte Methode, ohne Operation eine Sterilisierung des weiblichen Organismus zu erzielen, ist so gut wie fertig ausgearbeitet. Sie erfolgt durch eine einzige Einspritzung vom Eingang der Gebärmutter her und kann bei der üblichen, jedem Arzt bekannten gynäkolo-*

gischen Untersuchung vorgenommen werden. — Wenn ich sage, die Methode ist

'so gut wie fertig'.

so bedeutet das:

1.) noch zu erarbeiten sind lediglich ihre Verfeinerungen,

2.) sie könnte bereits heute bei unseren üblichen eugenischen Sterilisierungen anstelle der Operation regelrecht Anwendung finden und diese ersetzen.

Was die Frage anlangt, die Sie, Reichsführer, mir vor fast Jahresfrist stellten, nämlich in welcher Zeit es etwa möglich sein würde, 1.000 Frauen auf diese Weise zu sterilisieren, so kann ich diese heute voraussehend beantworten. Nämlich:

Wenn die von mir durchgeführten Untersuchungen so weiter ausgehen wie bisher — und es besteht kein Grund anzunehmen, daß sie es nicht tun — so ist der Augenblick nicht mehr sehr fern, wo ich sagen kann

'von einem entsprechend eingetübten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht 10 Mann Hilfspersonal (die Zahl des Hilfspersonals der gewünschten Beschleunigung entsprechend) höchstwahrscheinlich mehrere hundert — wenn nicht gar 1.000 — an einem Tage'.

Auf den anderen Teil meiner Untersuchungen (positive Bevölkerungspolitik) heute einzugehen, bitte ich aufschieben zu dürfen, da es dort noch dauern wird, bis Wesentliches zu sagen ist.

Reichsführer! — Den Hauptgrund dafür, Ihnen gerade heute zu berichten (d.h. kurz vor der Möglichkeit noch endgültiger Feststellungen), wollen Sie bitte in folgendem suchen:

Ich weiß, daß die Erledigung des letzten Restes für dieses eine Fragegebiet — im Gegensatz zu den äußeren Einflüssen beim bisherigen Verlaufe — zeitlich fast ausschließlich von mir selbst abhängig ist. Dazu wären einige an sich geringfügige, jedoch grundsätzliche Änderungen erforderlich, die nur Sie, sehr verehrter Reichsführer, persönlich entscheidend lenken und anordnen könnten. Ich hatte gehofft, Ihnen bei einem eventuellen Besuch Oberschlesiens diese Notwendigkeiten kurz persönlich schildern zu können. Da sich mir diese Möglichkeit bisher nicht ergeben hat, bitte ich heute auf diesem Wege um Ihren Bescheid.

Zunächst möchte ich mir noch eine Bitte erlauben. — SS-Brigadeführer Dr. Blumenreuter war es, der mir schließlich den einzig geeigneten Röntgen-Apparat besorgte. Ich würde dringend einen zweiten gleichen Apparat benötigen, wovon er im Februar noch seinen Angaben noch einen in Berlin im Depot hatte. Er wollte ihn mir unter der Voraussetzung Ihres Einverständnisses, das ich einholen sollte, liefern. Darf ich Sie, Reichsführer, um dieses Einverständnis bitten?

Heil Hitler!

Clauberg"

(1)

Da "schreibt Prof. Clauberg" nur, "wenn es sich um Wesentliches handelt", doch liest man "seinen Brief", so hat er nichts "Wesentliches" zu berichten, sondern besteht sogar wenige Zeilen später, daß er erst "kurz vor der Möglichkeit noch endgültiger Feststellungen" stehe. So fängt der Irrsinn bereits an.

(2)

Als Facharzt weiß er nicht einmal, daß es keine "eugenischen Sterilisierungen" gibt, sondern allenfalls Sterilisierungen aus eugenischen, Erbgesundheits-Gründen.

(3)

Clauberg entschuldigt sich weder, noch begründet er, warum er "einer Aufforderung Himmlers vom 10.7.1942", also vor fast einem ganzen Jahr, nicht nachgekommen ist, "nach Ravensbrück zu fahren, um dort die Sterilisierung von Jüdinnen nach seinem Verfahren durchzuführen". Er fragt auch nicht, ob diese "kriegswichtige Aufgabe" nicht etwa schon jemand anders in die Hand genommen hat.<sup>14</sup>

Auf die angebliche mündliche Absprache vom 8.7.1942, in der Himmler ihm "das Lager Auschwitz als Versuchsstation für Anfangsversuche zur Verfügung gestellt" hat (vgl. den dieser "Korrespondenz" zugeordneten "Aktenvermerk vom 11.7.1942 Brau/Dr., Geh. Reichssache")<sup>15</sup>, geht er überhaupt nicht ein, — Ravensbrück oder Auschwitz, das scheint er alles vergessen zu haben. Und dies, obgleich er sich bewußt ist, daß er eine "Verpflichtung hat, dem RFSS von Zeit zu Zeit über den Stand seiner Untersuchungen zu berichten" und noch ausdrücklich auf seine "letzte Rücksprache im Juli 1942" in seinem Brief Bezug nimmt.

(4)

Da hat sich angeblich Prof. Clauberg eine "Methode erdacht" und sie "so gut wie fertig ausgearbeitet" — lediglich ihre Verfeinerungen "sind noch zu erarbeiten" — und es bedarf noch weiterer "durchgeführter (?) Untersuchungen wie bisher". "Bisherige Untersuchungen" bedürfen keiner Erwähnung, daß sie "durchgeführt" sind. "Sie" (Bezug: "Die von mir erdachte Methode") "erfolgt durch eine einzige Einspritzung vom Eingang der Gebärmutter her und kann bei der üblichen gynäkologischen Untersuchung vorgenommen werden". Dies, und auch ihre Eignung als Operationsersatz wird festgestellt, obgleich "ihre Verfeinerungen noch zu erarbeiten sind und einige geringfügige, jedoch grundsätzliche Änderungen erforderlich sind". — Irrte.

Man vergleiche auch das in den **Historischen Tatsachen** Nr. 30 S. 18 teilweise behandelte "Schreiben von Prof. Dr. Clauberg vom 30.5.1942"<sup>16</sup>, in dem er feststellt, daß nunmehr "erst von Tierversuchen auf die ersten Versuche am Menschen (Fortpflanzungsunwürdige) übergegangen werden muss".

Obgleich sich das alles "noch nicht bewährt" hat, schickt der RFSS den Prof. Dr. med. Clauberg schon einen Monat später nach Auschwitz und Ravensbrück, "um dort die Sterilisierung von Jüdinnen nach Ihrem Verfahren durchzuführen." Doch, wie gesagt, Prof. Clauberg "vergißt das alles", denn ein Jahr später war er immer noch nicht dort. Auch Himmler wundert sich nicht. — Die Fälscher haben ihre eigenen Kreationen nicht mehr übersehen, und merkten nicht einmal, welchen Unsinn sie da zusammenkratzen und daß sie für die ihnen übertragene "Schwarzpropaganda" doch zu

14) Vgl. **Historische Tatsachen** Nr. 30, S. 18 - 20.

15) Bundesarchiv Koblenz, NS 19/1583.

dumm waren.

(5) Prof. Clauberg kann auch heute schon etwas "voraussehend beantworten": "Der Augenblick ist nicht mehr sehr fern, wo" er sagen kann, daß "von einem entsprechend eingübten Arzt und einer entsprechend eingerichteten Stelle 1.000 Jüdinnen an einem Tag" zu schaffen sind.

Geht man davon aus, daß dieser Arzt binnen 24 Stunden 10 Stunden Dienst hat, so sterilisiert er 1.000 Jüdinnen in 10 Stunden, 100 in 1 Stunde, 3 in 2 Minuten "an einer entsprechend eingerichteten Stelle bei der üblichen, jedem Arzt bekannten gynäkologischen Untersuchung", mit Hilfspersonal, versteht sich. Zeit zum Mittagessen bleibt ihm dabei allerdings nicht; diese ist für 3 Jüdinnen in den 2 Minuten inbegriffen -- und die Jüdinnen "merken nichts". Beim 8-Stunden-Arbeitstag muß der Arzt noch einen Zahn zulegen: mehr als 2 Jüdinnen in 1 Minute!

(6) Da benötigt Prof. Clauberg dringend einen zweiten Röntgen-Apparat, der allerdings für seine "Metho-

de, Einspritzung vom Eingang der Gebärmutter her" völlig bedeutungslos ist, bekommt auch im Februar einen Tip, daß sich ein solcher noch im Berliner Depot befinde und er ihn haben könne, wenn er sich die Genehmigung des RFSS einhole, -- und wartet bis Juli, ehe er überhaupt darauf reagiert! Berücksichtigt man den dieser "Korrespondenz" beigegebenen "Aktenermerk vom 8.7.1942", so hatte Himmler dem arbeitseifrigen Prof. Clauberg bereits damals in einem persönlichen Gespräch zugesichert, daß er "alles entsprechende Material zur Verfügung gestellt bekommt", -- und er kümmert sich gar nicht darum, sondern jammert noch ein Jahr später um einen zweiten Röntgen-Apparat!

Dieser Schwachsinn schließt das "Wesentliche" ab, das Prof. Clauberg bewegen habe, überhaupt zu schreiben, Bedarf es weiterer Aufklärung über diesen Unrat, diesen Tiefstand geistiger Abnormität, der als "erbeutetes deutsches Dokument" im US-Mikrofilm festgehalten ist? Sicher nicht!

## Ahnennachweis bis zum Dreißigjährigen Krieg -- 1648?

"Dok." R. 23, S. 9041/42 bzw. Heiber "Dok." 62 a, S. 75/76. -- RFSS an Gefreiten Walter Küchlin vom 3.4.1940 (Vgl. Heiber "Dok." 27 sowie 46, 50, 264 + 288 mit ähnlichen Inhalten).

"Mein lieber Küchlin!

... In den Fragen des Blutes habe ich für die Schutzstaffel festgesetzt, daß das Ende des 30-jährigen Krieges der Stichtag ist, bis zu dem jeder verpflichtet ist, nachzuforschen und von dem ab ich rechne. Ist nach diesem Stichtag ein jüdischer Ahne in der Ahnenreihe, so muß der Mann aus der SS ausscheiden. Milder rechne ich, wenn bei der Frau in der Ahnenreihe weit zurückliegend ein jüdischer Vorfahre ist. Hier habe ich in manchen besonders gelagerten Fällen ... den Mann in der Staffeln belassen, weil ja nicht er selbst Träger dieses Blutes ist.

Ebenso offen, wie ich Ihnen nun sage, daß ich meine Entscheidung nicht ändern kann, ebenso offen sage ich Ihnen, daß ich Sie als einen außerhalb der Schutzstaffel stehenden SS-Mann ansehe, der zeitlebens in seinem Handeln und Tun ein solcher sein wird, und der aus Treue und Gehorsam dieses Opfer bringt. ...

Sicherlich könnten wir, die wir die Schüler und Zeitgenossen des Führers sind, diese oder jene Ausnahme gestatten. Ich glaube, daß wir die Härte hätten, niemals hier zu weit zu gehen und die Ausnahme zur Regel werden zu lassen. ...

In diesem Sinn können Sie auch völlig beruhigt sein, falls das Schicksal im Krieg entscheidet, daß Sie Ihr Leben für Deutschland lassen. Dann wird Ihre Frau und werden Ihre Kinder den Schutz und die Fürsorge der SS erhalten, als ob Sie auch äußerlich ihr noch angehören würden.

Sollten Sie einmal Urlaub haben und wollen Sie sich gern mit mir auch noch einmal mündlich aussprechen, so lassen Sie mich das wissen. Ich will Ihnen dann Ort und Zeit der Rücksprache mitteilen lassen.

Mit meinen herzlichsten Grüßen und besten Wünschen für die nächsten Monate bin ich mit

Heil Hitler Ihr HH"

"Dok." R. 23, S. 9034 bzw. Heiber "Dok." 62 b, S. 76. -- RFSS an RuSHA

"SS-Untersuchungsführer Küchlin, ... schied vor einiger Zeit auf meine Veranlassung hin freiwillig aus der SS aus, weil in seiner Ahnentafel unter der Nummer 256 der in Baden in manchen Ahnentafeln bekannte frühere mosaische Abraham Reinau auftaucht.

Ich habe mir Küchlin noch einmal kommen lassen und entschieden wie folgt:

1.) Küchlin bleibt bis zur endgültigen Klärung in der SS mit alter SS-Nummer und altem Dienstrang.

2.) Die Ahnentafel Küchlin wird noch einmal klar nochgeprüft, vor allem, ob K. wirklich von mütterlicher Seite her von diesem Reinau abstammt.

3.) Da dieser Reinau in sehr vielen badischen Ahnentafeln eine Rolle spielt, bitte ich um eine genaue Untersuchung, ob R. wirklich Jude war. ..."

"Dok." R. 83, S. 9236/37 bzw. Heiber "Dok." 288 b S. 246 -- RFSS an SS-Obergruppenführer Hildebrandt vom 17. Dezember 1943:

"... Insgesamt neige ich aber der Meinung zu, daß wir mindestens bei Neuaufnahmen oder Neuverheiraten an dem Grundsatz, zunächst bis 1750, dann nach dem Stand der Ahnenforschung bis 1700 und dann bis 1650 zurückzugehen und hier restlos Sauberkeit zu verlangen, festhalten müssen. Heil Hitler Ihr HH"

Derartige "Dokumente", die mit zahlreichen analogen Geschichten bis zur Bewertung der Ahnen im 17. und 18. Jahrhundert a la Grimms Märchen aufwarten, sind derart lächerlich realitätsfern, daß man sich nur über die Unverfrorenheit auch eines Herausgebers wie Helmut Heiber wundern und empören muß, solch dummes und mit vielfältigen "Stilblüten"<sup>10</sup> garniertes Geschwafel als "Dokumente" bzw. historische Tatbe-

stände auszuweisen. Freilich wurde bereits 1945/1946 ein erstes dieser schwachsinnigen "Dokumente" als "1992 (A) - PS" eingeführt, eine angebliche Ansprache Heinrich Himmlers vom Januar 1937 in einem mysteriösen "nationalpolitischen Lehrgang der Wehrmacht":

"Wir verlangen heute von ihm (dem Bewerber für die Schutzstaffel, -- d. Verf.) die Ahnentafel bis 1750." <sup>17)</sup>

Das erste Personenstandsgesetz wurde im Reich erst 1876 geschaffen. Vor diesem Zeitpunkt gab es soziales, abgesehen vom Adel, keine Ahnennachweismöglichkeiten. Erst mit der Judenemanzipation in Preußen 1812 wurden die Juden gezwungen, bürgerliche Namen anzunehmen (in Rußland 1804, in Frankreich 1808).

Das folgende Dokument erweist sich nicht nur an Stil und Form als authentisch, sondern macht auch die Rolle Himmlers im Staate Adolf Hitlers deutlich.

Erlaß des Führers über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einstellung in die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS, die deutsche Polizei oder die Organisation Todt vom 19. Mai 1943:

"(1) Deutschstämmige Ausländer, die der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS, der deutschen Polizei oder der Organisation Todt angehören, erwerben mit der Verkündung dieses Erlasses die deutsche Staatsangehörigkeit. ...

Das Nähere zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses bestimmt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen

mit den beteiligten Stellen."

Der Reichsführer-SS hat hierzu folgende Anordnung erlassen:

"Auf Grund der mir erteilten Ermächtigung bestimme ich im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen:

... (2) Die deutsche Staatsangehörigkeit wird von den unter den Führererlaß fallenden deutsch-stämmigen Ausländern kraft des Führererlasses erworben. Zu ihrer Geltendmachung bedarf es jedoch einer von Fall zu Fall zu treffenden Feststellung des Staatsangehörigkeitserwerbs durch die Einwandererzentralstelle. Diese kann im Einzelfalle feststellen, daß der Staatsangehörigkeitserwerb nicht eingetreten ist.

(3) Deutsch-stämmig sind Personen mit mindestens 2 deutschen Großeltern; Personen mit arifremdem Bluteinschlag sind nicht deutsch-stämmig.

(4) Der Führererlaß bezieht sich nicht auf Frauen.

(5) Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Führererlaß erstreckt sich nicht ohne weiteres auf Ehefrauen und Kinder.

Feldkommandostelle, den 23.5.1944.

Heinrich Himmler" <sup>18)</sup>

Beachtlich an diesem Erlaß bleibt, daß deutschstämmige Ausländer ohne Ahnennachweis in die Waffen-SS übernommen wurden. Selbst in der Vorkriegszeit war dieser beschränkt auf die beiden Großeltern.

## "Die Durchführung dieser sehr schweren Aufgabe auf meine Schultern gelegt"

"Do.": R. 122, S. 7443 bzw. Heiber "Dok." 130, S. 134:

Abseider RFSS, Empfänger SS-Gruppenführer Gottlob Berger, Chef des SSHA und (seit diesem Juli) Verbindungsführer zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Schreiben vom 28.7.1942:

"Lieber Berger! Zu Ihren Aktennotizen:

1. Ich lasse dringend bitten, daß keine Verordnung über den Begriff »Jude« herauskommt. Mit all diesen törichten Festlegungen binden wir uns ja nur selber die Hände. Die besetzten Ostgebiete werden judenfrei. Die Durchführung dieses sehr schweren Befehls hat der Führer auf meine Schultern gelegt. Die Verantwortung kann mir ohnedies niemand abnehmen. Also verbiete ich mir alles Mitreden. Aktennotiz Lammers erhalten Sie demnächst.

2. Was soll eigentlich das Ehegesetz? Ich wünsche Vorlage bei mir. Kann heute schon sagen, daß ich der Ansicht bin, daß die Verbindungen von Deutschen mit Landeseinwohnerinnen zunächst gar nicht gesetzlich geregelt werden können. Insgesamt müßten sie verboten sein. Ausnahmen für Estland und Lettland müßten dort an zentralen Stellen anlaufen und einzeln nach rassischen Gesichtspunkten entschieden werden. Nach einem Jahr kann man dann die durch das Leben und die Praxis gesammelten Erfahrungen in die Form eines Gesetzes gießen.

So wird regiert und nicht anders.

Heil Hitler! Ihr HH"

16) Z.B.: "von mütterlicher Seite her" anstatt "mütterlicherseits"; "milder reiche ich" -- beim Reichen gibt es keine Zahl "milde"; für Kinder wäre es unheimlich, ob Vater oder Mutter auftrifft Vorfahren hat, -- ein Beleg dafür, wie unsinnig auch der Text vielfach ist.

17) IMT, Bd. XXIX, S. 210.

Trotz der Kürze dieses "Schreibens" ist die Fälschung eindeutig zu erkennen, da der Schwarzmagier wegen mangelnder Sachkenntnis nur Unsinn zu fantasieren wußte.

(1) SS-Gruppenführer Gottlob Berger hatte mit "Verordnungen über den Begriff »Jude«" überhaupt nichts zu tun. Verordnungen erließen der Führer über die Reichskanzlei, die Parteikanzlei der NSDAP oder die Reichsminister auf Grund oder im Rahmen bestehender Gesetze. Für Vorarbeiten hinsichtlich einer "Verordnung über den Begriff »Jude«" wäre das Reichsinnenministerium zuständig gewesen, aber nicht ein SS-Gruppenführer, der im Juli 1942 erst als Staatssekretär im Ostministerium tätig wurde.

Auch hatte nicht der RFSS über das Reich betreffende Verordnungen oder darüber zu befinden, daß "so und nicht anders regiert wird". Am 28.7.1942 unterstand Himmler noch dem Reichsinnenminister und war nicht etwa Regierungschef, der sich solche Sprüche hätte leisten können.

(2) "Die besetzten Ostgebiete werden judenfrei."

Das hatte nicht Himmler zu verfügen. Und wenn er anschließend behauptet, Hitler hätte ihm "die Durchführung dieses sehr schweren Befehls auf meine Schultern gelegt", so ist das besonders im Zusammenhang mit den übrigen Passagen dieses "Briefes" als unsinnig zu widerlegen:

a) Wenn also die besetzten Ostgebiete "judenfrei" werden sollen, dann hätte er gerade u.a. seinem SS-

18) US-Mikrofilm T 175, Roll 209.



Gruppenführer Gottlob Berger Anweisungen geben müssen, wer denn nun unter die Kategorie fällt, von der die besetzten Ostgebiete "rein" gemacht werden sollen. Darüber hätte doch so ein Mann wie Berger aufzuklären werden müssen!

Genau das Gegenteil kommt jedoch im Brief zum Ausdruck: er soll sich da heraushalten, Himmler "verbietet sich das Mitreden".

b) Da der Führer ihm "die Durchführung dieses sehr schweren Befehls" auf seine Schultern gelegt habe, könne ihm "niemand die Verantwortung abnehmen". Was sind das für dumme Sprüche!

Wenn sich jemand -- ob im Sinne einer Verordnung oder nicht -- um eine Definierung des Personenkreises bemüht, den Himmler sich da angeblich vorzunehmen hatte, so tangiert das doch nicht die Verantwortung des Befehlsgabers. Wenn er so sehr auf seiner Verantwortung bedacht war, so hätte Himmler für den Praktiker am "Tatort" klare Anweisungen erteilen müssen. Doch solche Anweisungen des RFSS fehlen hierfür.

c) Alles blieb unklar: die Begriffsdefinitionen, die (Nicht-)Informierung des Ostministeriums, der Wehrmacht, der Waffen-SS, die zeitliche Terminierung, die örtlichen Dispositionen, die Nachrichtenwege, die mit einer solchen "Aufgabe betrauten Einheiten".

Die 4 Einsatzgruppen kamen für diese hier bezeichnete gewaltige Aufgabe nicht in Frage, da ihre Mannschaftsbestände mit jeweils 450 - 600 Mann, davon circa die Hälfte Verwaltung und Troß, viel zu minimal und ihre Einsätze mit den Armeekommandos der Wehrmacht abzustimmen waren. Niemand hat bisher einen Beweis dafür geliefert, daß Himmler die Einsätze der Einsatzgruppen geleitet oder auch nur versucht hätte, Einfluß auf deren Führungsentscheidungen zu gewinnen.

d) Da Himmler nicht Träger der Vollzugsgewalt in den besetzten Ostgebieten war, er selbst keinerlei Truppen befehligte -- jedenfalls nicht zwischen 1941 und 1943 -- und selbst die höheren SS- und Polizeiführer im besetzten Rußland "hinsichtlich ihres Marschweges" dem Heer unterstellt waren<sup>19)</sup>, konnte ihm gar nicht "die Durchführung dieses sehr schweren Befehls auf die Schultern gelegt" worden sein! Wie sollte er denn im besetzten Rußland ohne Vollzugsorgane diese "Verantwortung" wahrnehmen?

### (3) "Was soll eigentlich das Ehegesetz?"

Für den Dokumentenfälscher ist dieser Briefpunkt 2. eine Ablenkung von der "Juden-Vernichtung" auf ein harmloses, glaubhaft erscheinendes und für die Schwarzpropaganda dennoch nutzbringendes Thema anderer Fluoreszenz. Schließlich soll das ja nicht immer so dick aufgetragen aussehen.

Doch auch dieser Absatz stammt von demselben Romanschriftsteller. Weder hatte Gottlob Berger etwas mit der Formulierung von Gesetzen zu tun (dafür war Dr. H.H. Lammers als Chef der Reichskanzlei zuständig), noch konnte er es als seine vordringliche Aufgabe

als neuernannter Staatssekretär im Ostministerium betrachten, sich mit Eheproblemen zu befassen, noch war Himmler dafür zuständig, beabsichtigte Gesetzestexte vorher zur Begutachtung zu erhalten. Hier werden dem RFSS Kompetenzen mit der Fantasie eines Hitchcock unterschoben!

### (4)

Und dann der unmögliche Stil:

"Ausnahmen für Estland und Lettland müßten dort an zentralen Stellen anlaufen."

Man versuche einmal "Ausnahmen an zentralen Stellen anlaufen" zu lassen!

### (5)

"So wird regiert und nicht anders!"

Wie regiert wird, hatte ja wohl nicht Himmler zu bestimmen!

### (6)

Warum wohl soll Litauen anders behandelt werden als die übrigen beiden baltischen Staaten? Am 8.9.1943 "klärt Himmler das RSHA auf und läßt Berger unterrichten":

"1. Ich bin dafür, daß das Verbot des Geschlechtsverkehrs für Esten und Letten sowie mit Esten und Letten aufgehoben wird.

2. Ich wünsche, daß das Verbot für alle Litauer und Litauerinnen aufrechterhalten bleibe. Die Litauer sind ein Volk, das sich dermaßen schlecht benimmt und auch solch einen schlechten rassistischen Wert besitzt."<sup>20)</sup>

Abgesehen davon, daß weder der RFSS noch sonst jemand im Dritten Reich mit einem solchen Thema überhaupt befaßt war: ein "Verbot des Geschlechtsverkehrs für Esten und Letten" ist so offenkundiger Blödsinn, daß man sich nur wundern muß, daß die Weltmächte sich genötigt sahen, so tief in die Kloake zu greifen, um ihre Anklagen gegen Deutschland zu produzieren.

Man ersieht auch an diesem Beispiel die Überfülle der gefälschten Dokumente und die moralische Verkommenheit ihrer Fälscher.

In diesem Fall waren die Lügenfabrikanten sicherlich froh, wieder ein facettenreiches Stück ihrer "Kunst" fertiggebracht zu haben, doch fehlte ihnen der Sachkenner, der dafür hätte sorgen müssen, wenigstens die dümmsten Sprüche wegzulassen. So ging das dann vorschnell seinen Gang in die amtliche alliierte Registratur, dann in die Mikrofilme und konnte nicht mehr geändert oder entfernt werden. Nun, bei ruhigerer Betrachtung und fachlichem Überblick wird enthüllt, mit welchen schauerlichen Methoden die alliierten Siegermächte ihren "Dreck"<sup>21)</sup> in die deutsche Geschichte geworfen haben.

Dem gesamten Wirrwarr dieses "Briefes" ist es wohl zuzuschreiben, daß sich bisher so gut wie kein einziger der "Holocaust-Chronisten" auf dieses "Dokument" berufen hat, obgleich das, was sie in voluminösen Büchern den Vätern beizubringen versuchen, hier kurz und eindeutig in einem Satz formuliert zu finden wäre.

19) Helmut Krausnick / Hans-Heinrich Wilhelm, "Die Truppe des Weltanschauungskrieges -- die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942", Stuttgart 1981, S. 148 - 149.

20) "Dok.": R 22, S. 7782 bzw. Heiber "Dok." 268, S. 233.

21) Seifon Delmer, "Die Deutschen und ich", Hamburg 1962, S. 497.

## "Himmler-Rede am 16. September 1942 in der Feldkommandostelle Hegewald nahe Shitomir (Rußland)"

*"Meine alten SS-Führer!*

... Ich freue mich, daß ich Sie hier in meinem Quartier zu dieser Besprechung, die SS-Obergruppenführer Prützmann, Ihr Höherer SS- und Polizeiführer abgehalten hat, als meine Gäste begrüßen kann. Ich habe sehr gern zugestimmt und habe selbst den Vorschlag gemacht, daß Sie hierher kommen, weil ich so Gelegenheit habe, Sie zu treffen, zu sprechen und Ihnen auch einige Dinge zu sagen. ...

Alle die Sorgen, das Blut, die Verantwortung, alle die Not und der Kummer, der sich in diesen Monotonen und Jahren abgespielt hat, und der vor allem auch auf den Schultern des Führers lag, wird nicht vermerkt und erwähnt. Zum Schluß registriert die Geschichte den Erfolg, das was erricht (!) wurde. Nach dem Krieg wird sie feststellen, daß ein großgermanisches Reich, das vor allem diesen Osten umfaßt, begründet worden ist. ...

Hieraus müssen wir Folgerungen ziehen, die ich kurz zusammenfassen möchte: Dieses Vorfeld Asiens erobern wir jetzt. Was an gutem Blut überhaupt auf der Welt vorhanden ist, an germanischem Blut, das haben wir zusammenzuhalten. ...

Jedes gute Blut -- und das ist der erste Grundsatz, den Sie sich merken müssen --, das Sie irgendwo im Osten treffen, können Sie entweder gewinnen oder Sie müssen es totschlagen. ...

Wo Sie ein gutes Blut finden, haben Sie es für Deutschland zu gewinnen oder Sie haben dafür zu sorgen, daß es nicht mehr existiert. Auf keinen Fall darf es auf der Seite unserer Gegner leben. ...

Ich habe in diesen 3 Jahren erfahren, wenn man gewisse Deutsche zum Polen setzt, dann fühlen sie polnisch und denken, diese Polen sind mir vom Deutschen Reich anvertraut worden und dieses Hab und Gut muß ich gut behüten und vernehen. Tut man sie nach der Tschechi, dann wird man dort Oberscheche, kommt man nach Afrika, dann vertritt man mit Begeisterung die Interessen der Hotentotten, schickt man ihn zu den Lappen, so wird man Oberlappe. Wo dieser Typ hinkommt, da verwaltet er treu und bieder und denkt aber in seinem durch 300-jährige deutsche Einigkeit, Kleinstaaterei und Bürokratie eingetrockneten Gehirnapparat nicht daran, daß es dem Deutschen Reich schadet, daß er den Gegner organisiert, statt daß er ihn beherrscht und ihn ausnutzt für Deutschland. Wobei wir uns wirklich zugutehalten können, daß ein Sklave in Deutschland immer noch besser lebt, als ein Freier in Rußland; wenn er bei uns die letzte Knechtsarbeit verrichten darf, behandeln wir ihn immer noch besser, als z.B. Amerika

seine Arbeiter oder Erwerbslosen. Es liegt uns Germanen und Deutschen nicht, das Tier zu quälen, es liegt uns noch viel weniger, den Menschen zu quälen.

Das wäre die Aufgabe: Sie ausnutzen für Deutschland, sie klein halten, damit sie uns nie schaden können und sie dann zu einem gegebenen Zeitpunkt abschieben, damit wir Deutsche dort ansiedeln können. Demgegenüber haben wir Deutschen die Sucht, gerade bei den slawischen Völkern, diese beglücken zu wollen und sie endlich einmal aufzurichten. ...

Sie dürfen das nicht mitmachen, sondern Sie haben die ewigen Gesetze unseres Blutes und nur unseres Blutes zu wahren. Die meisten von Ihnen sind in der Kampfreiz dabei gewesen. Wir haben in der Kampfreiz nicht anders gesprochen. ... Solange wir diesen Gesetzen gehorchen, solange wird es eine arische Menschheit geben; solange es sie gibt, wird die Erde schön sein. Wenn es die arische Menschheit nicht mehr gibt, dann wird unter dem Juden oder Untermenschen die Welt allmählich veröden und verblöden; dann wird nach 2.000 Jahren noch dasselbe Kriegsschiff gebaut werden, das von einem Arier einmal vorkonstruiert worden ist. Etwas neues wird nicht erfunden! ... Wenn das schöpferische Blut nicht durch die Adern rollt, dann wird die Erde einmal leer werden. ...

In Verfolg dieser Gedanken und in der Bewahrung dieser Gesetze -- dafür sind Sie mir die Garanten -- haben Sie auf verschiedene Dinge aufzupassen: Ich sagte es Ihnen schon, alles germanische Blut gehört zu uns. ... Der Führer hat sich, aufmerksam gemacht durch einige Berichte, mit der Frage befaßt, daß in Rußland wohl rund 1 bis 1½ Millionen Kinder von deutschen Soldaten gezeugt worden sind. Vielleicht sind es etwas weniger, aber viele 100.000 oder fast 1 Million werden es sicher sein. Diese Kinder wären für das russische Volk, das heute einen großen Blutsverlust hat, mengenmäßig und vor allem rassistisch-qualitativ ein unerhörter Zuwachs. Der Führer hat mich deswegen gestern wissen lassen -- ich bekomme dafür noch eine genoue Vollmacht und Anweisung --, daß wir, die SS, zunächst einmal festzustellen haben, wo alle diese Kinder sind und daß sie gemustert werden. Die rassistisch wertvollen Kinder werden den Müttern weggenommen und nach Deutschland gebracht, oder, wenn die Mütter rassistisch gut und in Ordnung sind, nehmen wir sie mit herüber. Die schlechtrassigen Kinder lassen wir zurück. Ich muß sagen, auch das ist noch ein Schaden. Denn selbst das Kind, das aus der Verbindung eines Deutschen mit einer schlechtrassigen Russin entspringt, ist eine Verbesserung für die Russen; denn wir wissen nicht,

was plötzlich in der 3., 4., 5., 6. und noch späteren Generation aus seinem Blut herauskommt, wenn es wieder einmal mit einem gleichgearteten Blutstiel zusammenkommt. ...

Meine Ausführungen über die Entstehung der slawischen Völker habe ich nicht abgeschlossen. ...

Bei all den Völkern, die wir vor uns haben, da wird alles, was in diesem Mischmasch – ob Pole, Ukrainer, Weißrussen usw. – an gutem Blut in diesem Riesenorganismus, wenn ich das Volk als Gesamtorganismus nehme, jeder herausdestillierte reine Blutstropfen herübergenommen oder, wenn er sich nicht mehr herübernehmen läßt, ausgelöscht. Deswegen dieser Auftrag, im Rahmen der polizeilichen Erfassung aller Deutschen, die wir in Alarmeinheiten zusammenfassen, Meldestellen für Kinder von Landeseinwohnerinnen, die von deutschen Soldaten stammen, zu schaffen, wobei ich hier ruht ein Anreiz geben würde – was ich dem Führer vorschlagen will – 10 RM im Monat für dieses Kind zu zahlen. Dadurch würden wir wenigstens einmal die Anmeldungen bekommen. Dann muß durch Männer des Rasse- und Siedlungshauptamtes – zunächst einmal im Groben – eine rassische Musterung stattfinden, eine Grobauslese, wo man gleich sagt: Die Mutter ist ganz unmöglich. In vielen Fällen werden wir den Vater garnicht feststellen können, sicherlich wird uns auch sehr oft ein russisches Balg untergeschoben. Es ist klar, daß das sehr schwierig ist. Darauf entsteht eben die blutliche Versauerung der Völker.

Altmählich kommen wir zu einer Feinauslese. ...

Denn es ist doch eine reine Glücksache, daß ein Soldat ein gutrassiges oder ein schlechtrassiges Mädchen trifft, wobei es auch hier so sein wird, daß ein wirklich gutes Blut weniger mit einem Mann zusammengeht als das minderwertige. Wir hoben uns in gar keiner Weise darum zu kümmern, und das verbiete ich der Polizei ganz ausdrücklich, sich um irgendeine Abtreibung, die eine Russin oder eine Ukrainerin macht, zu kümmern. Das ist eine Sache, die uns garnichts angeht. Ich wünsche jeden Fall gemeldet zu bekommen, wo irgendein deutsches Gericht sich vielleicht mit solchen Dingen befaßt. Der betreffende Richter bleibt nicht lange in seinem Amt und in Freiheit, das können Sie ihm gleich verraten.

Die Gesamtlinie ist absolut die: Wir haben diesem Volk keine Kultur zu bringen. Ich kann Ihnen wörtlich nur das wiederholen, was der Führer wünscht. ...

Unsere Aufgabe ist, das, was gutrassig ist, herauszuholen. ... Es braucht niemand Bedenken zu haben, daß wir damit, wenn wir in der SS diese Auslese durchführen, das Blut des deutschen Volkes verderben. ...

Die Sprache des Herrn haben sie soweit zu lernen, daß sie »rechts um« und »links um« verstehen. In die I. Kompanie kommen diejenigen, die wir herausholen wollen in Rußland und auch sonst in ganz Europa – ich stelle mir das bei Frankreich genauso vor –; konsequent über hunderte von Jahren holen wir immer wieder, was auf der Welt da ist, zu uns ins Mutterland herein. Wir werden dadurch stark und die anderen schwach und uns nie gefährlich. So wünsche ich das bei den Schutzmannschaften. Herausgeholt wird, was wirklich guten Blutes ist, was wir wirklich einmal assimilieren können. Die Zusammengehörten werden allmählich durch mehr Pflichten und Leistungen bevorrechtet. Ich wünsche nicht, daß die I. Kompanie, ich möchte sagen die germani-

sche Kompanie, und die 2., 3., 4. oder 5. Kompanie sehr gut miteinander stehen. Das ist nicht notwendig! Wenn zwischen ihnen etwas Krach ist, gerade so, daß der Dienst nicht darunter leidet, ... dann ist das gut und richtig. Sie sollen nicht miteinander fraternisieren. ...

Das Essen ist hier in Rußland insgesamt sehr gut. Im Norden Rußlands ist es etwas schlechter. Der SS-Führer gibt genau dasselbe, was der Mann ißt. Man kann auch die einfachste Suppe gut und schmackhaft zubereiten und sie in einer eines deutschen Kommandanten würdigen Form auf den Tisch stellen. Hier gibt es viele ungenannte Kleinigkeiten; man kann ein Kommisbrotlaib auf den Tisch werfen oder auf einen Teller tun und ein Besteck dazu legen. ...

Sie wissen selbst, daß das Gefährlichste und Lähmendste die Darmkrankheiten sind: Man kann sie durch Sauberkeit bekämpfen; man sorgt dafür, daß keine Fliege und kein anderes Insekt in das Haus kommen. Wenn es garnicht anders geht, kann man ein Stick (!) Leinwand oder ein dünnes Gewebe vor das Fenster hängen, dann fliegen keine herein. Die Fliegen, die herinnen sind, werden totgeschlagen; das kann irgendein kleiner Russenjunge tun – es laufen ja genug herum –, den Sie sich dafür anstellen.

Weiterhin muß in dem Haus blitzblank aufgewischt sein, dafür hoben Sie zu sorgen. ...

Es gibt viele Gegenden, die wir wirklich erst einmal gründlich sanieren müssen. Meine Herren, gehen Sie sofort daran. In diesem Winter muß jeder überflüssige Misthaufen verschwinden, jeder überflüssige Lokus, den die Russen gebaut haben, zugeschiedet werden. Auf diese Weise bekommen wir viele Bruststätten weg. ...

Bei dem Saunabaden lassen Sie sich Zeit, man macht das nicht im westeuropäischen und Berliner Tempo. ...

Ich komme nun zu einer Frage, die zum Anfang zurückkommt und die wieder einmündet in den Rahmen der Blutsfrage. Die ersten Ansätze dieses Blutes sind hier die Volksdeutschen. Diese Volksdeutschen bitte ich, wo sie sind, zu pflegen und sie niemals zu verderben. Verderben können Sie sie damit, wenn Sie ihnen, die so lange gehungert haben, zu viel auf einmal geben, geistig und fürsorggemäßig. ...

Schaffen wir es, daß jede SS-Familie 4 Söhne hat, kann sie in keinem Krieg aussterben; 4 Söhne bedeuten, daß sie 6 – 7 Kinder haben wird. ...

Das ist das 2. Problem. Das 1. war das Hereinholen der Germanen, das 2. die Niederrückung des Christentums und die Frage vor Ahnen und Enkel, das wieder Heimschwerden der Ahnenverehrung und das Verantworten in diesem Maß und Sinn. ...

Das 3. Problem: Grund und Boden für die Menschen! In diesen 20 Jahren haben wir zu besiedeln die heutigen deutschen Ostprovinzen, von Ostpreußen herunter bis Oberschlesien, das gesamte Generalgouvernement; wir haben eindeutschen und zu besiedeln Weißruthenien, Estland, Lettland, Litauen, Ingermarland (!) und die Krim. In den anderen Gebieten werden wir, so wie wir es hier anfangen, entlang den Marschstraßen, an denen unsere Autobahnen, Eisenbahnen, Flugplätze liegen, geschützt durch unsere Gernisonen (!) kleine Städte von 15 – 20.000 Einwohnern entstehen und im Umkreis von 10 km deutsche Dörfer, so daß sie immer in deutsches Leben eingebettet sind, die wir hier bis zum Don und zur Wolga – und ich hoffe bis zum Ural –

vortreiben. ... Dieser germanische Osten bis zum Ural muß und dafür arbeiten wir hier als SS-Männer in unseren Gedanken, unserem Leben und Erziehen, wie unsere Kameraden draußen in ihrem Vorsterben dafür kämpfen, die Pflanzstätte des germanischen Blutes sein ... Wir haben dann ein bäuerliches Volk in einem vernünftigen Verhältnis von Stadt zu Land, eine Weite von Land, in der sich der Germane entwickeln kann, ohne Spießbürger zu werden wie in Klein-Deutschland. Dieses von uns geliebte nordische Blut, unser eigenes germanisches Volk, von dem wir stammen und dem wir alles verdanken und das wirklich das Beste auf dieser Erde ist, das dieser Erde Sinn, Inhalt und Kultur gegeben hat, steigt in die Höhe durch Adolf Hitler und wir dürfen als des Reiches Mannen und Ritter, als SS-Männer daran mithelfen.

Erfüllen Sie überall Ihre Aufgabe im Kleinen und Großen, dann haben Sie so gehandelt, wie das Gesetz es befahl."



Staatsakt für Generaloberst Eduard Dietl in Kleßheim am 1. Juli 1944. Dietl war erster Eichenlaubträger der deutschen Wehrmacht (er erhielt diese Auszeichnung für seinen Kampfeinsatz 1940 in Norwegen/Nervik), seit Beginn des Rußlandfeldzuges Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Lappland/Finnland, am 23.6.1944 Flugzeugabsturz bei Selzburg.

1. Reihe von links: RFSS Heinrich Himmler, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Generalfeldmarschall Erhard Milch (Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium, leitete 1940 die Operationen der Luftwaffe in Norwegen) und der letzte Stabschef der SA (seit 9.11.1943) Wilhelm Schapmann.

Foto: Bundesarchiv Koblenz

## Analyse dieser angeblichen "Rede"

Dieses ohne genauen Herkunftsnachweis<sup>22</sup> "erstmal" ("bisher unveröffentlicht") von Professor Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann in "Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933 - 1945" Bd. II, Bielefeld 1961 veröffentlichte "Dokument" gehört ebenfalls zu den kriminellen Machenschaften alliierter Kriegsgreuelpropagandisten. Es zeichnet sich durch uns bereits sattsam bekannte (1) Stil- und (2) Sachfehler und (3) lächerliche Realitätsferne aus. Dabei wurde -- ebenfalls typisch -- nichts vergessen (4), was die antideutschen Propagandamacher an aufhetzenden Schlagworten unter die Völker bringen wollten.

Wir würden uns mit diesem Primitivprodukt nicht befassen, hätten nicht bundesdeutsche Professoren, Institutsleiter, Verleger und Politiker solchen Kram als "Dokumentation" und damit als "wahren historischen Vorgang" publiziert. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß hiermit den Studenten Grundlagen für Seminar-, Diplom- und Doktorarbeiten serviert werden und auf diese Weise eine unablässige Multiplikatorwirkung erzielt wird. Diese von Prof. Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann zu verantwortende Publikation ist dazu angetan, nicht nur die SS, sondern das gesamte deutsche Volk zu beleidigen und zu verunglimpfen. Denn

dieses "Dokument" impliziert den Vorwurf, daß sie einen solchen Schwachkopf, der da am 16. September 1942 in Hegewald bei Shitomir seine Hirngespinnste zum besten gab, zu einem ihrer Führer erkoren und ihren Kampf in Sowjetrußland um der dort "erläuterten Ziele" willen ausgetragen haben.

Weil die Monotonie der uns vorgelegten "entarteten Kunst" jedweder Ernsthaftigkeit entbehrt, haben wir die zitierten Passagen auf 1/8 des eigentlichen Textes gekürzt und unsere Analyse auf diesen Auszug beschränkt.

(1)

### Fremdländischer, in Deutschland unüblicher Stil

"Alle die Sorgen, das Blut, die Verantwortung, alle die Not und der Kummer, der sich in diesen Monaten und Jahren abgespielt hat, und der vor allem auch auf den Schultern des Führers lag, wird nicht vermerkt und erwähnt."

Statt "wird" hätte es "werden" heißen müssen, statt "der" = "die", statt "hat" = "haben", statt "lag" = "lagen". Kummer und womöglich Sorgen, Blut, Verantwortung und Not können sich nicht "abgespielt" haben! Dieses Verpaß überhaupt nicht. Wie kann sich "Blut abspielen" oder "Kummer" oder "Not", wie "Verantwortung"?

"Jedes gute Blut ..., das Sie irgendwo im Osten treffen, können Sie entweder gewinnen ... oder Sie müssen es totschlagen."

<sup>22</sup> Quellenhinweis: DGH/Himmler Files, Washington, Institut für Zeitgeschichte, München, Mikrofilm, Reitlinger, G., "Die SS -- Tragödie einer deutschen Epoche", München 1956.

Wie kann man "gutes Blut totschiagen"? – Abartig solcher Ausdruck!

"... daß wir, die SS, zunächst einmal festzustellen haben, wo alle diese Kinder sind und daß sie gemustert werden."

Der Begriff "mustern" im Hinblick auf Kinder bzw. Kleinkinder ist völlig abwegig. Gemustert werden in Deutschland nur Wehrpflichtige. Die Einfügung des 2. Nebensatzes, "daß sie gemustert werden" in den Nebensatz "daß wir festzustellen haben" ist sachlich und grammatikalisch falsch.

"... für die Russen; ... denn wir wissen nicht, was plötzlich in einer ... späteren Generation aus seinem Blut herauskommt, wenn es wieder einmal mit einem gleichgearteten Bluteil zusammenkommt."

"aus seinem Blut" in bezug auf "die Russen" paßt nicht. Wie kann etwas aus seinem Blut herauskommen? Ein solcher Ausdruck ist in Deutschland unbekannt, von "herauskommen und zusammenkommen von Blut" in einem Satz ganz zu schweigen.

Dann wird schon wieder

"jeder herausdestillierte reine Blutstropfen herübergenommen oder, wenn er sich nicht mehr herübernehmen läßt, ausgelöscht."

Wir kennen diesen Schwachsinn bereits aus der gefälschten "Denkschrift Himmlers" vom 25.5.1940. Wie kann man einen "reinen Blutstropfen herausdestillieren oder auslöschen"?

"Deswegen dieser Auftrag, im Rahmen der polizeilichen Erfassung aller Deutschen, die wir in Alarmeinheiten zusammenfassen, Meldestellen für Kinder ... zu schaffen."

Was ist das für ein grotesker Auftrag! 1942 sollen "alle Deutschen polizeilich erfaßt und dann in Alarmeinheiten zusammengefaßt werden? Und "im Rahmen" dieser Erfassung sollen "Meldestellen für Kinder" geschaffen werden? Stil und Inhalt sind idiotisch!

Dann gibt's wieder eine "rassische Musterung", "Grob- und Feinauslese", "Kommißbrotlaib" statt "Kommißbrot".

"Die erten Ansätze dieses Blutes sind-hier die Volksdeutschen."

Auch hier – wie auch für den nachfolgenden Satz – gilt in bezug auf Stil und Inhalt das Vorhergesagte.

"Wie unsere Kameraden draußen in ihrem Vorsterben dafür kämpfen."

Einen Begriff "Vorsterben" gibt es im Deutschen nicht. Und im "Vorsterben" kann man nicht für etwas kämpfen! Das alles ist eine Zumutung für den gesunden Menschenverstand!

(2)

### Sachfehler

"Meine alten SS-Führer" kann in der Situation, in der diese "Rede" gehalten worden sein soll, nicht stimmen. Es dürften meist jüngere SS-Führer anwesend gewesen sein.

"Ich freue mich, daß Sie hier in meinem Quartier zu dieser Besprechung, die SS-Obergruppenführer Prützmann, Ihr Höherer SS- und Polizeiführer abgehalten hat, als meine Gäste begrüßen kann. Ich habe sehr gern zugestimmt und habe selbst den Vorschlag gemacht, daß Sie hierher kommen ..."

Dieser Satz ist reines Kauderwelsch! Weder konnte

Himmler im russischen Feldquartier "Gäste zur Besprechung begrüßen", noch konnte er "sehr gern zugestimmt" und gleichzeitig "selbst den Vorschlag gemacht" haben.

"Wo Sie ein gutes Blut finden, haben Sie es für Deutschland zu gewinnen oder Sie haben dafür zu sorgen, daß es nicht mehr existiert."

(Wiederholung dieses Schwachsinnens)  
Weder gibt "Himmler" eine Definition dessen, was unter "gutem Blut" verstanden werden soll, noch eine Anweisung dafür, was mit dem "schlechten Blut" gemacht werden soll. Soll das "schlechte Blut" etwa nicht auch für Deutschland gewonnen werden? Warum eigentlich soll das "schlechte Blut", wenn es nicht für Deutschland gewonnen werden kann, im Gegensatz zum "guten Blut" nicht "totschiagen" werden? – Das Ganze ist doch krankhaft! Aber paranoid soll der RFSS wohl auch erscheinen, das ist der in Auftrag gegebene Sinn dieser Romanschriftsteller!

Dann sollen die SS-Führer

"die ewigen Gesetze nur unseres Blutes haben, sonst würde die Welt veröden und verblöden! Sie haben dabei auf verschiedene Dinge aufzupassen: Alles germanische Blut gehört zu uns"

("= 1. Ding"). "2. Ding" sind die "rund 1 bis 1 1/2 Millionen Kinder, die in Rußland von deutschen Soldaten gezeugt sind". Niemand hat sie zwar bisher "erfaßt und gemustert" – deshalb müssen "Meldestellen" her –, aber Heinrich Himmler "kennt" bereits die ungefähre Zahl!

Fazit: Der deutsche Soldat hat im Rußlandkrieg – abgesehen von den andernorts behaupteten Massenmorden an Frauen und Kindern und dem "Exekutionstourismus" an die Mordstätten (Staatsanwalt Willi Dreß<sup>23)</sup>) – offenbar Zeit und Sinn für Massenvergewaltigungen und Wegnehmen von Kindern... Infam! Auch der Gegner würde, daß dem deutschen Soldaten bei Vergewaltigung die Todesstrafe drohte!

"Meine Ausführungen über die Entstehung der slawischen Völker habe ich nicht abgeschlossen."

Auch dies ist Unsinn, denn er hatte bisher über "die Entstehung der slawischen Völker" überhaupt nichts gesagt!

"Sicherlich wird uns auch sehr oft ein russisches Balg untergeschoben. Es ist klar, daß das sehr schwierig ist (das "Unterschieben"?). Darauf entsteht eben die blutliche Versauung der Völker."

– Sachlich und sprachlich unmöglich.

"Ich wünsche in jedem Fall gemeldet zu bekommen, wo ein deutsches Gericht sich mit solchen Dingen ("Abtreibung, die eine Russin oder eine Ukrainerin macht") befaßt."

Deutsche Gerichte waren dafür überhaupt nicht vorhanden, geschweige denn zuständig, – mitten im Krieg! So kann doch nur ein Irrer vor Irren formulieren!

"In die 1. Kompanie kommen diejenigen, die wir herausholen wollen aus Rußland" (man lese die "Anweisungen" für die anderen Kompanien im "Originaltext" nach!). – Weder in der Wehrmacht noch in der SS sind jemals Kompanien nach Kriterien dieser "Himmler"

<sup>23)</sup> Willi Dreß, Ernst Klee, Volker Rieß, "Schöne Zeiten – Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer", Frankfurt/M 1988, S. 122.

ler-Rede" zusammengestellt worden! Das ist doch regelrechter Unsinn, der niemals höheren SS-Führern vorgetragen worden sein kann!

Den nachfolgenden Unrat vom Essen in Rußland, dem Totschlagen von Fliegen, dem Zuschütten jedes "überflüssigen russischen Lokus", den "3 Problemen" usw. ersparen wir uns, näher zu analysieren. Das alles ist pervers.

(3)

### Realitätsferne

Am 16. September 1942 stand die deutsche Wehrmacht zwar tief in Rußland, doch der Kampf an der Front und im russischen Hinterland war so unerbittlich hart und grausam, die Probleme jedweder Art und die Verluste für Truppe und Führung so ungeheuerlich, die Besprechungszeit für höhere Offiziere so knapp, daß eine "Rede" des RFSS, in der von dieser militärischen Lage und den durch sie gebotenen Konsequenzen überhaupt nichts enthalten ist, schon aus diesem Grund eine Fälschung sein muß. Vergleicht man angesichts dieses gewaltigen Geschehens im Sommer und Herbst 1942 nun den "Redetext", der von vorn bis hinten daherschwadronierten unrealistischen Blödsinn enthält, so wird einem übel bei dem Gedanken, daß deutsche Professoren, Institutsleiter, Verleger und Politiker so etwas als wissenschaftlich abgesicherte "Do-

kumentation" feilbieten.

(4)

Alles ist enthalten, was sich ein "antifa"-Propagandaschwindler wünschen mochte:

Von Massenvergewaltigungen bis zum Massen-Kinderraub, vom Ziel zur Vernichtung der osteuropäischen Intelligenz bis zum "Ansiedeln" Deutscher in Osteuropa einschließlich Ural und Krim, vom Eingeständnis, daß "Klein-Deutschland von Spießbürgern mit eingetrocknetem Gehirnaparat" bewohnt sei, bei denen es allenfalls zum schädlichen "Obertschechen und Oberlappen" reiche, bis zum "Mischmasch" der osteuropäischen Völker und zum "Affenland" Rußland, von den beabsichtigten, Deutschland dienenden Sklaven bis zur Besiedlung "der heutigen deutschen Ostprovinzen, von Ostpreußen bis Oberschlesien" (als ob diese nicht bereits seit 700 Jahren deutsch besiedelt und kultiviert worden wären!), von der Niederringung des Christentums bis zum gelegentlichen "Abschieben" der osteuropäischen Völker und der bereits "dem polnischen Volk weggenommenen Oberschicht".

Damit sind wieder einmal alle Merkmale dabei, die auch die zahllosen anderen Fälschungen ausweisen! Erschütternd freilich bleibt das primitive Niveau, mit dem sich die alliierten Weltmächte gegenüber der Weltöffentlichkeit auswiesen.

## "Verfütterung von Biosyn-Vegetabil-Wurst an Häftlinge"

"Dok.": Nürnberg NO - 1610 bzw. Heiber "Dok." 256 S. 225:

Absender SS-Ogruf. Oswald Pohl, Chef des WVHA; Empfänger SS-Ostufab. Dr. Brandt. Schreiben vom 16.8.1943

Der Erfindungsreichtum an Lügenpropaganda-Themen hat wahrlich ein weitgestreutes Spektrum.

(1)

Da soll der Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes (WVHA), SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, erst im August 1943 von Dr. Rudolf Brandt, dem Personalreferenten des RFSS, den ersten "Hinweis" darauf erhalten haben, daß sich der RFSS "die persönliche Entscheidung über alle Versuche an Häftlingen vorbehalten hat, die in den Konzentrationslagern durchgeführt werden"? Schon dieser erste Satz ist unsinnig!

Oswald Pohl hat die Leitung des WVHA bzw. seiner früheren Behörde seit dem 1.2.1934 inne, kannte seitdem den gesamten internen Ablauf der KL einschließlich Gesetze und Verwaltungsvorschriften, besprach mit Himmler seit Jahren alle wesentlichen Probleme persönlich. Er konnte sich somit nicht bei seinem "lieben Brandt" für einen solchen "Hinweis bedanken". Dies umso weniger, als es bei den angesprochenen Häftlingsversuchen selbstverständlich gewesen wäre, daß niemand anderes darüber hätte bestimmen können.

(2)

Auch hier "interessiert sich" wieder einmal jemand, und das ist angesichts dieser in zahllosen Dokumentenfälschungen gleichbleibend wiederholten Phrase sofort

"Mein lieber Brandt!

Ich danke Ihnen für Ihren Hinweis, daß der Reichsführer sich die persönliche Entscheidung über alle Versuche an Häftlingen vorbehalten hat, die in den KL durchgeführt werden.

An Untersuchungen, für die ich mich persönlich interessiert habe, werden durchgeführt:

- 1.) die Groß-Ernährungsversuche in Mauthausen und
- 2.) die Verfütterung von Biosyn-Vegetabil-Wurst (Schieber).

Die ersten wurden vom Reichsführer-SS ausdrücklich befohlen und auch die Biosyn-Verfütterung geht auf seine Veranlassung zurück. Ursprünglich wollte der Reichsführer-SS, daß diese Eiweißwurst an alle Häftlinge verabreicht würde; da die ganze Angelegenheit aber noch nicht spruchreife ist, habe ich vorsichtigerweise erst einmal die Verfütterung an 100 Häftlinge befohlen. Sollte es sich in dem Bericht des Reichsarztes um andere als die genannten Unterlagen handeln, so bitte ich um Mitteilung, damit ich eine Nachprüfung veranlassen kann.

Übrigens wurde der Reichsarzt-SS über die Ernährungsversuche persönlich durch den Ernährungsinspekteur, SS-Sturmabführer Prof. Dr. Schenck, unterrichtet. Sie stehen unter dessen Oberleitung, werden also in Zusammenarbeit mit dem leitenden Arzt KL von dem dortigen Standortarzt durchgeführt. Besten Gruß, Heil Hitler!

Ihr Pohl

SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS"

verdächtig: diesmal "interessiert sich" Pohl für "die großen Ernährungsversuche in Mauthausen" und die "Verfütterung von Biosyn-Vegetabil-Wurst".

Der Begriff "Verfütterung" ist ein weiteres entstellendes Etikett für das Giftprodukt aus der alliierten Propagandaküche. In Deutschland ist der Begriff "Verfütterung" so eindeutig und unverwechselbar auf die Tierhaltung bezogen, daß es geradezu abartig ist, ihn für die Verpflegung von Menschen zu verwenden. So etwas -- "Verfütterung an Häftlinge befohlen" -- kann einfach kein deutscher Amtsträger formuliert haben.

(3)

Doch selbst wenn wir hiervon absehen, steigert sich der Blödsinn noch:

"... auch die Biosyn-Verfütterung geht auf seine Veranlassung zurück. Ursprünglich wollte der Reichsführer-SS, daß diese Eiweißwurst an alle Häftlinge verabreicht würde; da die ganze Angelegenheit aber noch nicht spruchreif ist, habe ich vorsichtigerweise erst einmal die Verfütterung an 100 Häftlinge befohlen."

Wie kann Himmler so etwas "veranlassen", "gewollt" haben, wo doch die ganze (wirklich die "ganze", nicht die "halbe") Angelegenheit noch nicht spruchreif war? Gab es diese komische Wurst denn überhaupt? Uns ist davon nichts bekannt.

Aber selbst wenn man sich in Deutschland während des Krieges irgendwo Gedanken darüber gemacht haben sollte -- obgleich die Fleischversorgung bis Kriegsende gesichert war --, eine Vegetariervurst herzustellen, so wäre sie -- ebenso wie Margarine und Kunstthun -- in erster Linie an das Volk ausgeliefert worden. Die Häftlinge sind stets aus jenen allgemeinen Vorräten versorgt worden.

(4)

Auch der Ausdruck "verabreicht" ist falsch. Man "verabreicht" eine Spritze oder ein Medikament, aber keine Wurst. Ein Deutscher, würde formulieren, "Wurst an Häftlinge ausgegeben" oder "mit Wurst versorgt" oder "Häftlingen Wurst zugeteilt".

(5)

"Die ganze Angelegenheit" ist zwar "noch nicht spruchreif", dennoch habe Himmler bereits "veranlassen" und Pohl habe bereits "vorsichtigerweise erst einmal die Verfütterung an 100 Häftlinge befohlen".

Das paßt doch überhaupt nicht zusammen!

(6)

Anstatt seinem "lieben Brandt" -- offenbar zur Weiterleitung an RFSS Himmler -- Konkretes mitzuteilen, war um "die ganze Angelegenheit noch nicht spruchreif" ist und er dennoch "vorsichtigerweise die Verfütterung an 100 Häftlinge befohlen" habe, bleibt alles anonym: warum 100 und nicht ein ganzes Lager für einen Tag oder eine Woche, welches Lager eigentlich? Wer ist der Futterproduzent dieser nicht spruchreifen Angelegenheit? Wie ist es um die Qualität dieser mysteriösen Wurst bestellt, um die gegenwärtige und künftige Liefermöglichkeit? Ernährungsversuche sollen das sein? Da die "Verfütterung" schon befohlen worden war, würde den RFSS doch sicher das Ergebnis interessieren, der Ort, wo dies geschehen ist oder auch der Zeitpunkt, an dem über die Einstellung der noch nicht spruchreifen Angelegenheit oder eine "Verfütterung" im großen Stil entschieden werden kann.

Fehlzanzeige! Alle Fragen bleiben offen, -- bis zum "leitenden Arzt KL (wer ist das?) und dem dortigen Standortarzt" (wo ist "dortig"?, wie heißt dieser Arzt?).

Prüft man nachträglich den Informationsanlaß dieses ganzen Gefasels, so führt die Schreibinitiative Pohls auf den eingangs erwähnten, völlig irrealen "Hinweis" zurück, daß Himmler sich "alle Versuche an Häftlingen selbst vorbehalten" habe. Dies hat ihn angeblich jedoch nicht gehindert, eigenmächtig "vorsichtigerweise die Verfütterung an 100 Häftlinge" zu befehlen.

Man mag hinschauen, wohin man will: alles widerwärtiges, dummes Zeug!



Führungsbesprechung nach dem britischen Landeunternehmen in Dieppe/Frankreich im August 1942. V.l.n.r.: Speer, Kuntze, Lehmann, Sepp Dietrich, Schönberger. Foto: Bundesarchiv Koblenz

## Rede des RFSS am 24. Oktober 1943 in Posen

Im US-Mikrofilm T 175 Roll 17, Serial 17 wird zur Form ausgeführt:

"Erste Seite, enthaltend wahrscheinlich die Verteilerliste, fehlt" und zum Inhalt: "Geheime Reichssache. Die Rede handelt von der deutschen Expansion nach dem Osten, Politik gegenüber den minderwertigen Rassen und Erhaltung des deutschen Blutes. Die Rede enthält die Erklärung, daß Deutschland sich zufrieden geben will mit der Eroberung im Osten und keine Absicht hat, England zu erobern."

Form und Inhalt sprechen für sich und bedürfen angesichts der Kriegslage vom 23. Oktober 1943 keines die Fälschung belegenden Kommentares.

# "Sippenhaft"

## -- aus der Rede am 3. August 1944 in Posen

Auszug aus der Rede Heinrich Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944.<sup>24)</sup>

Diese vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München, erstmals im Jahre 1953 veröffentlichte Rede nach dem Attentat auf Adolf Hitler (einige Auszüge wurden schon 1952 publiziert) liegt uns lediglich in gedruckter Form vor. Zur Herkunft dieses Dokumentes informiert uns das IfZ, daß Martin Bormann als Leiter der Parteikanzlei jene Tagung in Posen einberufen habe und bemüht war, "die wichtigsten politischen Vorkommnisse für eine spätere Geschichtsschreibung zu bewahren", so seien auch "Hitlers Tischgespräche" auf seine Initiative zurückzuführen gewesen.

"So ließ er auch ständig Kopien von Schriftstücken und Berichten, die ihm für eine künftige Parteigeschichte geeignet zu sein schienen, dem Hauptarchiv der NSDAP zuleiten. Einige dieser Stücke befinden sich jetzt im Archiv des IfZ München, zum Teil noch mit den von Bormann selbst unterzeichneten Begleitschreiben. Zu ihnen gehören auch die drei Posener Reden. Sie sind auf Schreibmaschinendurchschlägen erhalten und mit Diktatzeichen, vermutlich der Stenographen, versehen. Zwar fehlt gerade für diese drei Reden das Begleitschreiben; doch bürgt der Zusammenhang mit den anderen »beglaubigten« Dokumenten, unter denen sie lagen, sowie das Aufbewahrungszusammenhang für ihre Echtheit. Für die Echtheit der vorliegenden Rede spricht außerdem der unverwechselbare und kaum noch zunehmende Stil. Man vergleiche sie nur mit der stilistisch typischen Rede Himmlers, die aus dem Dokument 1978-PS in der »Blauen Serie« des IMT abgedruckt ist. Himmler arbeitet im allgemeinen seine Reden nicht aus; er notierte sich nur Stichworte." (S. 358)

Dieser Authentizitätsnachweis ist dürftig, vor allem, wenn man die vielen amtlichen Fälschungsinstrumente der alliierten Eroberer bedenkt, die auch bei den beiden anderen Reden deutlich ihre Spuren hinterlassen haben. Beachtlich ist, daß dem IfZ auch für diese Rede -- geschweige denn für alle ihre Passagen -- keine authentische Unterschrift, sondern lediglich ein Schreibmaschinendurchschlag zugrundelag. Daß derlei Papiere alle zusammenlagen, ist kein Echtheitsbeweis, ist es doch klar, daß ein Fälscher keinen Sinn darin sehen könnte, derlei Papiere verstreut abzuliegen. Beachtlich bei dieser Feststellung des IfZ bleibt weiter, daß Martin Bormann als Leiter der Parteikanzlei bemüht war, alle Reden Hitlers und Himmlers und auch anderer NS-Prominenz, insbesondere jene, die vertraulich vor engen Führungskreisen gehalten wurden, für die Geschichtsschreibung aufzuzeichnen bzw. aufzubewahren, ohne daß er im voraus wissen konnte, welche Geheimnisse dort zur Sprache kommen würden. Sein Motiv hierfür dürfte zumindest nicht schlechtes Gewissen bzw. der Wille, "höchst geheime Vorgänge unbedingt

mit ins Grab nehmen zu wollen", gewesen sein. Angesichts dieser Praxis ist es erstaunlich, daß man heute immer noch nach bestimmten Befehlen, Befehlswegen, Vollzugsmeldungen und Erfahrungsberichten sucht.

Speziell für diese hier zu untersuchende Rede Himmlers gilt, daß sie in den überwiegenden Passagen höchstwahrscheinlich echt sein mag, daß jedoch zumindest die nachfolgend zitierten Absätze mit Sicherheit gefälscht sind. Wir werden dies mit Hilfe einiger anderer Dokumente beweisen. In der Fußnote 35 (S. 385) führt das IfZ aus, daß das nachfolgende Zitat offensichtlich der einzige Beleg für die "Institution der Sippenhaft" sei, die "hier von einem der höchsten Parteifunktionäre offiziell zugegeben wird".

Der RFSS soll also am 3. August 1943 in Posen u.a. gesagt haben (Bezifferung der Absätze durch Verf.):

» 1 «

"Dann werden wir als Zweites hier eine absolute Sippenhaftung einführen. Wir sind danach schon vorgegangen und haben danach schon gehandelt. Ich stehe nämlich auf folgendem Standpunkt.

» 2 «

Wenn ein Mann sich besonders auszeichnet, sei es als kleiner oder großer Soldat oder als kleiner oder großer Mann im Staate, wird er von unserem Staate und wurde er auch früher überhaupt vom deutschen, vom österreichischen Staate belohnt durch eine Siedlerstelle. Wir haben unsere Siedlerstellen in der großzügigsten Form für den Frontsoldaten vor. Er bekommt einen Bauernhof von 30 ha, kein Butterbrot, immerhin recht anständig, mit einer minimalen Belastung, fast schuldenfrei. Irgendein großer Feldherr, irgendein großer Soldat bekommt seine Dotation, ein Gut mit recht respektablem Größen. Wenn diese Männer das bekommen, ob der kleine Mann oder der große Feldherr, dann bekommt ja nicht nur der das Gut, der sich ausgezeichnet hat, sondern das Gut geht ja in den Familienbesitz über. Also auch seine Frau und Kinder bekommen es, und dieses Gut und Besitztum vererbt sich. Wenn die Familie weiterlebt, hat die Sippe es in 4 oder 5 Generationen immer noch. Also wird die ganze Sippe damit ausgezeichnet und die ganze Sippe damit in ihrer Wohlhabenheit und in ihrem Vermögen gestärkt.

» 3 «

Wenn ein Ritterkreuzträger fällt, bekommt er auf Befehl des Führers heute schon außer der normalen Versorgung, die das Deutsche Reich ja großzügig auswirft, noch eine besonders wohlwollende Pflege von Seiten der Adjutantur des Führers: Die Witwe, die Familie oder die Eltern des Ritterkreuzträgers werden in einer besonderen Form finanziell, materiell und sonst gestellt.

» 4 «

Wenn wir das nach der positiven Seite tun, sind wir meines Erachtens absolut verpflichtet, es ebenso nach der

24) Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 1953, S. 357 - 394, speziell S. 385.



negativen Seite hin zu tun. Es soll uns ja niemand kommen und sagen: das ist bolschewistisch, was Sie da machen. Nein, nehmen Sie es mir nicht übel, das ist gar nicht bolschewistisch, sondern sehr alt und bei unseren Vorfahren gebräuchlich gewesen. Sie brauchen bloß die germanischen Sagas nachzulesen. Wenn sie eine Familie in die Acht taten und für vogelfrei erklärten oder wenn eine Blutrache in einer Familie war, dann war man maßlos konsequent.

» 5 «

Wenn die Familie vogelfrei erklärt wird und in Acht und Bann getan wird, sagten sie: Dieser Mann hat Verrat geübt, das Blut ist schlecht, da ist Verräterblut drin, das wird ausgerottet. Und bei der Blutrache wurde ausgerottet bis zum letzten Glied in der ganzen Sippe.

» 6 «

Die Familie Graf Stauffenberg wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied.

(Beifall)

Denn das muß ein einmaliges warnendes Beispiel sein.

Außerdem wird man dann allen in Deutschland freistellen, die Stauffenberg heißen, überhaupt allen, die unglückseligerweise Namen tragen, die in diesen Verratsprozeß verwickelt sind, daß sie beantragen können, ihre Namen zu ändern, weil man ihnen nicht zumuten kann, den Namen eines Schufes und Verräters weiter zu tragen.

Wir werden aber -- und das ist sehr wichtig -- bei allen den Familien, von denen ein Glied maßgeblich an dieser Verschwörung und an dieser Untreue und Meuterei beteiligt war, ihr Eigentum, ihren Grundbesitz einziehen, ihnen den nehmen.

» 7 «

Ich darf Sie hier um Einverständnis bitten. Das muß -- ich möchte einmal den ostmärkischen Ausdruck nehmen -- aber optisch tadellos sein. Es darf nicht so sein: Wunderbar, eine feine Hitlerjugend-Herberge, oder eine wunderbare Gauschulungsburg. Nein, das dürfen wir nicht machen, sondern das wird eingezogen für das große deutsche

Reich, für den Reichskommissar für die Siedlung. Es wird ausdrücklich festgelegt als Siedlungsgrund für verdiente Soldaten dieses Krieges. Verwaltet wird es werden -- und das ist meine Bitte an den Reichsernährungsminister -- vom Reichsernährungsministerium, so daß es nach außen untadelig ist. Nicht, daß jemand sagt: Aha, da nimmt die Partei oder irgendeine Parteigenosse, irgendeine Gliederung persönliche Vorteile davon, das ist natürlich die Rache. Nein, für Frontsoldaten tun wir das.

Wenn man jetzt 30 oder 40 solche Güter einzieht, dann werden wir so etwas an Treue und Loyalität erleben! ...

Drittens werde ich folgendes machen. ...

## Analyse

» 1 « Eine "absolute Sippenhaftung" ist ein falscher Ausdruck; es hätte allenfalls "durchgreifende Sippenhaft" heißen müssen. Das Wort "absolut" wird im Fremdwörterlexikon definiert mit: "unabhängig, losgelöst, ohne Bezugssystem, unbeschränkt, völlig, unbedingt, gänzlich". Eine "absolute Sippenhaftung" würde also eine "unbeschränkte" sein, die sich also nicht nur auf Ehepartner, Eltern und Kinder, sondern noch viel weiter auf alle Anverwandten ausdehnen würde.

"Wir werden ... wir sind danach schon vorgegangen und haben danach schon gehandelt."

Das paßt nicht zusammen: -- entweder Zukunft oder Vergangenheit. Aber beides gleichzeitig? Aber auch sachlich ist das widersinnig, denn bislang hat es keinen einzigen Fall von Sippenhaft im Nationalsozialismus gegeben, -- und die zuhörenden Gauleiter wußten das sehr genau!

"Ich stehe nämlich auf folgendem Standpunkt."

Als ob es bei einer so gravierenden Entscheidung auf den "Standpunkt Himmlers" angekommen wäre! Ohne den Führer und Reichskanzler, auf den sich der RFSS noch nicht einmal berufen hat, wäre da nichts zu verkünden gewesen, und auch dies wußten die Gauleiter sehr genau!

» 2 « Es ist purer Unsinn, wenn Himmler behauptet haben soll, daß vom Staat ausgezeichnete Personen "mit einer Siedlerstelle belohnt" worden seien und künftig "belohnt werden". Niemals hatte es im Nationalsozialismus eine solche Idee gegeben! Auch solches zu entscheiden, wäre Himmler nicht befugt gewesen. Als ob sich dazu jeder eignet, als ob jeder Frontsoldat ein Landwirt ist, als ob es sich ein Staat leisten könnte, seine qualifizierten Volksgenossen hinter den Pflug zu stellen und Kühe und Gänse heranziehen zu lassen!

» 3 « "Wenn ein Rüterkreuzträger fällt,"



Der RF-SS im Gespräch mit höheren Luftwaffen-, Heeres- und Polizeioffizieren in Minsk 1942. Meinungsverschiedenheiten sind nicht erkennbar.

Foto: Bundesarchiv Koblenz

kann er nichts mehr bekommen, auch keine "heute schon außer der normalen Versorgung besonders wohlwollende Pflege von seiten der Adjutantur des Führers". Auch der Ausdruck,

"die Familie oder die Eltern werden in einer besonderen Form finanziell, materiell und sonst gestellt," ist undeutsch.

1.) gehören die Eltern zur Familie,

2.) versteht man im Deutschen eine finanzielle als materielle Unterstützung.

3.) Was heißt "besondere Form und sonst gestellt"?

Schließlich ist es grotesk, wenn der RFSS vor den Gauleitern die Ritterkreuzträger als die (einzigen) sozial Bevorrechteten im Staat bezeichnet, was nie der Fall war und den nationalsozialistischen Grundsätzen widersprach. Im Sozialverständnis des Nationalsozialismus gab es keine sozial Bevorrechteten auf Grund von Kriegsauszeichnungen. Auch eine "besondere Pflege von seiten (statt allenfalls "seitens" der Adjutantur des Führers" muß -- bezogen auf den Herbst 1944 als Lohn auf die Wirklichkeit und auf den zur Sprache gebrachten "Ritterkreuzträger" erscheinen. Welcher "Pfleger" sollte da wie tätig werden?

» 4 « Schon wieder das falsche Adverb "absolut verpflichtet". Auch hier gilt: Auf das "Erachten Himmlers" wäre es gar nicht angekommen.

"Nein, das (Sippenhaft) ist gar nicht bolschewistisch."

Gerade das war sehr wohl bolschewistisch, und zwar sowohl die soziale Bevorrechtung verdienter Funktionäre als auch die Aufteilung der Güter zugunsten zunächst kleiner Siedlerstellen als auch Sippenhaft und Blutrache! Jeder Gauleiter wußte das sehr genau!

Und das, was der RFSS angeblich über "unsere Vorfahren" berichtete, steigerte die bisherigen Grotesken noch. Weder konnte er ein einziges reales Beispiel anführen ("er berief sich" auf "Sagas" anstatt auf "Sagen"), noch gab es in den deutschen Sagen solche Beispiele, -- im jüdischen Alten Testament hingegen sehr wohl. Aber auch dort "war" nicht "eine Blutrache in einer Familie", zumal das keine sächgerechte oder gar deutsche Formulierung ist.

» 5 « "Wenn die Familie vogelfrei erklärt wird" (Zukunft) und in Acht und Bann getan wird (Doppelung der Aussage und cmeut Zukunft), sagten sie (Vergangenheit) ... "

Solch einen grammatikalischen Blödsinn kann Himmler nicht geäußert haben. Im Deutschen hieße es übrigens "für vogelfrei erklären".

» 6 « Derartige Formulierungen sind unwirklich, zumal sie auf keinen Führerbefehl verweisen. Niemals ist Derartiges gefordert worden, und auch kein Gauleiter hätte dazu Beifall geklatscht, weil ein solches Ansinnen deutschem Rechtsdenken grundsätzlich zuwider ist!

» 7 « Himmler "bittet die Gauleiter um Einverständnis", er, der eingangs "die Sippenhaft einführen und die Familie Stauffenberg auslöschen und Drittens folgendes machen will", -- ohne sich um das "Einverständnis der Gauleiter" bemüht zu haben? Das ist doch Sefton Delmer- und Hollywood-Niveau!

Einen "Reichskommissar für die Siedlung" gab

es nicht, wohl einen -- und dies war Himmler selbst -- "Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums", der sich auf das "Rasse- und Siedlungshauptamt" und dieses wiederum auf ein Strabshauptamt für die Siedlung und Aufbauplanung stützte. Der Leiter dieses Strabshauptamtes war für die Durchführung aller mit der Siedlung zusammenhängenden Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen verantwortlich.<sup>25</sup> Ihm stand die "Volksdeutsche Mittelstelle" unter Leitung von SS-Obergruppenführer Lorenz zwecks Beschaffung der finanziellen Mittel zur Seite. Das Rasse- und Siedlungshauptamt wurde bis 1938 vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Walter Darré geleitet, danach von Obergruppenführer Richard Hildebrandt, der jedoch mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nichts zu tun hatte.

"Von einer Beschlagnahme durch den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums oder gar die SS zugunsten der Unterbringung von Rasse-deutschen oder zur Belohnung bewährter Nazis kann keine Rede sein, da die vom Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums ausübte Beschlagnahme nicht geeignet war, Land zur Ansiedlung zu beschaffen oder Landwirte von ihren Höfen zu verreiben.

Aus diesem Grunde ist auch durch den Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums jedwede Eigentum übertragende Ansiedlung unterblieben. Es wurden lediglich bereits vorhandene Treuhänder auf verwaisten Höfen durch solche aus den Reihen der Umsiedler ersetzt.<sup>26</sup>

Himmler, nunmehr auch Reichsinnenminister und Befehlshaber des Ersatzheeres, wollte den Reichsernährungsminister "bitten", die Verwaltung von enteigneten Gütern zu übernehmen und diese als "Siedlungsgrund für verdiente Soldaten des Krieges" aufzuteilen? Was sind das alles für irre Hirngespinnste, zumal angesichts der katastrophalen militärischen Lage in der letzten Phase des Krieges und zusammengebrochener Fronten im Osten und Westen!

Auch hierbei muß man erschrocken sein über die Unverfrorenheit jener, die dem deutschen Volk und der Welt einen solchen Text als authentisch servieren!

Sippenhaft wurde hingegen nach der deutschen Niederlage im weitesten Umfang betrieben! Nicht nur dadurch, daß z.B. Alfred Krupp von Bohlen und Halbach anstelle seines greisen Vaters Gustav angeklagt, verurteilt und bis 1951 inhaftiert wurde. Vor allem die unvorstellbaren Vertriebsverbrechen an der ostdeutschen Bevölkerung, die rücksichtslosen und rechtswidrigen Enteignungen jeglicher Vermögenswerte in der sowjetischen wie auch der westalliierten Besatzungszone, die ganze Familien ächteten und ins dauerhafte Elend stießen, der "Automatische Arrest" auch für Frauen, schließlich die jahrzehntelange nach Kriegsende unverändert anhaltende, ja verstärkt betriebene Greuelpropaganda, -- alles dies sind das ganze deutsche Volk in ständiger Sippenhaft haltende Gewaltmaßnahmen der Siegermächte!

25) IMT Bd. IV, S. 250.

26) IMT, Bd. XXI, S. 670. -- Dr. Pelckmann, Verteidiger der SS, Nürnberg am 26.8.1946.

## Dokumente aus dem US-Mikrofilm T 580, Roll 212

Feldkommandostelle, den 5.9.1943

### Vermerk.

1.

Der Reichsführer-SS wünscht, daß beim Hauptamt SS-Gericht eine besondere Fürsorgestelle eingerichtet wird, welche ausschließlich dafür zu sorgen hat, dass in sämtlichen Strafsachen der SS- und Polizeigerichtsbarkeit die Familie des Verurteilten keine Not leidet. Der Reichsführer-SS ist gegebenenfalls bereit, für die Dauer von 3 Monaten nach Wegfall der Bezüge des Ernährers für den Unterhalt der Familie aus Sonderkonten-Mitteln zu sorgen. Die Hauptsache ist jedenfalls, daß Frauen und Kinder von Verurteilten keine Not zu leiden haben.

Dieserhalb soll ich mit dem Chef des Hauptamtes SS-Gericht persönlich Rücksprache nehmen. Dabei soll ich Gruf. Breithaupt auch im Auftrage des Reichsführers SS eröffnen, dass dieser die SS- und Polizeigerichte besser an den Zügel nehmen soll.

2.

Wu. zur Fahrt nach München.  
handschriftlich gez. Bender  
SS-Obersturmbannführer  
handschriftlich ergänzt: Am 8/9. in München mit  
Gruf. Breithaupt mündlich besprochen -- 9/9 Br.

Der SS-Richter  
beim Reichsführer-SS und  
Chef der Deutschen Polizei  
Tgb. Nr. 220/43 BeWi.

Feldkommandostelle, den 15.9.1943

Beiz.: Unterstützung der Familien von gerichtlich bestraften Angehörigen der SS und Polizei.

Bezug: Rücksprache zwischen Chef Hauptamt SS-Gericht und SS-Ostbaf. Bender am 8.9.43 in München.

An das  
Hauptamt SS-Gericht  
SS-Gruppenführer u. Generalleutnant der Waffen-SS  
Breithaupt  
München

Sehr verehrter Gruppenführer!  
Unter Bezugnahme auf unsere obengenannte Rücksprache darf ich Ihnen nach neuerlichem Vortrag beim Reichsführer-SS folgendes mitteilen:

Der Reichsführer-SS wünscht, daß in Zukunft bei gerichtlichen Verurteilungen von Angehörigen der SS und Polizei und bei Entfernung von hauptamtlichen Angehörigen der SS und Polizei aus diesen Verbänden im Disziplinarwege unter allen

Umständen dafür gesorgt wird, dass die Familie des Betroffenen keine Not leidet. Demzufolge hat der Reichsführer-SS folgende Anordnungen getroffen:

1.) Innerhalb des Hauptamtes SS-Gericht wird eine besondere Dienststelle eingerichtet, welcher diese Unterstützungsaufgabe übertragen wird. Das Hauptamt SS-Gericht wird damit dem Reichsführer-SS für die einwandfreie Durchführung der Unterstützungen verantwortlich.

2.) Die örtlichen Fürsorgeführer erhalten insoweit vom Hauptamt SS-Gericht unmittelbare Weisungen und sind diesem verantwortlich. Die näheren Vereinbarungen über diese Zusammenarbeit treffen die Chefs der R.u.S.-Hauptamtes und des Hauptamtes SS-Gericht umgehend.

3.) Unterstützung und Fürsorge für die Familie haben einzusetzen

a) bei gerichtlichen Verurteilungen von Angehörigen der SS und Polizei, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob diese hauptsächlich sind oder nicht und innerhalb der SS- und Polizeigerichtsbarkeit abgeurteilt werden oder von anderen Gerichten,

b) bei disziplinarischen Entfernungen aus der SS und Polizei, sofern es sich um hauptberufliche Angehörige dieser Verbände handelt.

4.) Grundsatz für die Fürsorge und Unterstützung ist, dass die Familie keine Not leiden darf. Die Bearbeitung dieser Fälle hat deshalb mit allergrößter Beschleunigung und in häfflicher, menschlicher und anständiger Form zu erfolgen. Jede schematische oder bürokratische Bearbeitung hat unter allen Umständen zu unterbleiben.

Die Fürsorge umfasst insbesondere beschleunigte Herbeiführung von gesetzlich begründeten Unterhaltszahlungen und der Zahlung von Unterstützungsbeträgen durch die NSV oder andere Stellen, sofern Mittel vorhanden. Es gehört ferner hierzu die Beschaffung einer geeigneten Arbeitsstelle.

Sofern der notwendige Unterhalt unter keinen Umständen auf andere Art beschafft werden kann, ist der Reichsführer-SS gewillt, aus Sonderkonten-Mitteln für die ersten 3 Monate nach Wegfall der Bezüge des Ernährers für die Familie zu sorgen. Das Hauptamt SS-Gericht prüft, ob diese Zahlung notwendig ist und macht dem Reichsführer-SS unter Berichterstattung entsprechenden Vorschlag.

Ich wäre Ihnen dankbar, sehr verehrter Gruppenführer, wenn Sie mir über Ihre Vereinbarungen mit SS-Obergruppenführer Hildebrandt und über die von Ihnen gedachte Arbeitsweise dieser Zentralstelle im Hauptamt SS-Gericht eine abschließende Mitteilung zukommen lassen würden.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

gez. Bender

SS-Sturmabführer.

## Dokument aus dem US-Mikrofilm 580, Roll 214

-- Vgl. auch Bundesarchiv: NS 7 / 394 --

Der Reichsführer-SS

Feld-Kommandostelle, 27. August 1944.

Sehr verehrter Parteigenosse Dr. Lammers!

Auf meinen Vortrag hin hat der Führer genehmigt, dass die Hinterbliebenen der in den Volksgerichtshofverhandlungen Verurteilten des 20. Juli 1944 ihn ähnlicher Weise durch monatliche Gnadenzuwendungen vor dem Schlimmsten bewahrt und versorgt werden, wie vor 10 Jahren die Hinterbliebenen der Exekutierten des 30. Juni 1934.

Ich habe mit dieser Aufgabe gemäß der in Durchschrift beiliegenden Vollmacht den SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Breithaupt betraut.

Wegen der Zurverfügungstellung der Geldmittel, die ich einstweilen vorstrecke, darf ich zu gegebener Zeit an Sie herantreten. Vielleicht haben wir auch noch Gelegenheit, mündlich über diese Fragen zu sprechen.

Heil Hitler!

Ihr

sehr ergebener  
gez. H. Himmler

1 Anlage

F.d.R. handschriftlich gez. Brandt

SS-Standartenführer

SS-Standartenführer Bender z. Ksm.

## Stellungnahme zu den "Einsatzgruppenberichten"

Neben unzähligen "Zeugenaussagen" vor sowjetischen oder alliierten Militärtribunal-vertretern in Nürnberg wurde in den Anklagen und Verurteilungen gegen deutsche Offiziere und Einsatzgruppen-Angehörige den sogenannten "Einsatzgruppenberichten" ein besonderer Dokumentationswert zugemessen. Die Ziffern von 2 - 2½ Millionen erschossener Juden ab 22. Juni 1941 bis Ende 1942 fußen allein auf diesen Papieren, die im Aktenbestand des RSHA (Reichssicherheitshauptamt) gefunden worden waren.

Für die historische Forschung ist daher sehr wesentlich, zu prüfen, wie es um den Dokumentationswert dieser Papiere bestellt ist.

Der Verfasser hat im Bundesarchiv Koblenz diese Einsatzgruppenberichte eingesehen und sie als im wesentlichen authentisch befunden, wobei allerdings bei zahlreichen dort angegebenen Zahlen das nachträgliche Einschreiben von Nullen oder auch Veränderungen von Ziffern vermutet werden muß. Um eine exakte Bestätigung hierfür zu erlangen, bedarf es wissenschaftlicher Laboruntersuchungen, die der prüfende Historiker im Lesesaal eines staatlichen Archivs weder vornehmen darf noch kann.

An diesem Beispiel zeigt sich erneut die besondere Verantwortung der Bundesregierung: sie hätte bereits seit 1949 als eine ihrer ersten Aufgaben die Authentizität aller jener Deutschland belastenden Dokumente mit kriminaltechnischen und wissenschaftlichen Methoden überprüfen müssen! Das ist unseres Wissens bisher in keinem einzigen Fall geschehen! Im Gegenteil! Der Historiker stellt allorten fest, daß jegliche Unterlagen, ganz gleich, mit welchem Schwachsinn sie inhaltlich auch angereichert sein mögen, amtlich als hochwillkommen gefördert werden, sofern sie gegen den Nationalsozialismus bzw. "das Dritte Reich ver-

wendbar sind! Diese Grundsatzhaltung der Dokumentenlage gegenüber kennzeichnet -- abgesehen von aller sonstigen Kritiklosigkeit gegenüber den Anschauungen, Maßstäben und Zielsetzungen der alliierten Freunde -- die Struktur von Moral und Recht, in die man seit 1945 die deutsche Politik eingebettet hat und die nur einen Bewertungsspielraum für die vorgegebenen Interessen der Siegermächte zuläßt.

Auch für die Einsatzgruppenberichte gilt im übrigen, was grundsätzlich für alle Beweise mittels Papier (Schreibmaschinenseiten, Drucke, vielfach sogar Handschriften) zutrifft: ihr Inhalt muß durch Nachweise anderer Art (Funde am Tatort, technisch und logistisch mögliche Voraussetzungen u.a.) bestätigt werden können.

So ließe sich z.B. die Richtigkeit der Feststellung in der Ereignismeldung UdSSR Nr. 90 der Einsatzgruppe B vom September 1941 (A 1 - B Nr. 1 B/41 - g Rs) vielfach überprüfen.<sup>27)</sup>

"... II. Nachrichtendienstliche Tätigkeit

1a) Im Anschluß an die militärischen Operationen der Heeresgruppe Mitte auf ihren nördlichen und südlichen Flügeln konnte in der Berichtszeit erstmalig auch das Gebiet von Weliki-Luki einerseits und Gomel Tschernigow andererseits nachrichtendienstlich bearbeitet werden. Der einheitliche Gesamteindruck von diesen im Zuge der neuen Operationen besetzten Städte ist der, daß in einem viel stärkeren Maße als bisher eine planmäßige Evakuierung durch die Sowjetrussen vorbereitet und auch tatsächlich durchgeführt worden ist.

Besonders auffallend ist die Tatsache, daß in diesen Städten, von denen besonders Gomel und Tschernigow vorher eine

27) Z.B. durch Stalms Befehl zur Strategie der "verbrannten Erde" unmittelbar nach Kriegsbeginn, zahlreiche sowjetische Veröffentlichungen über die weitgefächerte Evakuierung von Betrieben, Wirtschaftsgütern, rollendem Material und Bevölkerungen; oder Walter H. Sanning, "Die Auflösung des osteuropäischen Judentums", Tübingen 1983.

recht beachtliche jüdische Einwohnerschaft hatten – Gornel z.B. von 100.000 Einwohnern 50% Juden – kaum noch ein Jude anzutreffen ist. Wie festgestellt werden konnte, sind die Juden bei der bereits vor Wochen begonnenen Evakuierung der Bevölkerung bevorzugt evakuiert worden, wobei die kommunistische Propaganda darauf hinweist, daß alle Juden sofort nach Besetzung der Stadt durch die Deutschen erschossen werden würden.

Für Gornel war als Stichtag für die Evakuierung der 6. Juli angesetzt. Es wurden zunächst die Juden, die kommunistischen Funktionäre sowie die qualifizierten Arbeitskräfte evakuiert. Gleichzeitig begann dann die planmäßige Fortschaffung aller wesentlichen Betriebe mit ihrer Belegschaft. Soweit bekannt, ist die Evakuierung vor allem in Richtung Moskau, zum kleineren Teil auch in die Ostukraine erfolgt. In einzelnen Fällen ist die Evakuierung sogleich bis nach Sibirien durchgeführt worden.

Die in den Städten zurückbleibende Bevölkerung, die sich der Evakuierung zu entziehen suchte, war meistens starken Bedrückungen durch die Rotarmisten ausgesetzt, wobei, wie in Gornel, die Rotarmisten bewohnte Häuser in Brand steckten. Die Einwohner, die sich der Evakuierung zu entziehen suchten, flüchteten daher in die umliegenden Dörfer und Wälder, von wo sie jetzt nach der Besetzung der Städte allmählich zurückkehren. An Wirtschaftswerten ist von den Roten Truppen fast alles, soweit es nicht schon vorher evakuiert worden war, geplündert oder zerstört worden. In Weliki-Luki haben die Bolschewisten sogar die Eisenbahnschienen und -schwellen entfernt. ...<sup>(28)</sup>

Der Verteidiger für den Angeklagten Paul Blobel, Dr. Willi Heim, hat in seinem Closingbrief vom Januar 1948 über Herkunft und Fehlerquellen der Einsatzgruppenberichte u.a. ausgeführt:<sup>(29)</sup>

"Es soll und kann nicht bestritten werden, daß es sich bei den vorgelegten Dokumenten um echte Beweismittel handelt, die tatsächlich vom RSIIA abgefaßt worden sind. Das schließt aber die Feststellung nicht aus, daß die berichteten Tatsachen nicht der unbedingten Wahrheit entsprechen müssen. Und tatsächlich haben auch fast alle bisher im Zeugensatz unter Eid vernommenen Angeklagten diese Ereignismeldungen und Lageberichte des RSHA als höchst unzuverlässig, ungenau und fehlerhaft bezeichnet; und zwar nicht nur in bezug auf die Zahlen, sondern auch in bezug auf den Inhalt und die Einzelformulierung. ... (S. 2)

Die als Anklagebeweismittel vorgelegten Berichte wurden vom dem Referat IV A 1 – Kommunismus, Kriegsverbrechen und Feindpropaganda – des Amtes IV im RSHA in Berlin hergestellt. Referat IV A 1 war bis etwa Ende April 1942 die Sammel- und Auswertungsstelle aller Meldungen und Berichte der in Rußland tätigen Einsatzgruppen. Die beim RSHA einlaufenden Originalberichte wurden in fast täglicher Berichterstattung – nahezu 200 Exemplare von Juli 1941 bis April 1942 –

<sup>(28)</sup> Rep. 501 XXVI P. 9, V.S. 83 – 84. – Staatsarchiv Nürnberg.  
<sup>(29)</sup> KV-Prozesse Fall 9, E 6, Rep. 501 XXVI, Staatsarchiv Nürnberg.



Otto Ohlendorf, Leiter der Einsatzgruppe D



Arthur Nebe, Chef der Kriminalpolizei, General der Waffen-SS, Befehlshaber der Einsatzgruppe B bis Ende Okt. 1941

zu den sog. Ereignismeldungen UdSSR zusammengestellt. Die mit der Bearbeitung der Ostberichte beschäftigten Personen waren der Referatsleiter Linden und als Mitarbeiter Dr. Knobloch und Fumy. Nach Berlin berichteten lediglich die Einsatzgruppen und zwar auf dem Funk- oder schriftlichen Wege. Die Berichte der Einsatzgruppen, die an das Referat IV A 1 zur Auswertung gelangten, waren sowohl solche der Sachgebiete III (Lebensgebiete) als auch IV (Eskutive).

Schon dieser Umstand, daß das Spezialistenreferat der Exekutive im RSIIA (IV) damit gezwungen war, ihm völlig fremde und zudem noch äußerst umfangreiche Gebiete mitzubearbeiten, mußte zu Unzulänglichkeiten und Mängeln führen. Dazu kommt, daß das Referat IV A 1 mit seiner geringen Personalbesetzung einer derart umfangreichen zusätzlichen Aufgabe nicht gewachsen war und außerdem die technischen Mittel fehlten, die es gestattet hätten, im Zweifelsfalle eine Karte zu Rate zu ziehen oder bei der berichtenden Stelle Rückfrage zu halten.

Als weitere Fehlerquelle kann die Unzulänglichkeit der Nachrichtenverbindungen nicht unerwähnt bleiben. Die Standorte und Einsatzräume waren von Berlin vielfach weit über 1.000 km entfernt und die Übermittlung dadurch bedeutend erschwert. Es ist richtig, daß ein Bericht mittels Funkspruch oder Kurierweg deshalb seinen Inhalt nicht verändern wird, weil er um mehrere hundert km weiter gesendet wird oder vielleicht 2 Wochen länger unterwegs ist. Das Entscheidende ist hier aber, daß Fehlerquellen bei Funksprüchen erfahrungsgemäß nicht völlig auszuschalten sind und daß die Beförderung schriftlicher Meldungen den Zufälligkeiten von mehr oder weniger rasch funktionierenden Verkehrsverbindungen in erheblichem Maße ausgesetzt ist.

Der dadurch bedingte unregelmäßige Eingang der Berichte magte zu bemerkenswerten Überschneidungen und Entstellungen führen. Dabei bestand auch die Möglichkeit, daß Berichte durch Funkspruch und die gleichen Berichte später nochmals durch Kurier eintrafen. Die Beweisaufnahme hat mehrfach Beispiele dafür aufgezeigt, daß Berichte mit späterem Datum früher erfaßt wurden als Berichte, die infolge einer längeren

Laufzeit erst verspätet zur Kenntnis der Auswertungstelle gelangten.

Im Zweifel galt, lieber eine Zahl zweimal verwerten und jedenfalls stets die höhere. Keineswegs durften die Einsatzgruppen mit ihren Kommandos schlecht abschnitten, denn schließlich wurden die Berichte im RSHA auf Befehl Heydrichs zusammengestellt. Daß derartige Unzulänglichkeiten die Beweiswertigkeit der daraus resultierenden Dokumente wesentlich einschränken, sollte augenscheinlich sein.

Aber auch ein psychologisches Moment darf dabei nicht übersehen werden. Diese unzureichenden Bedingungen, die endlich im April 1942 zu einer grundlegenden Änderung in der Auswertung der Berichte führten, waren den Sachbearbeitern durchaus bekannt. Kann es dabei Wunder nehmen, daß diese infolge der Aussichtslosigkeit, die Mängel beseitigen zu können, mit völliger Klarheit, daß doch nur eine halbe Sache hinzustellen war, einfach resignierten? Ein Risiko, daß sachlich und persönlich unerwünschte und unangenehme Auswirkungen entstehen könnten, gingen sie ja ... nicht ein, Rußland lag weit ab.

Zudem: Wer sollte die Meldungen überprüfen und wer sollte sich beschweren? Dritte hatten keinen Einblick, und der Einsatzgruppenführer mit seinen Kommandoführern hatte andere Sorgen, und vielleicht tat man ihnen damit nur einen Gefallen, denn bei Beförderungen und Ordensverleihungen sollte keiner zu kurz kommen. Aber an sich gleichgültig, welche Motive einer unwarhen Berichterstattung auch gewesen sein mochten: fest steht, daß sie im Verlaufe des Krieges immer mehr um sich gegriffen hatte."

Dr. Heim zitiert im Verlauf seiner weiteren Ausführungen besonders Sturmbannführer Dr. Hoffmann, Stabsführer der Einsatzgruppe C und Stellvertreter von Dr. Rasch, der hauptsächlich die Berichte jener Einsatzgruppe, der auch der Angeklagte Paul Blobel unterstellt war, nach Berlin verfaßt hat. Dieser Dr. Hoffmann wurde von den Angeklagten durchgängig als "minderwertiger, unaufrichtiger und maßlos ehrgeiziger Charakter" geschildert, der zudem wegen seiner Intrigen überall gefürchtet war". (S. 12) Dieser Dr. Hoffmann wurde auch späterhin aus der Sicherheitspolizei entlassen. Ähnliche menschliche Unzulänglichkeiten wird man auch für die übrigen Einsatzgruppen-Berichtersteller zu berücksichtigen haben.

Beachtlich bei allem bleibt, daß die Originalmeldungen aus Rußland nicht vorhanden sind, sondern nur das, was man im Amt IV A 1 in Berlin daraus gemacht hat. Somit ist eine Überprüfung dieser dortigen Berichte mit den Originalen nicht möglich, und es erhebt sich die Frage, inwiefern haben nicht hier wie dort womöglich "heimliche Widerstandskämpfer" etwas in die Papiere geschmuggelt, um dem Regime zu schaden, sich selbst aber im Falle eines negativen Kriegsverlaufs bei den Siegern einen "Persilschein" einzuhandeln? Solcherart Widerstand geleistet zu haben, hat sich sogar ein Staatssekretär im Auswärtigen Amt namens Ernst von Weizsäcker gerühmt.

Rudolf Fumy, Kriminalrat im Referat IV A 1 des RSHA ergänzte am 23. Oktober 1947 im Gefangenenerlaß Moosburg die bereits geschilderten Sachverhalte unter Eid: Zu Beginn des Rußlandfeldzuges hatte er die

eintreffenden Berichte auszuwerten, beklagte jedoch sogleich den Arbeitskräftemangel, die auf "Vereinfachung" abzielenden organisatorischen Änderungen und die damit verbundene "immer größer werdende Flüchtigkeit in der Sachbearbeitung".

In der allerersten Zeit war es überwiegend so, daß der Amtschef IV, Müller, das gesamte Material selbst überarbeitete und die Einzelstücke mit seinen üblichen kurzen Anweisungen versah. Die ersten vom RSHA jeweils gebrauchten Ereignismeldungen UdSSR sind von ihm selbst verfaßt oder zum mindesten nach seinen genauen Anweisungen zusammengestellt worden. Auch später hat Müller sich gerade dieser Berichte sehr angenommen und selbst nicht selten ganz wesentliche Abänderungen darin vorgenommen. Er hat dabei auch -- wie man im Lauf der Zeit feststellen konnte -- immer politischen Spannungen Rechnung getragen, indem er Meldungen, die eine andere oberste Reichsstelle belasten oder erfreuen konnte, je nach der augenblicklichen Situation besser herausgestellt oder ganz gestrichen. ...

Der Anfall von Meldungen war erdrückend groß. Die zur Durcharbeitung zur Verfügung stehende Zeit war in den seltensten Fällen ausreichend; meistens war es so, daß nur eine ganz flüchtige Sichtung und Zusammenstellung des vorliegenden Berichtsmaterials möglich war. Der Umfang der Berichterstattung war auf einige Seiten begrenzt. Bei großem Materialanfall mußten also die Meldungen zusammengestrichen und untereinander verbunden werden. Alle diese Umstände lassen es erklärlich ansehe, daß für die Richtigkeit der »Ereignismeldungen« keine Gewähr gegeben werden konnte. Mehrfach hat es auch z.B. wegen Darstellungen, die von den berichtenden Stellen als falsch bezeichnet wurden, schwere Aufläufe gegeben. Bei solchen Anlässen wurde der Amtschef jedesmal auf die Unhaltbarkeit der Berichterstattung aufmerksam gemacht. Es wurde darauf hingewiesen, daß es mitunter 2 - 3 Wochen dauert, bis eine Meldung, die auf dem Kurierweg vorgelegt wurde, ins Amt kam, daß Funksprüche und Fernschreiben so und so oft verstümmelt ankamen, daß es arbeitsmäßig unmöglich sei, das vorliegende Material in einem Zeitraum von 1 oder 2 Stunden (mehr stand so und so oft nicht zur Verfügung) in der richtigen Reihenfolge und ohne andere redaktionelle Mängel in einen Bericht zusammenzubauen, daß bei der Hetzerei beim Diktieren oder Abschreiben Fehler unterlaufen ....

Viele Unstimmigkeiten und Unklarheiten entstanden bei russischen Bezeichnungen ...

Der Vollständigkeit halber muß ich erwähnen, daß vielfach aktuelle Kurzmeldungen mit der Weisung zur Aufnahme in den nächsten Informationsbericht versehen waren, die bei näherer Überzeugung unmöglich dem tatsächlichen Sachverhalt entsprechen konnten oder unrichtig erschienen. Mangels einer Möglichkeit der Nachprüfung mußten sie daher im gleichen Text wiedergegeben werden.

Abschließend ist festzustellen, daß die »Informationsberichte« in Einzelheiten nicht als eine genaue Darstellung der richtigen Ereignisse gewertet und auch nur in ganz beschränktem Umfang als wörtliche Wiederholung der Ursprungsberichte anzusehen sind.<sup>30)</sup>

30) KV-Prozesse Fall 9, Dok. Ohlendorf Nr. 32, Dok.-Buch Ia S. 20 - 23a; Rep. 501 XXV P. 3.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Feststellung, daß die "Quellenüberlieferung", sprich "Beweislage" über die Tätigkeit der Einsatzgruppen "fast ganz etwa zugleich mit dem Aussetzen der »Ereignismeldungen UdSSR« im April 1942 versiegt. ...

Die gängigen Opfer-Bilanzen basieren fast alle auf den SS-Zählungen, nicht etwa auf hieb- und stichfesten statistischen Erhebungen, die von ordentlichen Behörden in der Nachkriegszeit vorgenommen worden wären."<sup>30</sup>

## Verteidiger Dr. Laternser

Verteidiger Dr. Laternser zitierte in seinem Plädoyer für Generalfeldmarschall Albert Kesselring Premier Winston Churchill, dessen Krieg gegen Deutschland schon 1914 begann und bis 1945 andauerte:<sup>31</sup>

"Die Truppen und die Polizei trugen die Schmerzen des Muechelmordes, für den naturgemäß kaum jemand vor Gericht gestellt wurde, lange Zeit mit außerordentlicher Geduld. Aber schließlich führte sie ihre Wut und Verzweiflung dazu, das Gesetz in ihre Hände zu nehmen. Soldaten, deren Kameraden ermordet wurden, zerstörten Geschäfte und Wohnungen von Personen in der Nachbarschaft des Verbrechens, und die Polizei übte hier und dort unautorisierte Vergeltung gegenüber verdächtigen Personen. Eine große Zahl von Leuten in England, die keinerlei Gefahr ausgesetzt waren, waren angesichts solchen Verhaltens offensichtlich geschockt. Doch wird es immer sehr schwierig sein, bewaffnete Einheiten von Männern zu überreden, passiv zu verweilen, wenn sie über lange Zeit einer nach dem anderen gejagt und ermordet werden."<sup>32</sup>

Churchills Worte bezogen sich freilich auf britische Soldaten, die einem hinterhältigen Kampf in Irland ausgesetzt waren. Doch Laternser folgte:

"Wenn so etwas unter Soldaten vorkommt, die eine Auslese darstellen und ein friedliches Hinterland hinter sich wissen, um wieviel mehr sind Affekthandlungen dieser Art bei Männern zu erwarten, die durch ständige Hiobsbotschaften aus der Heimat schwerstem seelischen Druck ausgesetzt sind? In der Zeit, in der die behaupteten Ausschreitungen vorgekommen sein sollen, hatte der Luftkrieg mit dem Angriff auf Dresden und seinen 200.000 Toten innerhalb 48 Stunden seinen Höhepunkt zwar noch nicht erreicht. Es waren aber immerhin schon Großangriffe auf Hamburg, Wuppertal, Düsseldorf, Köln usw. erfolgt und hatten innerhalb weniger Stunden ganze Stadtviertel vernichtet und Zehntausende von Frauen und Kindern einem schrecklichen Tode überantwortet. Täglich trafen Trauernachrichten bei der Truppe ein. Bald waren einem Soldaten Frau und Kinder, bald die Eltern oder Geschwister getötet worden. Ist es daher zu verwundern, daß diesen Männern unter dem Druck solcher Nachrichten manchmal die Nerven durchgingen, wenn sie ihre Kameraden aus dem Hinterhalt erschossen vorfanden? Wer so Schweres erleben muß, wie damals die deutschen Soldaten, dem darf man es wohl nicht allzu hoch anrechnen, wenn er bei Schüssen aus dem Hinterhalt nicht immer den Befehl von oben zur Richtschnur seines Verhaltens macht, und wenn er das tut, was ihm im gegebenen Augenblick gerade richtig erscheint. So etwas kann kein Oberbefehlshaber verhindern, und so, wie

man für die Ereignisse in Irland keinen der britischen Oberkommandierenden verantwortlich machen konnte, so läßt sich Feldmarschall Kesselring mit ihnen nicht belasten."<sup>33</sup>

Rechtsanwalt Laternser an anderer Stelle vor dem Nürnberger Militärtribunal:

"Die russischen Anweisungen für den Partisanenkrieg sind hierfür ein deutlicher Beweis. Die Partisanen konnten infolgedessen die Schutzbestimmung der Artikel 1 und 2 der Haager Landkriegsordnung nicht für sich in Anspruch nehmen. Durchgreifende deutsche Gegenmaßnahmen in der Form von Repressalien waren somit 'durch die Erfordernisse des Krieges erheischt'. So wurden deutscherseits 1942 und in einer Neuausgabe von 1944 entsprechende Vorschriften für die Partisanenbekämpfung herausgegeben. Auch die sonst hierzu erlassenen Befehle, in denen von 'schärfstem Durchgreifen' oder der 'Vernichtung des Gegners', d.h. der Vernichtung seiner Kampfkraft gesprochen wird, waren die Folge der heimtückischen Kampfesweise der Partisanen: sie meinten nur militärisch erlaubtes scharfes Durchgreifen, nicht aber Grausamkeiten und Willkür. Daß sich Ausschreitungen auch der deutschen Truppen in Einzelfällen ereigneten, war eine unvermeidbare Reaktion auf bestialische Ermordungen deutscher Soldaten.

Wenn die Anklage darüber hinaus behauptet, daß die militärischen Führer den Partisanenkampf dazu benutzt hätten, die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete auszuwüten, so entbehrt diese Behauptung jeder Grundlage."<sup>34</sup>

"Die Meldungen über angeblich durchgeführte Erschießungen sind im übrigen in keiner Weise ein zuverlässiges Beweismittel dafür, daß Kommissare nach ihrer Gefangennahme auch tatsächlich erschossen worden sind. Die Anklagebehörde hat nicht einen einzigen Fall einer Erschießung eines Kommissars auf Grund des Kommissarbefehls bewiesen. Die von der Anklagebehörde vorgelegten Meldungen beziehen sich zum Teil auf Kommissare, die im Kampf gefallen waren und die man, um der angeordneten Berichtspflicht nachzukommen, als erschossen meldete. Ich habe dies für die in der Sammelmeldung des XXXIX Armeekorps vom 16.11.1941 als erschossen gemeldeten 22 Kommissare durch das Affidavit des General v. Natmer bewiesen. Ganz allgemein ist diese Übung, im Kampf gefallene Kommissare als erschossen zu melden, durch die Aussage der Zeugen Oberst Jessel und General v. Gersdaff bestätigt worden. Als Ic-Bearbeiter der Heeresgruppen Nord bzw. Mitte waren diese beiden Zeugen die Sachbearbeiter, die für die in

33) Uwe Backe, Eckhard Jesse, Rainer Zielmann (Hrsg.), "Die Schatten der Vergangenheit", Berlin - Frankfurt/M 1990, S. 404 - 415, Beitrag Hans-Henrich Wilhelm "Offene Fragen der Holocaustforschung".

34) Hans Laternser, "Verteidigung deutscher Soldaten", Hamburg 1950, S. 102 - 103.

35) IMT, Bd. XXII, S. 94

31) Churchill betrachtete den Zweiten Weltkrieg als "30jährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend mit dem Jahre 1914". - "Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941 - 1945", Moskau 1957

Bd. I, S. 204: Schreiben Churchills an Stalin vom 27.2.1944

32) Winston Churchill, "The World Crisis. The Aftermath", London 1924

Frage stehenden Meldungen zuständig waren.

Der zweite Umstand, der diese Meldungen als Beweismittel für die Erschießung von Kommissaren wertlos macht, liegt darin, daß die angegebenen Zahlen zum anderen Teil freierfunden waren. Auch dies ist durch die Aussage des Oberst Jessel bewiesen. Es waren Fantasiazahlen, die als solche von den Sachbearbeitern bei den vorgesetzten Dienststellen gewertet

wurden. Man kam mit ihnen formell der Berichtspflicht nach und verdeckte durch sie die stillschweigende Sabotage des Kommissarbefehls, an der alle Dienststellen einschließlich des OKH beteiligt waren. Oberst Jessel hat geschildert, wie derartige Zahlen mit den der Heeresgruppe unterstellten Dienststellen regelrecht ausgehandelt wurden.<sup>(37)</sup>

## Verteidiger Dr. Horst Pelckmann

Am 20. + 21. August 1946<sup>(36)</sup> hat Dr. Pelckmann als Verteidiger der SS – obgleich er gravierende Anklagepunkte der Militärtribunalrichter, wie z.B. die Kriegsschuld Hitlers u.a. übernahm – in seinem Schlußplädoyer Sachverhalte vorgetragen, die vom IMT negiert wurden und seitdem der Vergessenheit anheimgegeben sind. Sie sind jedoch von der Geschichtsforschung wieder aufzugreifen. Daher sei auszugsweise erwähnt:

(1) Dok. SS-80, 81 + 82 belegen, daß weder SA noch SS Waffen oder Waffenausbildung oder sonstige militärische Schulungen erhalten hatten. Die Reichsregierung hatte am 16. April 1934 der britischen Regierung eine Kontrolle über diesen Sachverhalt angeboten. Bis Kriegsbeginn hat sich daran nichts geändert. Dienstgrade der Allgemeinen SS wurden in der Wehrmacht nicht anerkannt. Militärische Planspiele, taktische Erörterungen u.ä. waren verboten. In einem Führererlaß vom 17. August 1938 ist festgelegt, daß die SS als eine politische Organisation der NSDAP keine militärische Gliederung sei, unbewaffnet bleibe und im Kriegsfall nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes, d.h. für die Wehrmacht zur Verfügung stehe.

(2) An Ausschreitungen des 9. November 1938 war die SS nicht beteiligt. Himmler hatte nach Kenntnisnahme jener Vorgänge sofort Befehl erlassen, alles zu tun, um jüdisches Eigentum zu schützen. (S. 391 - 392)

(3) Dok. SS-84 weist nach, daß die SS-Verfügungstruppe und die SS-Totenkopfverbände nicht zur Allgemeinen SS, zu der jemand außerhalb seines Berufes freiwillig beitreten konnte, gehörten; deren Angehörige waren Staatsangestellte, ihr Dienstherr der Reichsinnenminister. (S. 383)

(4) Die Dok. SS-8, 9, 10, 11, 42 weisen nach: Die Waffen-SS Angehörigen wurden stets darüber belehrt, anständig, ritterlich zu kämpfen, sich keiner strafbaren Handlung in Feindesland gegenüber der Zivilbevölkerung schuldig zu machen, das internationale Kriegsrecht einzuhalten und die Kriegsgefangenen sowie Gefallene zu achten.

"Die Masse der SS-Angehörigen kann nur von einem guten Verhältnis zur Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete berichten. In keinem Affidavit wird von der Beteiligung der SS an der Aussiedlung oder an Verschleppungen zur Sklavenarbeit gesprochen." (S. 409)

Dr. Pelckmann legte dem Tribunal 136.213 eides-

stattliche Versicherungen von Waffen-SS Angehörigen aus zahlreichen west-alliierten Internierungslagern vor, in denen mehr oder weniger ausführlich zu den Anklagekomplexen der Siegermächte Stellung genommen worden ist. Die zusammenfassenden Auswertungen benannte Dr. Pelckmann als Dok. SS-119 - 122.

Diese Stellungnahmen sind seit Aushändigung an das Alliierte Militärtribunal verschollen, nirgends, auch nicht in Auszügen publiziert. Unsere diesbezüglichen Erkundigungen in den Archiven blieben ergebnislos.

Von diesen 136.213 Affidavits (S. 387) beschäftigten sich 55.303 u.a. mit der Schulung innerhalb der SS und bestätigten, daß keinerlei Anhaltspunkte vorlagen, die auf eine verbrecherische Zielsetzung schließen ließen, weder auf einen Angriffskrieg noch auf Verbrechen anderer Art. Im Gegenteil seien die SS-Männer zur charakterlichen Sauberkeit, vorbildlichen Lebensführung und Kameradschaft erzogen worden.

Die Rassenlehre war nicht auf Rassenhaß, schon gar nicht auf Vernichtung anderer Rassen aufgebaut gewesen. Kolonisierung oder Germanisierung war in keinem dieser Affidavits als Schulungsthema erwähnt worden. SS oder Waffen-SS waren damit auch nicht befaßt.

"Zur Frage der psychologischen Kriegsvorbereitungen bestätigten 3.304 Affidavits, daß sie weder an Krieg gedacht noch geglaubt haben. Auf den Junkerschulen – wird in verschiedenen Affidavits erklärt – wurde die Ablehnung des Krieges gelehrt, der eine sogenannte 'negative Auslese' schaffe. ...

Über die Erziehung der SS-Männer berichten 2.674 Affidavits. In 3.138 Affidavits wird versichert, daß Befehle gegen die Menschlichkeit ihnen nicht bekannt geworden sind, geschweige denn gegeben wurden..." (S. 407)

(5) Einberufung zur Waffen-SS:

"Hinsichtlich der Einziehung zur Waffen-SS liegen 4.042 Äußerungen vor. Davon 1.806 Volksdeutsche und 1.806 von anderen Wehrmachtsteilen oder Polizei zur Waffen-SS Versetzte, also zwangsweise Kommandierte. Interessant ist die Frage der Zugehörigkeit zur Allgemeinen SS bei Waffen-SS-Mitgliedern. Die Lewer der Waffen-SS sind nach dieser Statistik – es sind 246 Waffen-SS-Mitglieder – zur Waffen-SS eingezogen worden, und zwar durch das Wehrbezirkskommando, also durch die Bezirkskommandos der normalen Wehrmacht. ... Bereits 1939 nahmen Wehrbezirkskommandos zwangsweise Einziehun-

36) IMT, Bd. XXI, S. 383 ff. Nachfolgende Seitenangaben beziehen sich hierauf

37) Hans Latenser, "Verteidigung deutscher Soldaten", Bonn 1950, S. 308.



gen zur Waffen-SS vor... Und ebenso Wehrbezirkskommandos nahmen Einziehungen zur Bewachung der Konzentrationslager vor durch Einberufung zur Waffen-SS. Weiter zwangsweise Übernahme von Mitgliedern des Reichsarbeitsdienstes zur Waffen-SS. Auf eine andere Art wurde die Konzentrationslagerbewachung seitens des Arbeitsamtes gestellt. Durch sogenannte Notdienstverpflichtung brachte das Arbeitsamt die Leute zur Konzentrationslagerbewachung und von dort wurden sie zwangsweise in die Waffen-SS übernommen." (S. 405 - 406)

(6) Von einer Judenvernichtung, "Endlösung" und damit im Zusammenhang stehender Anklagethemen hatten die meisten, die sich dazu äußerten, keine Kenntnis. Ein Judenreferat unter Adolf Eichmann kannten

sie nicht; selbst die Angehörigen der Einsatzgruppen standen zu ihm in keinerlei Beziehung. Näheres zu diesem Komplex kann ohne die Möglichkeit, diese Affidavits einzusehen, hier nicht ausgeführt werden. Der Masse der SS-Angehörigen war jedenfalls die ihrer Truppe bzw. dem Nationalsozialismus zur Last gelegten Verbrechen vor der Kapitulation nicht bekannt.

"Sie sagen das allgemein und sagen es aber auch in besonderer Stellungnahme zu den allgemeinen Verbrechenskomplexen." (S. 410)

Wie sollte es auch anders gewesen sein, da allzu viele Vorhaltungen schlichtweg alliierte Propagandalügen waren?

## Verteidiger Dr. Rudolf Aschenauer

Der Leiter der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf verwies vor dem US-Tribunal Nürnberg<sup>38</sup> auf Himmels strenge Eingrenzung der "nach genauen Ermittlungen festgestellten, die Sicherheit der Truppe gefährdenden Elemente".

"Ich selbst habe bis 1941 hinein in einzelnen Fällen gehalten, wo z.B. Vertreter der IG-Farben an mich herantraten, um Schwierigkeiten bei der Staatspolizei zu überwinden, wenn sie beabsichtigten, auch sogenannte Geheimnisträger zur Emigration zu bringen. Und mir ist bis zuletzt durchaus gelungen, solche Unterstützungen durchzusetzen. So hatte ich bei Beginn des Rußlandfeldzuges keinerlei Anlaß anzunehmen, daß mit dem Tötungsbefehl, den wir bekamen, in irgendeiner Form ein Beginn einer Ausrottung geplant oder durchgesetzt werden sollte.

Ich habe während meiner Zeit in Rußland eine große Anzahl Berichte an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD gesandt, in denen ich über die gute Zusammenarbeit mit der russischen Bevölkerung berichtet habe. Ich habe nie eine Beanstandung bekommen.

Auch als Himmels Anfang Oktober 1941 in Nikolajew war, hat er weder Vorwürfe in dieser Beziehung erhoben oder mir entsprechend Weisung gegeben. Ich bin vielmehr überzeugt, daß, wo später solche Ausrottungspolitik betrieben worden ist, sie nicht auf Befehl zentraler Stellen erfolgt ist, sondern das Werk einzelner Personen war. ...

Ich weiß aber ganz bestimmt, daß mir niemals irgendeine Liste von ausgesonderten Menschen vorgelegen ist und ich niemals solche Listen nach der in diesem Dokument vorgesehenen Weisung<sup>39</sup> bestätigt oder abgelehnt habe. Ich habe niemals solche Listen gesehen."<sup>40</sup>

38) Vgl. hierzu die verschiedenen Aussagen der Angeklagten im Zeugenstand - Dok. Ohlendorf Nr. 32, Dok. Buch I, S. 20 - 24. - Rep. 501 XXVI P. 9 S. 67 - 68 + 70 (Staatsarchiv Nürnberg) - Vgl. auch *Historische Tatsachen* Nr. 45 S. 19.

39) Operationsbefehl Nr. 14 vom 29.10.1941 zur Durchkämpfung von Kriegergefangenenlagern und Durchgangslagern nach Kommunisten und Partifunktionären und deren Aussondern.

40) Rep. 501 XXVI P. 9 S. 65 - 84 + 140 - 140 a.

Zu ergänzen ist, daß auch Ohlendorf in ausdrücklichen Befehlen angeordnet hat, daß zur Schuldfeststellung nicht Verdacht genügen darf, sondern dem Verdächtigen Tat oder echte Gefährdung der Sicherheit nachgewiesen werden müssen. Einfache kommunistische Parteimitglieder wurden nicht verfolgt, auch blieben örtliche Verwaltungsfachleute in ihren Ämtern.<sup>38)</sup>

Verteidiger Dr. Rudolf Aschenauer ergänzte:

"... Wenn der Auszug aus dem Handbuch für Generalstabsoffiziere - vorgelegt im Dok.-Buch II Sandberger - besagt, daß der Ic der Armee der Gestapo befehlt, so ist das die einfachste Feststellung für die Aufgabe und Stellung der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos im Rahmen der Heeresverbände. Sie waren Hilfsorganisationen des Ic-Apparates dieser Verbände.

Der Angeklagte Ohlendorf hat sich im Zeugenstand eingehend darüber verbreitet. Die Schwierigkeiten, die er für die Zeit seiner Tätigkeit bei der 11. Armee geschildert hat, ließen klar erkennen, daß er gewertet wurde wie ein unterstellter Bataillonskommandeur. ...

Hitler hat die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen für den Rußlandfeldzug über alle Maßnahmen unterrichtet, die er für notwendig erachtete und in die auch die Tätigkeiten der Einsatzgruppen einbezogen waren. Die vorgelegten Dokumente haben erwiesen, daß gerade auch der besondere Führerbefehl über die Tötung von die Sicherheit gefährdenden Elementen der Wehrmacht als Ganzem gegeben war.

Niemals ist während der ganzen Beweisaufnahme auch nur einmal eine Situation zur Sprache gekommen, in der ein Einsatzkommando oder die Einsatzgruppe D einen Initiativbefehl für eine konkrete räumliche Reinigungsaktion durch Heydrich bekommen hätte. ... So weit während der Beweisaufnahme konkrete Initiativbefehle zu Hinrichtungen zur Sprache gekommen sind, waren es lediglich Befehle, die von der Armee an die Einsatzkommandos gegeben wurden. ...

Die Einsatzgruppen waren aus sachlichen Gründen vom Chef der Sipu und des SD aufgestellt und mit Fachkräften versehen. Sie waren über aufgestellt, um den Heeresverbänden für ihre Aufgaben unterstellt zu werden. ... (S. 83 - 84)<sup>40)</sup>

Die Exekution wird dadurch, daß sie allein aus einer Ereignismeldung vorgelegt wird, sachlich isoliert herausgestellt, d.h. aus dem sie begründenden Zusammenhang der tatsächlichen Ereignisse und Lage herausgenommen und zu einem einzigen Mittelpunkt und Zweck der Tätigkeit der Einsatzgruppen emporgehoben. Es fehlt so die Umwelt, das Geschehen an der Front, die dauernde Gefährdung der Kommandoangehörigen, der deutschen Truppe und der friedliebenden russischen Bevölkerung durch Partisanen, Terroristen und Saboteure, die immer wiedergegebene Wahrnehmung des beherrschenden jüdischen Anteils an der sowjetischen Führung und im Partisanentum, das immer wieder von der Bevölkerung an die Kommandoangehörigen herangetragene Wissen um den beherrschenden Anteil des Judentums an der rücksichtslosen Durchsetzung des Kommunismus in Rußland und an den Massenliquidierungen der Kulaken, Eigentümer und Intelligenzler. Ebenso fehlt das tatsächliche Bild der Gesamttätigkeit der Einsatzkommandos, das überwiegend auf eine positive Befriedung der russischen Räume gerichtet ist, aufbauende und fördernde Maßnahmen für die Bevölkerung umgreift. Diese ausschnittsweise geführte Dokumentation verzerrt so also häufig das Kernproblem der ursprünglichen Berichterstattung und verhindert auch, Fehler in den Einzelheiten aus dem Gesamtzusammenhang zu erkennen. ... (S. 98)

Es ist weiter von Bedeutung, inwieweit bei den Angeklagten bereits vor Kriegsausbruch ein Bild der Zusammenarbeit des russischen Judentums mit dem Bolschewismus entstanden war und sich dann in dem Raum ihres Einsatzes in Rußland bestätigte.

Durch historisch-soziologische Rußlandforschung ist im Laufe



"Kinder von Kamin-Kashirsk, Junge Partisanen; rechts der später bekannt gewordene Yaakov Shuster Tel Aviv."

Jack Nasan Porter, "Jewish Partisans - A Documentary of Jewish Resistance in the Soviet Union During World War II", Vol. II, University Press of America, Inc. Lanham, MD 20706 USA, 1982 - in Zusammenarbeit mit Yad Vashem Memorial Institute Jerusalem.

"Einen beträchtlichen Anteil an der Verteidigung der UdSSR kann dem sowjetischen Judentum zugeschrieben werden. Es ist Tatsache, daß 123.822 jüdischen Soldaten und Offizieren militärische Orden und Titel verliehen wurden und 105 Juden für ihre Tapferkeit und ihr Heldentum gegen die deutschen Eindringlinge die höchste Auszeichnung "Held der Sowjetunion" erhalten haben. Verglichen mit der Zahl der Soldaten, denen Auszeichnungen verliehen wurden, rangierten die Juden am 4. oder 5. Platz nach den Russen, Ukrainern und Weißrussen." (J. N. Porter aao. Vol. I, S. 220)

der letzten Jahrzehnte zweifelsfrei festgestellt worden, daß der Anteil der jüdischen Bevölkerung in politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Schlüsselstellungen innerhalb der Sowjetunion ungewöhnlich hoch ist. Das beruht nicht auf deutschen Forschungen, sondern auf sowjetrussischen und jüdischen Angaben. So erreichte die Durchsetzung der Behörden mit Juden im Durchschnitt etwa 20%. Bei den Parteistellen war er erheblich höher; z.B. das Außenhandelsministerium mit seinen Auslandsvertretungen war in besonders hohem Maße eine jüdische Domäne. Ähnliches gilt für die Ministerien für Inneres, für Staatssicherheit und für die Mehrzahl der wirtschaftlichen Ministerien. Innerhalb der Roten Armee ist der jüdische Anteil besonders groß in der sog. politischen Verwaltung. In höheren Spitzenstellungen erreichte er bis zu 65%. Diese und ähnliche Feststellungen waren in der Presse lange Jahre vor dem Krieg bereits täglicher Lesestoff und gehörten damit auch zur Überzeugungswelt der Angeklagten.

Der deutsche Soldat mußte dann während des Krieges feststellen, daß tatsächlich die Mehrzahl der Ämter, insbesondere aber die Ressorts, die in der breiten Masse eine besondere Unpopularität genossen, wie die Wirtschaftsbehörden und vor allem die politische Polizei (NKWD), in hohem Maße jüdisch durchsetzt waren.

Hinzu kommt, daß auch, zwar regional verschieden, aus diesen Gründen ein unmißverständlicher Antisemitismus in allen Teilen Rußlands angetroffen wurde. Und schließlich war sehr bald festzustellen, daß die Juden in der Widerstandsbewegung und insbesondere in der unterirdischen Organisation der Partisanenbewegung eine besondere Rolle spielten. Szenen, wie die Juden mit Hochrufen auf Stalin und unter Absingen der Internationale in den Tod gingen, bewiesen auch diese Behauptung. Unter diesen Umständen mußte man im Juden den Leiter des Widerstandes und der Sabotage sehen. ...!" (S. 140)<sup>40</sup>

"Die Partisanengruppe unter meinem Befehl, die gegen Ende 1942 per Fallschirm über den Yelin Wäldern in der Gegend von Chernigov (Ukraine) unmittelbar hinter der Front abgesetzt wurde, betrug lediglich 30 Männer. Ihre Auftreten hinter den feindlichen Linien brachte uns jeden Tag neue Freiwillige. Im März 1943 betrug meine Gruppe ungefähr 300 Leute. Zwei Monate später wurde ich Kommandeur einer großen Einheit.

Die Einheit setzte sich aus 4 Kompanien zusammen, hatte beträchtliche militärische Vorräte und Ausrüstungen, eine große Menge Waffen und sogar Kanonen. Wie dies auch bei anderen Partisanen der Fall war, kam unsere Ausrüstung von den Deutschen. Wir durchkämmten über 2.500 km hinter den feindlichen Linien. Wir waren aktiv in den Distrikten von Chernigov, Orio, Shitomir (Kiew-Gebiet), Poltava (Charkov-Gegend) und Polesia. Wir sprengten 76 deutsche Armee-Transporte mit Waffen und militärischer Ausrüstung. Wir zerstörten 38 Panzer, 173 Fahrzeuge und 31 Kanonen. Als Ergebnis unserer militärischen Operationen wurden 17 Garnisonen und 31 Polizeistationen vernichtet. In den Kämpfen mit unserer Einheit verloren die Deutschen ungefähr 9.000 Soldaten, fast eine ganze Division.

Von Anbeginn an bestand unsere Einheit aus Männern verschiedener Nationalitäten. Ihre 13 Organisatoren schlossen Russen, Ukrainer, Weißrussen und Juden ein." (J. N. Porter aao. Vol. II S. 14).

# Das Nachkriegsschicksal des SS-Generals Oswald Pohl

## Letzte Aufzeichnungen

"Ich bin am 30. Juni 1892 zu Duisburg geboren. Von 1912 bis 1934 diente ich in der Kriegsmarine (Verwaltung). Am 1. Februar 1934 trat ich auf Drängen Himmlers als Kapitänleutnant des Verwaltungswesens aus der Kriegsmarine aus, um in der Reichsführung SS den Aufbau der Verwaltung zu übernehmen, in Sonderheit derjenigen der Waffen-SS.

Im Jahr 1938 wurde ich zum Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium ernannt, 1940 zum Generalleutnant der Waffen-SS und 1942 zum General der Waffen-SS befördert. Als solcher war ich Chef des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes (WVHA), das eines der 12 Hauptämter der Reichsführung SS war. In dieser Dienststellung hatte ich weder militärische Befehlsgewalt noch Exekutivbefugnisse. Mein Aufgabengebiet war das gleiche wie dasjenige des Chefs des Heeres-Verwaltungsamtes, dem ich dienstgradmäßig gleichgestellt war (General). Seit 1926 gehörte ich der NSDAP an. Ich war Inhaber des goldenen Parteiabzeichens.

Am 3. März 1942 wurde mir als wirtschaftliche Aufgabe die Überwachung des Arbeitseinsatzes der KZ-Inassen für die Rüstungsindustrie als Ministerialinstanz übertragen. In dieser Tätigkeit hatte ich in Zusammenarbeit mit dem Ministerium Speer die von der Rüstungsindustrie eingehenden Anträge um Gestellung von KZ-Inassen zu entscheiden. Die Aufgabe erlosch gegen Ende 1944. Andere als diese KZ-Inassen berührenden Aufträge hatte ich nicht, da hierfür ausschließlich das Reichssicherheitshauptamt (Geheime Staatspolizei) allein zuständig war. In Sonderheit hatte ich als Verwaltungschef nichts mit der Durchführung der Euthanasie und der Ausrottung der Juden zu tun.

Ich habe mich nach der Kapitulation 1945 kurze Zeit bei meiner Familie in der Nähe von Rosenheim/Obb. aufgehalten und die folgende Zeit bis zu meiner Ergreifung am 27. Mai 1945 bei meinen Verwandten in Norddeutschland.

An diesem Tage wurde ich in der Nähe von Verden (Aller) festgenommen und gefesselt in einem Kraftwagen nach Minden in das Gefängnis des englischen Secret Service (Tomato) verbracht. Die Festnahme erfolgte durch einen deutschen Kriminalbeamten, auf den abseits ein englischer Offizier in Begleitung eines Polen wartete.

Bei der Festnahme wurden mir durch den englischen Offizier alle Wertsachen abgenommen, auch die Armbanduhr. Die Geldbörse mit 300,- RM Inhalt nahm ein anderer englischer Offizier im Mindener Gefängnis an sich. Er verwies mich wegen einer Quittung an den englischen Posten, von welchem ich sie jedoch nie erhalten habe. In Minden (Tomato) war ich in einer Zelle untergebracht. Schlafgelegenheit Pritsche ohne Decken. Ich blieb Tag und Nacht gefesselt. Nach 1½ Tagen wurde ich zum War Crime Headquarter in Bad Nenndorf bei Hannover abtransportiert.

Die Behandlung durch die Engländer in Nenndorf war unmenschlich. Ich wurde allein in eine Zelle eingesperrt, in welcher 4 Holzpritschen standen. Die Handfesseln wurden mir selbst in der abgeschlossenen und bewachten Zelle weder bei Tag noch bei Nacht, auch nicht zum Essen und zur Notdurft, abgenommen. Ja, ich wurde abends, mit gefessel-

ten Händen auf der Pritsche liegend, durch eine zweite Fessel an den Pfosten der Pritsche gefesselt, so daß ich mich nicht bewegen konnte und infolgedessen keinen Schlaf fand.

Zu den Verhören wurde ich durch einen langen Korridor zum Vernehmungszimmer gehetzt, indem einige der Wachmannschaften hinter mir herjagten, andere, die seitwärts postiert waren, mich durch Tritte und Beinstellen einige Male heftig zu Fall brachten. Vor der Tür des Vernehmungszimmers mußte ich bis zum Beginn des Verhörs Laufschrift auf der Stelle machen, was die Wachposten durch Tritte ins Gesicht und mit Geschimpfe und Geflüche zu immer höherem Tempo zu steigern versuchten. Das alles geschah unter den Augen des in der Nähe zuschauenden Feldwebels. Der Rückweg zur Zelle gestaltete sich zu dem gleichen Spießrutenlaufen, wobei ich einige Male durch Beinstellen der Posten zu Fall kam und heftig gegen die Wand schlug.

Am Nachmittag des zweiten Tages wurde ein Stuhl in die Zelle gebracht. Ich mußte mich setzen, um "rasiert" zu werden. Obwohl ich gefesselt war, hielten mich zwei Posten auf dem Stuhl fest, während ein dritter meinen Kopf an den Haaren unbarmherzig nach hinten riß, so daß ich einige Male nach hinten umkippte.

Ein vierter Posten beschmierte mir nun das Gesicht mit einer wie Säure brennenden Masse, wobei er mich fortgesetzt mit der flachen Hand ohrfeigte. Nachdem er mich gründlich "eingeseift" hatte, kratzte er mit einem stumpfen Rasierapparat das Gesicht so rücksichtslos ab, daß das Blut auf die Jacke tropfte. Während dieser Prozedur spuckten seine Gehilfen mir unter wilden Flüchen und Beschimpfungen fortgesetzt ins Gesicht.

Schließlich stürzten sich wie auf Kommando alle anwesenden Posten -- es befanden sich etwa 8 - 10 Personen in der Zelle -- auf mich, rissen mich hoch und schlugen blindlings auf mich ein, der ich wehrlos gefesselt war. Es hagelte Faustschläge gegen den Kopf und Fußtritte gegen alle Körperteile. Ich taumelte, mich mühsam auf den Beinen haltend, von einer Ecke in die andere, bis ich unter einem gewaltigen Schlag oder Fußtritt in die Magengegend besinnungslos zusammen sackte.

Als ich erwachte, war es still und leer in der Zelle. Ich lag auf einer Pritsche und bemerkte, daß zwei Ärzte sich um mich bemühten, von denen einer meinen Puls beobachtete. Die Handfessel war abgenommen. Ich fiel bald wieder in Ohnmacht.

Wie lange dieser ganze Vorgang gedauert hat, konnte ich nur nach dem Tageslicht schätzen. Da es bei meinem Erwachen schon fast dunkel war, mochte es 20 Uhr gewesen sein, bei Beginn der Mißhandlungen etwa 17 Uhr. Es wurde mir ein starker Kaffee gereicht, und dann wurde ich zum letzten Verhör gebracht, diesmal ohne Spießrutenlaufen. Dieses Verhör dauerte bis tief nach Mitternacht. Der Vernehmungsoffizier, dem mein Zustand auffiel, erkundigte sich nach der Ursache. Ich berichtete ihm kurz das Vorgefallene. Er stand empört auf und entschuldigte sich "im Namen der britischen Armee". Dann verließ er für geraume Zeit das Zimmer, um -- wie er mir versprach -- den Kommandanten wegen Bestrafung der Schuldigen aufzusuchen. Bei der brutalen Mißhandlung ist

mir ein Backen- und ein Schneidezahn ausgeschlagen worden.

Am nächsten Morgen gegen 7 Uhr wurde ich gefesselt in einem Kraftwagen nach Nürnberg gebracht, wo ich gegen 19 Uhr in das Gefängnis des Justizpalastes eingeliefert wurde. An Verpflegung erhielt ich für den ganzen Tag zwei Scheiben Weißbrot, jedoch kein Getränk.

In Nürnberg wurde ich in einer Einzelzelle untergebracht, durch deren Türlich mich Tag und Nacht – auch bei den diskretesten Vorrichtungen – ein amerikanischer Posten beobachtete. In der Zelle trug ich keine Handfessel.

Der Tag nach meiner Einlieferung war ein Sonntag (1.4.1946). Am Montag Vormittag wurde ich zur ersten Vernehmung vor den kleinen Court geführt. Ich wurde vor dem Verlassen der Zelle wieder gefesselt, was sich bis zur Erhebung der Anklage am 13. Januar 1947 vor jedem Verhör wiederholte. In der ersten Zeit nahm diese Fesselung ein jüdischer Offizier vor, der mir mit unverhohlener Wollust die Fessel um die Gelenke schlug. Ich war zu dieser Zeit noch nicht aus der deutschen Wehrmacht entlassen, in welcher ich immerhin den Rang eines Generals innehatte. Gefesselt und unter Begleitung eines Postens wurde ich zum Vernehmungszimmer geführt. Da der Weg dorthin von Tür zu Tür durch einen rechts und links, oben und unten geschlossenen Brettergang führte, so wie ihn wilde Tiere im Zirkus von ihrem Stallwagen zur Arena benutzen, ein Entweichen also völlig ausgeschlossen war, lag für diese Fesselung gar kein ersichtlicher Grund vor.

Auch während der Vernehmungen wurde mir die Fessel nicht abgenommen, obwohl ich mich unter Bewachung im geschlossenen Zimmer befand.

Ich war nach den vorausgegangenen brutalen körperlichen Mißhandlungen in Nenndorf und infolge der Behandlung in Nürnberg seelisch vollkommen zusammengebrochen. Ich war 54 Jahre alt, hatte 33 Jahre lang meinem Vaterland makellos gedient und war mir keines Verbrechen bewußt.

In diesem Zustand prasselten die Fragen auf mich nieder, deren Beantwortung mir meist nur infolge ihrer suggestiven Form möglich war. Diese Verhöre erfolgten Vor- und Nachmittags stundenlang und erstreckten sich, allmählich nachlassend, über ein halbes Jahr von Juni bis Dezember 1946; es waren etwa 60 - 80.

Ich wurde in diesen Verhören über die subtilsten Einzelheiten aus einem Zeitraum von 10 - 15 Jahren befragt, ohne daß es mir trotz besten Willens möglich war, mich so unzähliger Einzelheiten überhaupt zu erinnern, zumal mir nicht eine einzige aktenmäßige Unterlage zur Verfügung stand noch gestellt wurde, und ich infolge hermetischer Absperrung in Einzelhaft weder mit einem meiner Mitarbeiter sprechen konnte noch mir erlaubt wurde, Rat und Hilfe eines Anwaltes in Anspruch nehmen zu dürfen. Mit einem Anwalt durfte ich erst nach 7 Monaten, nämlich nach Erhebung der Anklage gegen mich und meine Mitarbeiter des WVHA, welche am 13.1.1947 erfolgte, erstmalig in Verbindung treten. Es war der Münchener Rechtsanwalt Dr. jur. Alfred Seidl, der mich auch vertei-

digte hat.

Man hat mich in Nürnberg zwar nicht wie in Nenndorf körperlich mißhandelt (wenn ich von der monatelangen Handfesselung absehe) – dazu war das ganze Milieu wohl zu "prominent" und zu viel Augen und Ohren da, denen eine solche Methode nicht verborgen geblieben wäre –, man wandte vielmehr die unauffällige und in ihrer Art viel brutaliere Methode seelischer Quälereien an.

Als solche empfand ich auch die "Vorstellung" des damaligen Gefängnisdirektors Colonel Andrews, der bei seinen häufigen Besuchsführungen stets vor meiner Zellentür verharnte und seinen Gästen mein von ihm erdachtes Sündenregister erklärte, wobei er mich stets als "Chef der Konzentrationslager" und "second man after Himmler" vorstellte, obwohl ich beides nie gewesen bin. Häufig aber quittierten seine Gäste diese Erklärung des Col. Andrews mit einer unmißverständlichen Gebärde quer zum Hals, indem sie neugierig die Nase durchs Türlich steckten.

Noch gemeiner war die Methode meiner Vernehmer (z.B. des Herrn Rapp) "30 Millionen Menschen haben Sie umgebracht", "3 Millionen Menschen haben Sie sterilisiert!" Mit solchen und ähnlichen Behauptungen mühten sich die Vernehmer, mich in den Verhören weich zu machen, obwohl sie genau wußten – denn sie besaßen ja alles an Dokumenten, was es über mich gab! –, daß ihre Behauptungen unwahr und Tricks waren. Da ich keine seelische Elefantenhaut besitze, verfehlten solche teuflischen Einschüchterungen ihre Wirkung nicht. Und die Vernehmer erreichten das, was sie wollten: nicht der Wahrheit, sondern ihren Zwecken entsprechende Aussagen. Auch in den Mittagspausen blieb ich in der Zelle nicht unbehelligt. Sehr oft, anfangs täglich, erschien ein amerikanischer Offizier (eindeutiger Jude), der mich anscheinend "psychologisch" bearbeiten mußte. Da ich aus der ganzen Methode nicht schlau wurde und anscheinend auf die Intentionen dieser Herren nicht einging, ergoß sich wieder eine Flut unflätiger Beschimpfungen über mich wie "gemeiner Verbrecher", "verfluchter Lügner", "Halunke" u.a.m. Ich war zu jener Zeit immer noch General der deutschen Wehrmacht (meine Entlassung erfolgte erst später), also Kriegsgefangener, und von keiner Seite ward mir mitgeteilt, warum ich in Nürnberg saß. Unter dieser dauernden seelischen Quälerei,



Heinrich Himmler im Gespräch mit Oswald Pohl und dem holländischen Führer der Nationalsozialistischen Bewegung (NSB), Anton A. Mussert

unter der täglichen Zurschaustellung als gefesselter Verbrecher, unter der Versagung jeglicher Hilfe, der Trennung von meiner Familie (meine Frau durfte ich erstmals nach 16-monatiger Haft in Nürnberg sprechen) habe ich seelisch schwer gelitten und leide heute noch. Von körperlicher Mißhandlung oder Bedrohung in Nürnberg ist mir nur der Fall des früheren Standartenführers Maurer, eines meiner früheren Mitarbeiter, bekannt geworden. Einzelheiten hierüber sind in dem Hilfesuch Maurers an den us-amerikanischen Gerichtspräsidenten in Nürnberg namens Thomas enthalten, der dieses Gesuch jedoch ignorierte.

**Das dunkelste Kapitel bei der Durchführung der Nürnberger Prozesse bilden die auf Grund der von der Anklagebehörde durchgeführten Verhöre hergestellten berichtigten Affidavits.** Diese haben wohl nicht nur im Prozeß gegen das WVHA eine unheilvolle, düstere Rolle gespielt.

Wo die echten Unterlagen (Akten, Dokumente u.ä.) der Anklagebehörde nicht in den Kram päßen oder zur Erreichung der von ihr erstrebten Verurteilung nicht genügten, wurden "**Affidavits**" zusammengeschustert. Das Auffallende an diesen merkwürdigen Prozeßunterlagen ist, daß die Angeklagten in ihnen sich oft selbst beschuldigten. Verständlich ist das nur demjenigen, der die Technik des Zustandekommens solcher "Affidavits" selbst erlebt und kennengelernt hat.

So wurden mir im April 1947 kurz vor Beginn meines Prozesses und auch sogar noch während meines Prozesses Affidavits zur Unterschrift vorgelegt, die nicht etwa von mir diktiert waren, sondern welche die Anklagebehörde aus den Protokollen meiner 10 Monate vorher begonnenen zahlreichen Vernehmungen zusammengestellt hatte! Ich wurde aufgefordert, diese sogenannten Affidavits zu unterschreiben. Ich habe mich gewehrt, so gut ich konnte, dies zu tun, weil ich auf Grund meines Dokumentenstudiums (die Dokumente wurden uns nach Erhebung der Anklage am 13.1.1947 allmählich zugänglich gemacht) erkannte, daß ich mich in vielen wesentlichen Punkten geirrt und unbewußt unwahre Angaben gemacht hatte. Der Verhörer aber ließ eine Berichtigung nur in für die Anklagebehörde unwesentlichen Punkten zu und zwang mich unter Hinweis darauf, daß ich vor Monaten so ausgesagt habe, zur Unterschrift. In meiner damaligen seelischen Verfassung bin ich diesem Druck erlegen. Bei den letzten auf diese Weise erpreßten Affidavits nahm ich meinen Verteidiger zur Hilfe mit, der bezeugen kann, wie die Anklagebehörde operiert hat. Mein Hinweis, daß ich mich zur Zeit der zahlreichen Vernehmungen in einem anormalen seelischen Zustand befunden habe und durch damals nicht erkannte geschickte Suggestiv- und Führungsfragen zu den von der Anklagebehörde erstrebten Aussagen irreführt worden sei, wurde geflissentlich übersehen. Der Gerichtshof tat das gleiche, als ich bei Vorlage dieser Prozeßunterlagen Einwendungen zu machen versuchte. Er beschränkte sich dabei auf die formale Feststellung, daß ich

Gelegenheit gehabt hätte, Änderungen in den Affidavits vorzunehmen, ohne im geringsten darauf einzugehen, in welcher Weise mich die Anklagebehörde an der Wahrung meines Rechtes gehindert hatte.

Auf diese Weise sind Affidavits zustandegekommen und eingeführt worden, die tatsächlich erwiesene Unrichtigkeiten in wesentlichen Punkten enthalten und in denen sich -- wie im Prozeßverlauf sich zeigte -- Angeklagte mit z.T. gar nicht zutreffenden, also unwahren Aussagen selbst belastet haben!

Mit solcher Art Affidavits hat die Anklagebehörde die Angeklagten erschlagen. Dabei verfügte sie über einen unvorstellbaren Akten- und Dokumentenschatz, der in jedem korrekten Verfahren vollauf genügt hätte, die Wahrheit zu ermitteln. Welches Unheil aber mit diesen teuflischen Affidavits angerichtet worden ist und wie sie selbst dazu mißbraucht worden sind, die Wahrheit zu verdunkeln, das vermag nur der Eingeweihte zu erkennen.

Wo aber selbst dieses Machwerk nicht den von der Anklagebehörde erstrebten Erfolg sicherte, ließ sie ihre sogenannten "**Kronzeugen**" (auf deutsch: gekaufte Zeugen) aufmarschieren. Es hat -- zur Schande des deutschen Wesens muß es gesagt werden -- auch in Nürnberg eine ganze Reihe dieser dunklen, traurigen Gestalten ihr erbärmliches Spiel getrieben. In ihren Reihen befanden sich hohe Regierungsbeamte, Generäle und Intellektuelle, ebenso wie Zuchthäusler, Geisteskranke und echte Schwerverbrecher. Diese Kreaturen, die durchweg genau so schuldig im Sinne des Siegers waren wie die von ihnen belasteten deutschen Kameraden, verkauften Ehre und Gewissen bedenkenlos gegen das Linsengericht, von einer Anklage freizukommen. Sie wurden nett behandelt, wie der Nutznießer Verräter zu behandeln pflegt, solange er sie gebraucht, konnten sogar zwischendurch auch mal auf Urlaub fahren.

Im Prozeß gegen das WVHA trat als "Kronzeuge" ein gewisser Otto auf, der aus einem Irrenhaus entsprungen war und dessen Vorleben jedem zünftigen Verbrecher zur Ehre gereicht hätte. Das gleiche gilt von dem Anklagezeugen Krusial, der dem Gericht unter Eid die tollsten Schauermärchen aufzischte und natürlich auch Glauben fand. Das hohe Gericht schien in diesem Glauben auch dann nicht erschüttert, als dieser "edle" Zeuge, der das Gericht nach Strich und Faden belogen hatte, von einem deutschen Verteidiger auf Grund des Strafregisters als schwerer Krimineller im In- und Ausland wiederholt bestrafte Verbrecher und Zuchthäusler entlarvt wurde. Das Gericht nahm zwar den Strafantrag des deutschen Verteidigers gegen diesen Verbrecher wegen Meineides an, veranlaßte aber nichts, sondern entließ diesen "Zeugen" in Ehren.

Damit ist die Reihe der von der Anklagebehörde



Himmlar am 31.10.1942 beim Einzug in die Abendveranstaltung der Volksdeutschen in Halbedt, im russischen Gouvernement Taurien nordöstlich der Krim am Ufer des Kaspischen Meeres, dem geistigen Zentrum der deutschen Ansiedlungen in Südrubland (neben dem am rechten Ufer der Molotschnaja gelegenen Prischib). Im Gebiet der Molotschnaja waren ca 84 DRK-Schwestern zur Betreuung der Volksdeutschen eingesetzt.

In 71 Siedlungen im Gebiet um Halbedt waren 17.679 Volksdeutsche verblieben, 2.728 waren schon vor Ausbruch des Rußlandfeldzuges deportiert worden, 12.741 (zumal Männer) nach dem 22.6.1941, weitere 522 wurden in die Rote Armee eingezogen. Nähere Einzelheiten waren vom SS-Sonderkommando der Volksdeutschen Mitletelle bis zum 15.3.1942 nicht ermittelt worden (US-Mikrofilm T 175, Roli 68). — In jenem Gebiet anschließend die Krim lebten einet 78.000 Rußlanddeutsche.

gekauften Zeugen, welche im WVHA-Prozeß auftraten, keineswegs erschöpft. Diese beiden werden lediglich als Beispiel und Beweis dafür angeführt, was nach amerikanischen Rechtsbegriffen unter einem "ordentlichen" Verfahren zu verstehen ist.

Daß die in den WVHA-Prozeß eingeführten Filme als Beweismittel, die zudem mit dem Gegenstand der Anklage gar nichts zu tun hatten und trotz des Einspruchs der deutschen Verteidigung vom Gericht angenommen wurden, zum Teil "gestellte" Aufnahmen wiedergaben (woran auch die Versicherung des amerikanischen Filmoperators nichts zu ändern vermag!), sei nur am Rande vermerkt.

Wie weit die Anklagebehörde sich in ihrem jeder Sachlichkeit baren, blinden Haß hinreißen ließ, zeigt folgender Vorgang, der sich im WVHA-Prozeß abspielte.

Nachdem die Anklagebehörde fast 2 Jahre lang in dem ihr zur Verfügung stehenden, viele Kisten umfassenden erbeuteten Dokumenten- und Aktenmaterial herumgewühlt hatte, drängten die

deutschen Verteidiger fortgesetzt, daß ihnen das gleiche Recht eingeräumt werde. Die Anklagebehörde leugnerte hartnäckig, daß sich dieses Material in ihren Händen befände. Die deutschen Verteidiger blieben bei ihrer Behauptung, daß sich 6 - 8 Kisten sogar im Keller des Justizpalastes befänden. Das Gericht, das dem Drängen der Verteidigung nachgab, begab sich anerkennenswerterweise selbst in den Keller, um sich von der Richtigkeit der deutschen Behauptungen zu überzeugen. Mit ziemlich betretener Miene stellten die drei amerikanischen Richter nach der Rückkehr von der Kellervisite fest, daß die Anklagebehörde geschwindelt habe (!) und die Behauptung der deutschen Verteidigung richtig sei. Nunmehr konnte dieser nicht länger das Recht vorenthalten werden, ihrerseits dieses amtliche Material zu benutzen.

Leider (oder natürlich?) fiel diese Entscheidung erst gegen Ende des Prozesses, so daß die Sichtung und Ausbeute dieses umfassenden amtlichen Materials durch die deutsche Verteidigung im Interesse der Angeklagten nur ganz flüchtig und oberflächlich möglich war. In dieser Tatsache lag die stärkste, ja die ganze Lähmung und Behinderung der Verteidigung der Angeklagten, denn in diesen Kisten befand sich auch das entlastende Material, dessen Vorlage die Anklagebehörde somit verhindert hatte. — "Ordentliches" Verfahren?

Wie par excellence in den Dachauer Prozessen, so kam auch in den Nürnberger Prozessen unverkennbar und schlecht verholhen zum Ausdruck, daß nicht die Ermittlung der Wahrheit, sondern die Vernichtung

möglichst vieler Gegner das Ziel der von blindem Haß und offensichtlichlicher Rachsucht getriebenen Anklagebehörde, in welcher jüdische Vertreter dominierten, gewesen ist. Der Gott, der den Sieger blindete, hat uns Besiegten die Augen geöffnet. Wenn diesem Haß nicht Einhalt geboten wird, werden sich die Gräberreihen der auch unschuldig gerichteten Deutschen noch mehren.

Am 1. Juni 1948

gez. Oswald Pohl

## Nachtrag

1. Der hier genannte Maurer wurde erst im Laufe des WVHA-Prozesses in Nürnberg verhaftet. Da man ihn also in den Nürnberger Prozeß nicht mehr hineinnehmen konnte, wurde er im Januar 1948 an die Polen ausgeliefert, um dort "fertig" gemacht zu werden. Die Auslieferung entbehrt jeder rechtlichen und tatsächlichen Begründung, denn Maurer war nie im polnischen Territorium tätig und hat auch von Berlin aus keine Verbrechen an Polen begangen. Wehrlos geht er nun in Polen seinem Schicksal entgegen, nachdem er im Krieg durch feindliche Bomber seine ganze Familie (Frau und 3 Kinder) in einer Nacht verloren hatte.

2. Die hier geschilderten seelischen Einschüchterungsversuche amerikanischer Anklagebehörden entsprechen der hemmungslosen Lügenhaftigkeit, mit der nach 1945 das deutsche Volk diskriminiert worden ist.

Zum Beweis gebe ich einige amtliche Zahlen an, die die Verleumdung und Betrüger auf Grund und unter Vorlage bisher nicht veröffentlichter Akten und Dokumente entlarven werden:

a) Zahl der KZ im Reichsgebiet: 12

b) Zahl der Arbeitslager: 504 (als "Arbeitslager" bezeichnete man die von und bei der Rüstungsindustrie für die bei ihr beschäftigten KZ-Insassen eingerichteten Unterkünfte. Diese waren durchschnittlich mit 500 - 1.000 Personen besetzt).

c) Zahl der in allen KZ und allen Arbeitslagern Ende 1944 untergebrachten Personen betrug 700.000 maximal! Mitte 1942 waren es 45.000! Hier besonders ist die Öffentlichkeit mit hanebüchenen Zahlen betrogen worden. Unter vielen "Millionen" tut es keiner. Kogon nannte erst 11 Millionen, jetzt (2. Auflage seines "Werkes") ca. 7 Millionen. Es ist anzunehmen, daß er in etwaigen weiteren Auflagen zur Erde zurückkehrt. Ein französisches Dokument des Verlages "Mehr Licht" (!), das sich "amtlich" und "wissenschaftlich" nennt und das im IMT-Prozeß vorgelegt wurde, nennt sogar 20 Millionen, mindestens aber 10 Millionen. Ein etwas weiter Spielraum für ein "amtlich" sein wollendes Dokument!

d) die Zahl der Todesfälle in allen KZ und Arbeitslagern betrug für die Zeit von 1933 bis 1945 = 200.000 - 250.000. In dieser Zahl sind nicht die vernichteten Juden enthalten, welche der von Himmler unmittelbar beauftragte Höss im IMT-Prozeß mit 1,5 - 2 Millionen angegeben hat. Auerbach hat noch vor einiger Zeit von 11 Millionen Toten gefaselt.

Die Zahl von 200.000 - 250.000 in den Jahren 1933 - 1945 erscheint prima facie sehr hoch. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Sterblichkeit in den KZ während

dieser 12 Jahre nachweisbar nur unbedeutend über dem Reichsdurchschnitt gelegen hat. Hierfür möge jetzt nur ein Beispiel dienen. Die Anklagebehörde hat im ersten Prozeß gegen das Personal des KZ Flossenbürg als Beweismittel die Original-Luftbrücher vorgelegt. Aus diesen ergab sich, daß von 1938 (Gründung des Lagers) bis zur Kapitulation 68.000 Häftlinge durch dieses Lager gegangen sind. Hiervon verstarben von 1938 bis Dezember 1944 insgesamt 2.000 (zweitausend) und von Januar 1945 bis zur Kapitulation 12.000 (zwölftausend). Erst die von Himmler befohlenen sinnlosen Evakuierungstransporte des Jahres 1945 haben die Sterblichkeit so ungeheuer erhöht, genau wie das bei den von den Alliierten nach der Kapitulation durchgeführten Massenausweisungen der Fall war.

Zu beachten ist ferner, daß die Toten in den Arbeitslagern von demjenigen KZ registriert wurden, welches die Häftlinge gestellt hatte. Das ist wichtig für die kritische Betrachtung der z.B. von Kogon genannten Zahlen. So hat z.B. das KL Buchenwald die Verstorbenen von über 100 Arbeitslagern registriert, von Häftlingen also, die gar nicht im KZ Buchenwald verstorben sind.

'Es erscheint notwendig, der Zahl von 200.000 - 250.000 Toten aus 12 Jahren die Zahl derjenigen Kinder, Frauen und Männer entgegenzustellen, die in den Jahren 1943 - 1945, also in 2 - 3 Jahren, im Bombenhagel und Phosphorregen der alliierten Luftstreitkräfte umgebracht worden sind!

Da es sich hierbei nicht - wie von feindlicher Seite behauptet - um Angriffe auf militärische Anlagen (Brücken und Eisenbahnen) handelt, erhebt sich die Frage, wer die für diese "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" Schuldigen zur Verantwortung zieht.

Alle hier geschilderten Erlebnisse und Erfahrungen sowie die unter 2 a - d angegebenen Zahlen betrachte ich als unter Eid abgegebenen.

Am 1. Juni 1948

gez. Oswald Pohl

In einem der letzten Briefe, am 5. Juni 1951, zwei Tage vor seiner Hinrichtung durch die Amerikaner, schreibt Pohl an Admiral a.D. Gottfried Hansen, den 1. Vorsitzenden des Bundes deutscher Soldaten:

Sehr verehrter Herr Admiral, durch einen Marinekameraden erhielt ich eine Abschrift Ihres Schreibens v. 17.5.51 an den Bundeskanzler. Sie werden sich kaum vorstellen können, welche Gefühle Ihr Eintreten für mich in mir ausgelöst hat. Zum ersten Male in den 5 Jahren meiner Einzelhaft (davon fast 4 Jahre in der Todeszelle) strecken sich helfende Hände durch das Gitterfenster. Ich konnte nur die Hände falten und dem Allmächtigen danken für dieses Zeichen Seiner Gnade. Ihnen aber meinen aus bewegtem Herzen kommenden Dank zu sagen, ist mir drängendes Anliegen. Ich hörte auch von Ihrem Briefe an General Eisenhower. Auch für diese Hilfe seien Sie meines tieffühligsten Dankes sicher. Und schließlich möchte ich hier auch meinen persönlichen Dank sagen für die große materielle Hilfe, die Sie meiner

Frau und meinen 4 unmündigen Kindern (7 - 17 Jahre alt) zugewendet haben. Meiner Frau als alter Soldatenfrau (ihr erster Mann war der verstorbene Major a.D. Rütger v. Brünning) hat diese kameradschaftliche Nothilfe besonders wohl getan.

Nun hätten mich vor 14 Tagen unsere "Befreier" doch beinahe zum zweiten Male aufgehängt! Und diese Gefahr bleibt akut.

Über 30 Jahre habe ich als Berufssoldat meinem Vaterlande gedient, davon 22 Jahre bei der Marine (1912 - 1934).

Ich stehe im 60. Lebensjahre. Aus dieser langen Soldatenzeit haben die Ankläger und Richter in Nürnberg mir nicht einen einzigen Befehl und keinen Akt meines Willens und meiner Initiative nachweisen können, durch den irgendein Mensch verfolgt, eingesperrt, gequält oder gar umgebracht worden wäre; auch kein Jude! In Ermangelung dieses Tatbestandes hat mich das amerikanische Gericht in Zuständigkeiten hineingezaubert, die niemals meines Amtes waren, und daraus Verantwortlichkeit konstruiert, die ich nie getragen habe, nur weil man mir als Sündenbock für andere, die tot sind, den Strick drehen wollte oder mußte.

3 Jahre nach Beendigung des Prozesses (3.11.47) hat mich das Frankfurter Büro des amerikanischen Hochkommissars mit weiteren, frei erfundenen "Verantwortlichkeiten" ausgeschmückt. Diese neuen Pseudo-Verantwortlichkeiten haben dann dem amerikanischen Hochkommissar dazu gedient, der deutschen Öffentlichkeit in dem "Dokumentarischen Bericht über Landsberg" Anfang Februar 1951 weiszumachen, daß ihm die Aufhebung des Todesurteils gegen mich nach reiflicher Gewissensprüfung (!) nicht möglich sei.

Ihnen, Herr Admiral, als meinem ehemaligen Stationschef, melde ich hiermit:

1. Ich war von Beruf Marine-Zahlmeister bzw. Wirtschafts-Verwaltungsbeamter. Ich habe auch bei der Waffen-SS als

"Chef des Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes" (W.V.H.A.) keine andere Tätigkeit ausgeübt wie der Chef des Verwaltungsamtes in der Marineleitung und wie der Chef des Heeresverwaltungsamtes. Meine einzige Tätigkeit im System der Konz. Lager lag in dem Auftrag, "den Arbeitseinsatz der Häftlinge in die Rüstungsindustrie als ministerielle Instanz zu lenken" (1942 - 44). Über das SS-Personal in den Konzentrationslagern und über die Häftlinge hatte ich weder Kommando- noch Strafgewalt (Feststellung des Nürnberger Gerichtes in meinem Urteil).

Zwischen mir als Chef des W.V.H.A. und den Verwaltungen der KZ bestand dieselbe Entfernung und das gleiche Dienstverhältnis wie zwischen dem Chef des Verw. Amtes in der Mr.Ltg. und der Kassenverwaltung eines Schiffes oder dem Rechnungsamt eines Marineteils. In völliger Verkenntnis dieser Sachlage haben mich, den Verwaltungsmann, die Amerikaner für alle Missetaten in den KZ verantwortlich gemacht. Auf unsere alte Marine-Organisation übertragen heißt das: man hat den Chef des Verw. Amtes in der Mr.Ltg. auch für militärische Versager an Bord eines Schiffes oder bei einem Marineteil verantwortlich gemacht.

Weil der Kommandeur (Himmler) durch Selbstmord ausgefallen ist, seine Vertreter (Daluege, Heydrich, Kaltenbrunner) tot sind, der "Chef des Persönlichen Stabes" (Karl Wolff) sich durch Landesverrat freigekauft hat, der "Generalquartiermeister" (Gen. Jüttner) bei den Amis arbeitet, die beiden "Inspektoren KZ" (Gen. Eicke und Glücks, - militärische Dienstaufsicht!) ebenfalls tot sind, greift man sich den -- Zahlmeister! Nach deutscher militärischer Auffassung ist das grotesk.

2. Auf Grund meiner fachlichen Qualifikation als Wirtschafts-Verwaltungsbeamter kann ich für eine Verwendung als "Chef des Stabes der SS!" nicht in Betracht. Ich habe deshalb eine solche Dienststellung nie innegehabt und nicht innehaben können, weil sie es nie gegeben hat.

3. Im April oder Mai 1943 meldete der deutsche Heeresbericht, daß Einheiten des Heeres und der Waffen-SS unter Führung des Gen. d. W.-SS Stroop das Warschauer Ghetto zerstört haben. Ich habe in meinem Leben weder das Warschauer noch ein anders Ghetto gesehen, geschweige denn zerstört.

4. Die Deportationen und Vernichtungen der Juden sind organisiert und durchgeführt worden vom Reichssicherheitshauptamt, Chef: Heydrich, Kaltenbrunner (Geheime Staatspolizei, Sondergruppe Eichmann). Auf meine Initiative ist kein einziger Jude deportiert oder vernichtet worden.

5. Die sog. "Aktion Reinhardt" ist organisiert und durchgeführt worden von dem SS- und Polizeiführer Lublin Gen. Lt.d.Pol. Globocnik. Dieser unterstand dem Reichssicherheitshauptamt und nicht mir.

Nach Beendigung der "Aktion Reinhardt" und nachdem Glo. bereits abkommandiert war, ordnete Himmler eine Prüfung der Verwaltungsdienststelle des Glo. an. Der mit dieser Kassen- und Buchprüfung beauftragte Chef des Revisionsamtes, Oberst Voigt, der mir unterstellt war, hat die Prüfung bald nach Beginn auf meinen Befehl eingestellt, nachdem er mir gemeldet hatte, daß Glo. seine Verwaltungsdienststelle für die "Aktion R." mit eingesetzt hatte.

Voigt ist auf Grund dieses Tatbestandes in Nürnberg freigesprochen worden!

6. Ich habe nicht nur keinen Häftling für ärztliche Versuche persönlich ausgesucht, sondern ich habe gegen die Verwendung von Häftlingen für diesen Zweck bei Himmler schriftlich protestiert (im Rahmen meines eingangs erwähnten Auftrags).

Das sind alles Tatsachen, die den amerikanischen Rich-

tern und dem Frankfurter Büro des amerikanischen Hochkommissars seit Jahren bekannt sind. Wenn die amerikanischen Justiz sie in dem sogenannten Fair Trial gegen mich fair gewürdigt hätte, wäre es nie zu diesem Schandurteil gekommen, in das man sich sinnlos kindisch verbißen hat. ...

Es wird Sie noch dieses interessieren. Ich war mit 17 meiner ehemaligen Mitarbeiter (Verwaltungs- und Kaufleute) angeklagt. 3 wurden freigesprochen, 4 zum Tode verurteilt; die restlichen erhielten Freiheitsstrafen. Von den 4 Todesurteilen hob das Gericht, das sie verhängt hatte, selbst eines wieder auf; das zweite änderte Clay in lebenslänglich (inzwischen auf 20 Jahre reduziert) ab; der dritte Todesurteil ist am 23. Mai 1951 entlassen worden, nachdem sein Todesurteil auf 9 Jahre herabgesetzt worden war! So springt man mit Köpfen um. Als einziger Todverurteilter bin ich übriggeblieben. Von allen 15 Verurteilten befinden sich nur noch 7 in Haft; die übrigen sind bereits entlassen.

Man steht vor einer Chinesischen Mauer. Das Traurigste ist, daß die Öffentlichkeit sachlich unzulänglich, ja falsch unterrichtet ist, jedenfalls in meinem Fall. Zur Sache ist von richterlicher Instanz seit 1947 überhaupt nichts mehr bearbeitet worden. Alle Eingaben wurden vom Frankfurter Büro des Hochkommissars "wohlwollend betrachtet". Das ganze Spiel vor den Gerichtshöfen in USA geht nur darum, die von uns erstrebte Voraussetzung einer richterlichen Überprüfung, d.h. die Gewährung einer echten Revision (2. Instanz) zu sabotieren.

In ergebenster Verehrung Ihr dankbarer  
gez. Oswald Pohl<sup>(41)</sup>

## Für das Ende Heinrich Himmlers bleiben Fragezeichen

Ein ehemaliger SS-Führer, der sich noch Anfang Mai 1945 in Himmlers Begleitung befand, versicherte dem damaligen stellvertretenden Reichspressechef, Helmut Sündermann,

*"der Reichsführer-SS habe in den Tagen der Kapitulation beabsichtigt, eine Rundfunkrede zu halten, darin sich zur alleinigen Verantwortung für alle von ihm angeordneten Maßnahmen zu bekennen und sich anschließend zu erschießen. Die Durchführung des Planes habe sich verzögert, weil Himmler vergeblich auf die Rückkehr seines Abgesandten Schellenberg aus Stockholm wartete; schließlich habe ihm kein Sender mehr zur Verfügung gestanden und er habe seinen Entschluß dahingehend geändert, sich dem erwarteten Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen, um dort als Oberbefehlshaber der SS aufzutreten. Auffällig ist jedenfalls, daß bisher keinerlei Bekanntgabe über die Aussage erfolgt ist, die Himmler nach seiner Gefangennahme zweifellos noch gemacht hat."*

Mehr wissen wir nicht, aber es läßt sich vermuten, daß ein solcher wirklich "Hauptschuldiger" in der damaligen Zeit dem Sieger um so weniger erwünscht war, je mehr Verbindungen vorher mit ihm gepflogen worden waren. Das Schlagwort des Tages war die "Nazi-Verschwörung", der man am liebsten sämtliche Mitglieder der NSDAP zurechnete, und man suchte Argumente für ein Urteil gegen "verbrecherische Organisationen". Ein Mann, der wirkliche Verantwortung getragen und absolute Befehlsgewalt ausgeübt hatte, konnte einer Kollektiv-Anklage nur im Wege stehen.<sup>(42)</sup>

41) Deutsche Hochschule für Politik, Tübingen 1963, Nr. 1/2, S. 21 - 26.

42) Helmut Sündermann "Das Dritte Reich - Eine Richtigstellung in Urnissen", Leoni 1964 S. 214.